Nr. 20.

15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 25. Januar 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Der „Scheinwerfer" der Aera Stumm-Posadowsky.

Einen Scheinwerfer hatte der Staatssekretär Graf v. Posadowsky in seiner Erwiderung die Rede unseres Genossen Fischer genannt, welche — nach seiner Auffassung — die letzten Ziele der Sozialdemokratie undiplomatisch enthüllt habe. Für den ostelbischen Grafen mögen die Ausführungen unseres Genossen etwas „enthüllt" haben; für alle anderen Leute brachten sie nur den nicht mißzuverstehenden Widerhall der Empörung zum Ausdruck, die innerhalb der gesammten deutschen Arbeiterschaft durch den famosen Geheimerlaß erweckt worden war. Mit mehr Recht wird man daher diesen Erlaß den Scheinwerfer des neuesten Kurses nennen müssen, der von der Regierung auf dem Gebiete der Arbeiter-„schutz"-Gesetzgebung künftighin bethätigt werden soll!

Drei volle Tage saß der Reichstag über den Erlaß des edlen Grafen zu Gericht — und der Herr Staatssekretär wird weder mit den Verhandlungen noch mit dem Endergebniß besonders zufrieden sein.

Außer den für die öffentliche Meinung nicht besonders werthvollen Bundesgenossen Stumm und Kardorff sind ihm nur in den Personen des Antisemiten Werner und des Grafen Stolberg namens der Agrarier Eideshelfer erstanden. Selbst die Nationalliberalen wagten nicht, zu dieser unverhüllten Arbeiterfeindschaft ihr offenes Jawort zu geben — denn das platte Geschwätz des Abg. Jorns ist bedeutungslos, doppelt bedeutungslos, weil er sogar erklären mußte, seine zünftlerisch bornirten Redensarten erfolgten nicht im Namen seiner Partei! Freilich — daß die Nationalliberalen im Grunde ihres Herzens für jede Bedrückung der Arbeiterklasse sind, braucht nicht erst betont zu werden, aber die von Posadowsky durch seinen Geheimerlaß eingeleite Hetze gegen die Gewerkschafts-Organisationen erscheint so sehr unter dem Stempel blinder Parteinahme für die Unternehmerklasse, hat so wenig äußeren Anlaß und so wenig Dekoration zur Verhüllung seiner Feindschaft gegen die Arbeiterklasse, daß die Nationalliberalen mit gewohntem Drehscheiben-Mannesmuth vorerst um die Verantwortung sich drücken wollen!

Und wie siegesgewiß trat der Herr Staatssekretär in die Arena, nachdem Genosse Wurm den Erlaß so rücksichtslos kritisirt und seine wahren Absichten klargelegt hatte! Mit ein paar wohlfeilen Scherzchen darüber, daß wir Sozialdemokraten ihm eigentlich für dieses Agitationsmittel dankbar sein, ihn zum Ehrenmitglied der Partei ernennen sollten, glaubte er die Sache abgethan zu haben; mit ein paar Drohungen seiner starken Faust wähnte er die Arbeiter eingeschüchtert, und mit den tönenden Redensarten sittlicher Entrüstung und mit der Phrase von der Vertheidigung der bürgerlichen Freiheit hoffte er die bürgerlichen Parteien kaptivirt zu haben.

Aber sein stereotypes Lächeln verschwand, sein Gesicht wurde immer länger und seine puttkamer'sche Pose immer unsicherer, je länger die Debatte währte und je weniger er die Wirkung eintreten sah, die er spielend erreichen zu können gehofft hatte!

Herr Posadowsky schaute ganz verwundert darein, als Herr Lieber vom Zentrum — gewiß mit aller diplomatischen Reserve, aber angesichts der bevorstehenden Wahlen immerhin mit leichtverständlicher Deutlichkeit — auf seine stellenweise sogar die Stumm'schen Uebertreibungen übertreibende Unternehmer-Vergötterung einen kalten Wasserstrahl goß. Herr Lieber stellte sich und seine Mannen dem Herrn Staatssekretär für den Kampf gegen den Umsturz zur Verfügung; wenn der neue Staatssekretär es aber mit der Einigung aller bürgerlichen Elemente ernst meine und der Einwirkung der Religion dieselbe Zauberkraft gegen den Sozialismus zuschreibe, wie das Zentrum, so möge er ihnen den Rücken freihalten von dem preußischen Kultusminister und dem Minister des Innern. Mit gebundenen Händen könne man nicht kämpfen. Und nach dieser Verbeugung und Zahlungsaufforderung belehrte ihn der Zentrumsführer mit der ganzen ihm so wohlthuenden Herablassung: das Zentrum stehe auf dem Boden der Gleichberechtigung zwischen Arbeiter und Unternehmer; es würde niemals Gesetze einseitig zu gunsten der Unternehmer machen; die größten Schreier nach Ausnahmegesetzen (wie Herr Kardorff) seien stets die eingefleischtesten Gegner des Arbeiterschutzes gewesen; die Arbeiter hätten das Recht der Organisation und die beste Eindämmung gegen den Kontraktbruch sei der Schutz und Ausbau der Arbeiterorganisationen! Wenn der neue Herr Staatssekretär so große Lust zu Untersuchungen und Anfragen habe, so möge er doch auch nachforschen lassen, auf welcher Seite der größere Mißbrauch der Koalitionsfreiheit stattfände: ob auf Seite der organisirten Arbeiter oder der „Wilden"; ihm seien die organisirten Arbeiter lieber als die „Wilden". Im übrigen aber könne er schon begreifen, daß die Sozialdemokraten in seinem Erlaß ein Attentat auf das Koalitionsrecht erblickten nach den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs über Wahlrecht, Koalitionsfreiheit, Streikvereine u. dgl.! Das Zentrum aber sei weder für Aufhebung der Koalitionsfreiheit zu haben, noch — vorläufig — für Strafverschärfungen, wie sie Herr Posadowsky zu planen scheine.

Diese Touche auf seinem Husarenritt zur Knebelung der Arbeiterklasse kam Herrn v. Posadowsky anscheinend ziemlich unerwartet. Für ihn ist ja Arbeiterforderung und sozialdemokratische Forderung identisch; ein „konstitutionelles", auf Gleichberechtigung fußendes Verhältniß auf dem Wirthschaftsgebiete ebenso widersinnig und umstürzlerisch wie auf politischem Gebiete. Wie soll er auch in seinem Posener Verwaltungsdienst andere Auffassung herbekommen haben! Und der Umgang mit den Stumm, Bueck und Konsorten in den Unternehmer-Sachverständigenkommissionen zur Vorbereitung der Handelsverträge ꝛc. war nicht geeignet, ihm objektive, sachliche Auffassung über Arbeiterbewegung und Arbeiterkoalitionen beizubringen!

Man würde sicherlich dem neuen Staatssekretär Unrecht thun, wenn man seine bedingungslose Unternehmer-Freundschaft, seine kurzsichtige Arbeiter-Feindschaft auf unlautere Motive oder knechtische Abhängigkeit zurückführen wollte. Im Gegentheil: wir nehmen sogar an, Herr Posadowsky fühlt sich völlig als freier, nur von seinem Gewissen, von seiner eigenen Ueberzeugung geleiteter Beamter, der die Unternehmer für die besten, humansten, wohlthätigsten Männer hält, und der an all' die Schlechtigkeit der Arbeiter, an alle Gefährlichkeit und Verderbniß glaubt, von der nach seiner Darlegung die Gewerkschaften erfüllt sein sollen. Um so schlimmer für ihn — denn gerade das macht ihn ja für den Posten, auf den er berufen und den er angenommen hat — vielleicht der wichtigste und verantwortungsvollste innerhalb der ganzen Reichsregierung — ganz und gar ungeeignet.

Wir sind es ja in Preußen seit Alters her gewohnt: es giebt kein Amt und keinen Posten, dem ein preußischer Lieutenant oder ein ostelbischer Junker sich nicht gewachsen fühlt. Gestern noch Husarenlieutenant, morgen Dichter und Komponist, Theater-Intendant oder Leiter der Reichspost; gestern noch Landrath oder sonst ein Verwaltungsbeamter vielleicht hinten an der russischen Grenze, morgen Kultusminister oder Polizeipräsident einer Zweimillionenstadt oder Reichs-Finanzminister oder Vorsteher des Reichsamts des Innern mit seinen vielverzweigten Abtheilungen, deren jede für sich allein zur genauen Kenntniß und erfolgreichen Leitung die Kraft eines ganzen Mannes und die praktische Erfahrung langer Jahre beansprucht! Da darf man sich denn freilich auch nicht wundern, wenn der eine sich zu Rollen wie Harun al Raschid gedrängt sieht, um so vielleicht die Detailkenntnisse zu erwerben, deren Mangel ihn seinen Untergebenen gegenüber diskreditirt, der andere mit dem ganzen Feuereifer des Bureaukraten sich auf das Studium seiner neuen Aufgaben wirft und während er zu schieben glaubt, der willenlos Geschobene seiner Geheimräthe ist.

Dieser Dilettantismus und Größenwahn des Junkerthums hat bei uns leider allzuviel Bedeutung und Einfluß, wird geradezu als selbstverständlich betrachtet — natürlich mit Ausnahme der Militärverwaltung! Welch' ein Spektakel würde bei uns nicht entstehen, wenn der Reichstag sich erdreistete, auch nur einen Techniker oder Ingenieur für die Leitung der Militärverwaltung in Vorschlag zu bringen! Aber daß im Reichsamt des Innern das Szepter in den Händen eines Manns liegt, der über das Verhältniß zwischen Arbeiter und Unternehmer, man möchte fast sagen, vorsintfluthliche Anschauungen hegt, wird als selbstverständlich hingenommen!

Und was haben wir im Laufe der wenigen Ausführungen des neuen Staatssekretärs in den paar Tagen nicht alles zu hören bekommen!

Im Lande des allgemeinen Wahlrechts sei das Koalitionsrecht für die Arbeiter von untergeordneter Bedeutung! Selbst Herr Dr. Lieber mußte den „neuen Herrn" darauf aufmerksam machen, daß das Wahlrecht auf politischem, die Koalitionsfreiheit auf wirthschaftlichem Gebiete liege. Und derselbe Mann, der mit dem Hinweis auf das Wahlrecht die Arbeiter logischerweise zur Eroberung der politischen Macht verweist, bestreitet die Aufgaben des Staates zur Lösung wirthschaftlicher Gegensätze!

Die Gewerkschaften sind nach Posadowsky's Meinung eigentlich nur Streikvereine, Aufgabe des Staats und der Staatsgewalt aber sei es, die Streiklust möglichst einzudämmen!

Wenn Unternehmer ihre Arbeiter auf die Straße werfen, weil sie von dem Recht der Koalirung durch Beitritt zu Gewerkschaften Gebrauch machen, so ist das nach Meinung des neuen Staatssekretärs ein selbstverständliches Recht der Unternehmer, dessen Ausübung der Staat mit aller Kraft zu schützen habe; wenn aber Arbeiter ihrem Unternehmer sagen, die Gewerkschaftszugehörigkeit gehe sie garnichts an, oder wenn sie von ihren Unternehmern gar verlangen wollten, sie sollten nur Gewerkschaftsmitglieder beschäftigen, so wäre das die Einführung des Kollektiveigenthums, die Enteignung des Unternehmers, und die ganze Macht des Staates würde er mit aller Kraft gegen solchen Terrorismus der Arbeiter in Anwendung bringen.

Der Arbeitsvertrag — weit entfernt ein bloßes Kontraktverhältniß auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu sein, das allmälig zu einer gemeinrechtlichen, öffentlichen Funktion umgestaltet werden sollte — ist ihm ein Pietätsverhältniß mit dem Charakter der Wohlthat seitens des Unternehmers, der Dankbarkeitspflicht seitens des Arbeiters!

Diese ungeheuerlich rückständige Auffassung kam dann weiter zu sehr charakteristischem Ausdruck, insofern als Herr Posadowsky mit Posaunenstößen die Opferwilligkeit der Unternehmer bei der Kostentragung der Versicherungsgesetzgebung preisen zu sollen glaubte — 5½ Pf. pro Tag und Kopf auf den einzelnen beschäftigten Arbeiter! — und kein Wort darüber verlor, daß auch die Arbeiter jährlich über 150 Millionen aus ihrem elenden Lohn beisteuern mußten, und daß ca. 80 pCt. aller Unfälle ohnedem von den Arbeiter-Krankenkassen getragen werden müssen, zu denen die Unternehmer entweder garnichts oder höchstens ein Drittel beitragen! Woher es denn auch kommt, daß der neue Staatssekretär für alle die Tausende, die Jahr für Jahr auf dem Schlachtfeld der Industrie in der nimmersatten Jagd nach dem Unternehmerprofit getödtet werden, zwar als Mensch Mitleid und Bedauern hegt, als Staatssekretär des Innern aber für nothwendig, für unvermeidbar, für selbstverständliches Risiko der Arbeiter hält, das mit den Bettelgroschen der Versicherung für die Wittwen und Waisen als gesühnt zu erachten sei!

Nach diesen Blüthenlesen aus den Reden Posadowsky's müssen die deutschen Arbeiter fürchten, daß der neueste Kurs in seinen nächsten Gesetzesvorlagen sich darstellen wird als der Gendarm des Unternehmerthums, der den unzufriedenen, begehrlichen Arbeiter einfach zu knebeln hat, um dem Arbeitgeber die ruhige und sorgenlose Ausbeutung des Arbeiters zu garantiren!

In diesem Sinne faßt der neue Staatssekretär wohl seine Aufgabe auf, in diesem Sinne wird er sie denn wohl auch zu erfüllen suchen, wenn ihn die deutschen Arbeiter bei den nächsten Wahlen nicht daran hindern!

Der Posadowsky'sche Erlaß war ein Scheinwerfer, der die Unternehmerfreundlichkeit im Reichsamt des Innern grell beleuchtete; die Reden des Staatssekretärs haben vollends alles Dunkle hinweggenommen und der deutschen Arbeiterkasse gezeigt, daß der Geist Stumm's und Konsorten dort unbestritten und uneingeschränkt herrscht. Und da der neue Staatssekretär im Glauben an seine Mission und seine Bedeutung auch Thatendrang in sich spürt, so ist er doppelt gefährlich, und die Arbeiter haben bei den nächsten Wahlen alles daranzusetzen, dem Kurs Stumm-Posadowsky den Garaus zu machen!

Schon jubeln alle Ausbeuter im Reiche, und sie haben allen Grund dazu!

Etwas voreilig proklamirte der „neue Herr", er werde mit seinem Erlaß als Manifest in den Wahlkampf ziehen.

Wir hoffen das, denn das Manifest schafft klare Situation: die Regierung steht auf seiten der Unternehmerklasse: für die Unternehmer Staatsschutz und Staatshilfe; gegen die Arbeiter die gepanzerte Faust der Polizei und Ausnahmegesetze!

Aber wir freuen uns dieser Klarheit, die den Arbeitern die Augen öffnen muß.

1890 blieb das Zuckerbrot der Februar-Erlasse wirkungslos; wie wirkungslos wird erst die Stumm-Posadowsky'sche Peitsche sein!

Wenn die Arbeiter bei den nächsten Wahlen ihre Pflicht thun — und der Erlaß peitscht sie ja förmlich zur Pflichterfüllung heran — dann wird Herr Posadowsky die Wahlen nicht überleben — es sei denn, er werde Klebe-Minister, wie sein Amtsvorgänger, der so konnte und — auch anders!

Politische Uebersicht.

Berlin, 24. Januar.

Aus dem Reichstage. Für das Publikum bewährt sich der Reichstag nach wie vor als Rendezvousplatz. Die Tribünen sind jeden Tag überfüllt, so auch heute wieder, im Saale dagegen ist es öde und leer wie gewöhnlich.

Eine längere Debatte entspann sich bei Titel 16 des Etats des Reichsamts des Innern: Invaliditäts- und Altersversicherung. Namens des Zentrums gab Frhr. v. Hertling dem Bedauern Ausdruck, daß die Novelle zum Alters- und Invalidengesetz nicht wieder eingebracht worden sei, woran er den Wunsch knüpft, daß dies in der nächsten Session geschehe. Grundsätzlich verlangt das Zentrum Ausschluß der Landwirthschaft, der Dienstboten und des Handwerks vom Versicherungszwang. Diesem Verlangen gegenüber betonte unser Genosse Singer, daß von einer Einschränkung der Versicherungspflicht keine Rede sein dürfe. Im Gegentheil müsse die Versicherung auf die selbständigen Handwerksmeister ausgedehnt werden. Eine Revision sei nothwendig besonders in bezug auf die Herabsetzung der Altersgrenze und die Erhöhung der Renten.

Das Gejammer der Unternehmer über die Lasten der Versicherung sei vollständig unberechtigt. Angebracht wäre eine strengere Kontrolle der Versicherungskarten besonders nach der Richtung, ob auf dem Lande der Klebepflicht auch so nachgekommen werde, wie sie das Gesetz verlange.

Aufgabe der zu erwartenden Novelle müsse es sein, nicht blos die Wünsche der Unternehmer zu erfüllen, sondern den Arbeitern zu helfen.

Gegen den Ausschluß der Landwirthschaft von der Versicherungspflicht äußerten sich Graf v. Stollberg und Dr. Hahn. Herr v. Stumm kam auf sein altes Verlangen: Einführung einer Einheitsrente für alle Versicherten und Versicherung der Wittwen und Waisen zurück, worauf Graf v. Posadowsky auf das riesige Anwachsen der Ausgaben im Falle der Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 oder 60 Jahre und der Einführung der Wittwen- und Waisenversicherung hinwies. Die Kontrolle der Invalidenversiche-

rungs-Karten hat sich, nach dem Herrn Minister, auch auf dem Lande wesentlich gebessert.

In ein arges Wespennest scheint Dr. Hahn gestochen zu haben, als er bei dem Titel „Auswanderungsamt" auf gewisse Zustände im Norddeutschen Lloyd hinwies. Frese (Bremen), Dr. Hammacher und Dr. Lieber breiteten ihre schützenden Fittiche über das Bremer Riesenunternehmen aus und Herr Dr. Hahn mußte sehr zu seinem Schaden erfahren, wie bedenklich es für einen bürgerlichen Abgeordneten ist, die Interessen der Millionäre zu verletzen.

Zu einer Debatte über die Wirkungen des letzten Börsengesetzes (Terminhandel, Börsenkommissar 2c.) gab der neue Etatstitel: Börsenausschuß 2c., wofür 25 000 M. eingesetzt sind, Anlaß. Dr. Barth eröffnete den Reigen, indem er auf die vollständige Wirkungslosigkeit der letzten Attacke auf die Börse hinwies. Herr Gamp nahm als Vollblutagrarier den Handschuh auf und vertheidigte mit eben so viel Worten als wenigen Gedanken das Börsengesetz, nebst Verbot des Terminhandels und Börsen-Register. Dr. Barth antwortete, worauf Graf Arnim noch eine Lanze für den soliden Getreidehandel einlegte und gegen die Berliner Winkelbörsen loswetterte. Obwohl der Zeiger mittlerweile bereits auf 6 Uhr vorgerückt war, so konnte sich der unvermeidliche Dr. Paasche doch auch diese Gelegenheit nicht verkneifen, noch eine seiner langathmigen Reden loszulassen.

Da noch nicht alle Agrarier gesprochen hatten, beantragte Herr von Kardorff Vertagung, die auch beschlossen wurde.

Morgen 2 Uhr Fortsetzung.

Das preußische Abgeordnetenhaus trat heute zunächst in die Berathung des Gesetzentwurfs betr. Aufhebung der Verpflichtung zur Bestellung von Amtskautionen. Die Redner aller Parteien standen der Vorlage sympathisch gegenüber, doch wurde von verschiedenen Seiten, namentlich vom Abg. Rickert (frs. Vg.) der Wunsch laut, auch die Gerichtsvollzieher von der Stellung einer Kaution zu entbinden, ein Verlangen, dem die Regierung vorläufig im Interesse des Publikums noch nicht entsprechen zu können glaubt. Da ein Antrag auf Kommissionsberathung nicht gestellt war, wurde sofort auch die zweite Lesung im Plenum vorgenommen, in welcher die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs in der Fassung der Regierungs-Vorlage zur Annahme gelangten. Abgelehnt wurde ein Antrag Opfergelt (Z.), die jetzt zehnjährige Sperrfrist für die Kautionen der rheinischen Hypothekenbewahrer auf fünf Jahre abzukürzen. Bemerkenswerth ist die Erklärung des Finanzministers, daß zuerst die Kautionen der unteren Beamten zurückgezahlt werden sollen.

Den zweiten Theil der Sitzung füllte die erste Lesung des Gesetzentwurfs über den Staatshaushalt (Komptabilitätsgesetz) aus. Die Forderung nach Erlaß eines solchen Gesetzes ist seit 1873 wiederholt im Reichstage erhoben, eine Vorlage ist auch zu verschiedenen Malen eingebracht worden, aber nie zur Verabschiedung gelangt. Der Reichstag hilft sich seit 1868 damit, daß jährlich durch besonderes Gesetz die preußische Oberrechnungskammer mit der Kontrolle der Rechnungen für das Reich beauftragt wird. Als Rechnungshof des Reichs fungirt eine besondere Abtheilung der preußischen Oberrechnungskammer unter dem Vorsitz des Präsidenten dieser Kammer. Im Abgeordnetenhaus wurde ein Gesetz über die Grundsätze bei den Einnahmen und Ausgaben des Staats vor einigen Jahren im Anschluß an eine Interpellation der freisinnigen Volkspartei über den Erlaß des Fideikommißstempels an den damaligen Landwirthschaftsminister Frhrn. v. Lucius gefordert.

Nach der Vorlage hat der König das Recht, die von den Behörden rechtsgiltig abgeschlossenen Verträge zum Nachtheil des Staates aufzuheben oder abzuändern. Ferner darf die Krone nach wie vor Defekte niederschlagen, wovon dem Landtage nur bei den betr. Etatstiteln summarisch Kenntniß gegeben werden soll; der Entwurf kodifizirt also im großen und ganzen die bisherige Praxis, obwohl dieselbe in vielen Fällen als rechtswidrig angefochten ist. Außerdem bedeutet der Entwurf insofern eine Schmälerung des Etatsrechts, als Einnahmen und Ausgaben auf grund von Anleihegesetzen nur dann in den Etat eingestellt zu werden brauchen, wenn dies in den Anleihegesetzen selbst ausdrücklich bestimmt ist. Eine zweite Unterbindung des Etatsrechts besteht in der Bestimmung, daß die Remunerationsfonds für Beamte, die sich der Kontrolle des Landtages völlig entziehen, nicht nur nicht beseitigt werden, sondern ausdrücklich die Bestimmung getroffen ist, daß Ersparnisse aus dem Beamtenbesoldungs-Fonds zu Remunerationen an die Beamten verwendet werden können.

Aus der Debatte, die sich in Einzelheiten verlor, ist die Erklärung der Konservativen hervorzuheben, daß sie sich jeder Schmälerung der Rechte der Krone entschieden widersetzen würden. Was die Herren unter Kronrechten verstehen, ist allerdings nicht mit Bestimmtheit anzugeben. Die Vorlage wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung: Mittwoch (Antrag des Zentrums betreffend Aenderung des Kommunal-Wahlgesetzes). —

Ueber den Zeitpunkt der nächsten Wahlen herrschen blos Vermuthungen. Wir erfahren von einer Seite, die es wissen kann, daß die Wählerlisten für die Reichstagswahl bis Ende Mai zur Auslegung bereit gestellt sein sollen, sodaß die Wahlen im Juli stattfinden könnten. Die preußischen Landtags-Wahlen dürften nach der gleichen Quelle im Oktober stattfinden. —

Das geheime Rundschreiben des Grafen Posadowsky ist — wie der Herr Staatssekretär im Reichstage selber zugegeben hat — veranlaßt worden durch eine Eingabe des Bundes deutscher Baugewerks-Innungen, worin dieselben verschärfte Strafbestimmungen gegen den Mißbrauch der Koalitionsfreiheit fordern, unter dem Vorgeben, die zur Zeit geltenden Strafparagraphen seien nicht ausreichend, um die Arbeitswilligen gegen den Terrorismus der Streikenden zu schützen, was sich namentlich bei dem Berliner Maurerstreik des vergangenen Jahres gezeigt haben soll. Beweise hat die Baugewerks-Innung für ihre Behauptung freilich nicht erbracht. Ob das Verlangen der Innungsmeister, welches bei dem Grafen Posadowsky ein so geneigtes Ohr gefunden hat, begründet ist oder nicht, mögen folgende Angaben beweisen. Der allgemeine Streik der Maurer währte vom 14. bis 28. Juni, jedoch fanden sowohl vor wie namentlich nach dieser Zeit eine große Zahl Sperren und Arbeitsniederlegungen auf einzelnen Bauten statt, so daß sich die Lohnkämpfe der Berliner Maurer auf die Zeit vom März bis Dezember erstreckten. An der Arbeitsniederlegung waren insgesammt 7685 Personen betheiligt. Bei der bekannten Stellung, welche Unternehmer und Behörden den Streikenden gegenüber einnehmen, kann wohl als sicher angenommen werden, daß kein Fall von Ausschreitung seitens Streikender unentdeckt geblieben ist. Gleichwohl gelangten während des ganzen Lohnkampfes nur 48 Personen zur Anzeige, die sich gegen „Arbeitswillige" vergangen haben sollten. Von diesen Anzeigen waren jedoch 26 so wenig begründet, daß richterliche Freisprechung erfolgte. Von den Freigesprochenen waren angeklagt: 10 wegen Vergehen gegen die §§ 152/153 der Gewerbe-Ordnung, 4 wegen desselben Vergehens in Verbindung mit Beleidigung resp. Bedrohung, 1 wegen Beleidigung, Mißhandlung und Bedrohung, 1 wegen Mißhandlung, 1 wegen Hausfriedensbruch, 2 wegen Körperverletzung, in einem Falle 6 Personen wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und 1 wegen Aufforderung zum Widerstande gegen die Staatsgewalt. — Verurtheilt wurden 22 Personen, und zwar: fünf wegen Vergehen gegen § 152/153 der Gewerbe-Ordnung, (8 Tage bis 6 Wochen Gefängniß), drei wegen desselben Vergehens in Verbindung mit Beleidigung (6 Wochen), mit Mißhandlung (15 Tage), mit Beleidigung und Bedrohung (2 Monate), 3 wegen Beleidigung (10 M. Geldstrafe, 1 Woche, 2 Wochen Gefängniß), 2 wegen Mißhandlung (20 resp. 30 M. Geldstrafe), 1 wegen Hausfriedensbruch und Beleidigung (1 Tag), 1 wegen Hausfriedensbruch (20 M.), 1 wegen Hausfriedensbruch und Mißhandlung (60 M.), 1 wegen Hausfriedensbruch und Bedrohung (1 Woche), 1 wegen Beleidigung und Körperverletzung (14 Tage), 1 wegen gefährlicher Körperverletzung (3 Wochen), 3 wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung (zwei je 6 Monate, der dritte 1 Jahr).

Also während einer Lohnbewegung, die sich über acht Monate hinzog, fanden sich unter 7685 Streikenden ganze 22, die sich aus Anlaß des Streiks strafbarer Handlungen nach den Urtheilen der Gerichte schuldig machten, und von diesen nur 8, die sich gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung vergingen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß Aeußerungen, die unter gewöhnlichen Umständen sicher für ganz belanglos gehalten würden, nach der bekannten Bielefelder Rede als Verrufserklärungen, Ehrverletzungen und dergleichen angesehen wurden. Die übrigen 14 Strafthaten können wohl nur als in mittelbarem Zusammenhang mit dem Streik stehend erachtet werden, denn sie sind meist begangen, als ehemals Streikende und Streikbrecher wieder zusammen arbeiteten.

Wenn also während der großen Lohnbewegung der Berliner Maurer nur acht Verurtheilungen auf grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung erfolgten, so ist damit wohl das Geschrei der Baugewerks-Innung über den Terrorismus der Streikenden hinreichend widerlegt. Was die Herren Baugewerksmeister wünschen, das ist eine Bestrafung der sogenannten Streikposten, d. h. derjenigen Personen, die sich in der Nähe einer gesperrten Arbeitsstelle aufhalten, um arbeitsuchenden Kollegen mitzutheilen: dort wird gestreikt. Mit wie großem Verständniß die Polizei diesem Herzenswunsche der Unternehmer bereits entgegengekommen ist, beweist der Umstand, daß an Maurer, die in der Nähe gesperrter Bauten angetroffen wurden, in 14 Fällen polizeiliche Strafverfügungen ergingen, weil die Betreffenden auf dem Bürgersteig gestanden, dadurch den Verkehr gehemmt und sich, der Aufforderung des Schutzmanns ungeachtet, nicht sofort entfernt hatten. Was sagen die geheimnißvollen Statistiker des Herrn Staatssekretärs zu diesen Angaben?

Widerspruchsvolle Urtheile. In unserem Leitartikel in der Sonntagsnummer berichteten wir, daß ein Arbeiter, der beim Verlassen der Arbeit zu einem Kollegen mit einem Blick auf die Weiterarbeitenden sagte:

„Seht Euch die Kollegen an"

wegen Bedrohung einen Monat Gefängniß erhielt. Aber in einer Gerichtsverhandlung gegen den Buffetier Albrecht, der zwei Damen auf der Köthenerstraße ohne jede Veranlassung in beleidigender Weise anredete und als diese dagegen protestirten, sie mit Faustschlägen traktirte, bekam der Angeklagte

nur 14 Tage Gefängniß.

Die erste Instanz hatte nur auf 50 M. Geldstrafe erkannt.

Diese Urtheile sprechen Bände. —

Vorbereitungen zur internationalen Zucker-Konferenz. Aus Brüssel wird telegraphirt:

England hat seine Theilnahme an der Brüsseler Zucker-Konferenz jetzt amtlich angezeigt. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit Frankreich schweben noch. —

Die italienischen Brotwucherer und die hochschutzzöllnerische Regierung haben endlich gegenüber den Hungerrevolten auf einen freilich nur kleinen Theil ihres Raubes an den Aermsten verzichten müssen. Aus Rom wird hierüber telegraphirt:

Auf Vorschlag des Ministerraths hat der König heute ein Dekret unterzeichnet, durch welches die Eingangszölle für Getreide bis zum 30. April d. J. von 7,50 Fr. auf 5 Fr. ermäßigt werden. Das Dekret tritt am 25. d. M. morgens in kraft; an demselben Tage soll es der Kammer zur verfassungsmäßigen Genehmigung als Gesetzentwurf vorgelegt werden. —

Zur ostasiatischen Situation meldet die „Köln. Ztg." aus Petersburg:

Von bestunterrichteter Seite verlautet, daß Rußland entschlossen sei, unter keinen Umständen in die Erklärung Talienwans als Vertragshafen zu willigen, selbst wenn es zum äußersten kommen sollte. Die englischen Drohungen werden hier sehr skeptisch beurtheilt. Man erwartet, daß England, wie bereits so oft in ostasiatischen Fragen, auch jetzt nachgeben werde. Es ist grund zu der Annahme vorhanden, daß man über Frankreichs Haltung im Falle einer Konferenz bereits hinlänglich unterrichtet sei. —

* * *

Deutsches Reich.

— Selbst gegen das deutsch-österreichische Viehseuchen-Uebereinkommen laufen die Agrarier immer leidenschaftlicher Sturm. Eine Zuschrift aus Bayern erklärt es soeben in der „Deutschen Tageszeitung" für nothwendig, „daß bei den nächsten Wahlen eine ausreichende Zahl solcher Männer in den Reichstag gelangen, die es wirksam zu verhindern wissen, daß jene im Jahre 1892 beschlossene und 1903 ablaufende Konvention nochmals erneuert werde."

Von den thatsächlichen Irrthümern der Zuschrift sehen wir hier ab — so von der Behauptung, daß, weil die Vieheinfuhr aus den Balkanländern nach Oesterreich gestattet sei, nun auch weiter die Einfuhr desselben Viehes nach Deutschland freistehe. Das ist durchaus unrichtig: die Konvention gilt nur für die eigenen Provenienzen der vertragschließenden Länder; im Schlußprotokoll, durch Ursprungszeugnisse wird das ausdrücklich festgestellt.

Materiell sind unsere Zugeständnisse an die österreichische Vieheinfuhr überhaupt sehr geringe gewesen, besonders durch die Beschränkung der Einfuhr auf bestimmte Grenzstationen. Bedeutsam waren sie nur als ein erster Schritt zur internationalen Regelung einer Frage, die von Jahr zu Jahr brennender werden muß, wenn nicht ähnliche Uebereinkommen sich weiter entwickeln. Der Vertrag stützt sich auf die Thatsache, daß das österreichische Veterinärwesen große Fortschritte gemacht habe, daß insbesondere auch die Ueberwachung der Viehproduktion und des Viehverkehrs zuverlässiger geworden sei. Um diese (auch von uns für nothwendig gehaltene) Grundlage eines freieren Viehhandels nicht durch österreichische Schlamperei wieder zerstören zu lassen, können deutsche Kommissäre jederzeit ohne Anmeldung die österreichischen Viehhöfe, Schlachthäuser und Quarantäne-Anstalten prüfen — ein Recht, das wir umgekehrt natürlich auch Oesterreich eingeräumt haben. Völkerrechtlich wie wirthschaftspolitisch zeigen sich hier die entwicklungsfähigsten Keime zu späteren größeren Fortschritten. Trotzdem ist die Hauptabschwächung der alten rücksichtslosen Einfuhrverbote doch nur die, daß erst nach wirklich erfolgter Ansteckung und immer gegen bestimmte engere Gebiete, nicht gegen die ganze Doppelmonarchie Sperrungen in Zukunft verhängt und daß diese weiter eingeschränkt werden sollen, wenn Oesterreich gewisse weitere Voraussetzungen in seiner Veterinärgesetzgebung erfülle.

Wären die Agrarier nicht so kurzsichtig in ihrer Interessenpolitik, so würden sie derartige Konventionen weiter mit ausbauen helfen, denn wo ihre Beschwerden über Viehverseuchung begründet sind, erlaubt ihnen eine solche internationale Regelung viel leichter den Nachweis und die Rechtfertigung vor der öffentlichen Meinung. Durch ihr blindes Wüthen gegen jede Vieheinfuhr geben sie nur den absoluten Freihändlern Oberwasser, die jeden Seuchenschutz gegen das Ausland für unnütz und verderblich erklären.

— Die nationalliberale Partei tritt mit der Aufforderung zu Geldsammlungen und Rathschlägen für die Wahlbewegung in den Wahlkampf. Auch die Christlich-Sozialen fordern ständig zu Geldsammlungen auf. —

— Ueber des Fürsten Bismarck Stellung zur Kiautschaupolitik wurden widersprechende Urtheile verbreitet. Die „Mecklenburger Nachrichten" sind nun ermächtigt, die Nachricht der „Post" zu dementiren, nach der Fürst Bismarck dem Großherzog von Sachsen-Weimar telegraphirt habe, er halte die diplomatische Aktion in Kiautschau für eine ganz vortreffliche Handlung, die gar nicht besser hätte eingeleitet und durchgeführt werden können. Ebenso sei es dem vollen Inhalt nach erfunden, daß Fürst Bismarck dem Herzog Regenten Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin gegenüber sich ähnlich geäußert habe. —

— Politischer Schacher. Im „Neudammer Landwirthschaftlichen Anzeiger" vom 20. Januar findet sich folgende Anzeige:

„Welcher Edeldenkende irgend einer Parteirichtung hilft unverschuldet in schlefe Lage kommenden Landwirth bald, wenn 1. Hypothek von 100 000 M. zu geben und vollste Sicherheit vorh. ist? Dauernde Stimmabgabe für betr. Partei zugesagt. Offerten Reelldenkender unter K. W. 911 befördert die Expedition d. Bl."

— Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Der mittags 12 Uhr 17 Min. in Köln a. Rh. fällige Berliner Schnellzug ist heute Vormittag bei Herne entgleist. Hierbei wurden fünf Personen getödtet, zwei Todten, darunter einer Frau, wurden die Köpfe gänzlich vom Rumpfe getrennt, 26 verwundet. Eine Frau wurde heute Mittag noch vermißt.

Braunschweig, 21. Januar. (Eig. Ber.) Der Landtag hat sich bereits heute, nachdem die Wahl der Kommissionen und Ausschüsse vollzogen war, wieder bis zum 10. März vertagt. Bis dahin denken die Kommissionen ihre geschäftlichen Arbeiten geleistet zu haben. Hervorzuheben wäre noch der Eingang einer Vorlage betreffend Einführung der obligatorischen Fleischschau für jegliches zum menschlichen Genuß bestimmtes Schlachtvieh, und zwar soll Großvieh zweimal, sowohl vor wie nach dem Schlachten, Kleinvieh einmal, nach dem Schlachten, thierärztlich untersucht werden. Das neue Polizei-Strafgesetzbuch ist außerordentlich umfangreich und regelt sämmtliche Materien, bezüglich deren Polizeistrafen wegen Uebertretungen verhängt werden können. Einzelne sind von besonderer Bedeutung auch für die Arbeiterklasse, so diejenigen, die sich auf Vergehungen gegen die Gewerbe-Ordnung und auf den Gesindedienst beziehen. Von besonderem Interesse ist jetzt anläßlich der Wiederkehr der lex Heinze im Reichstage der Abschnitt über die Sittenpolizei, da Braunschweig auch noch zu den Bezirken im Deutschen Reiche gehört, in denen es öffentliche Häuser giebt. —

Aus Schwarzburg-Rudolstadt, 21. Januar. (Eig. Bericht.) Die Errungenschaften der Meininger Regierung, der der Landtag im vorigen Jahre das erzreaktionäre Gemeindegesetz opportirte, haben die Schwarzburger Rückwärtser nicht schlafen lassen und so liegt denn dem zu einer „außerordentlichen Versammlung" zusammengetretenen Landtage unter dem harmlosen Titel „Abänderung der Gemeinde-Ordnung" ein Gesetzentwurf vor, der sich in der Hauptsache mit der Rückwärtsrevidirung des Gemeinde-Wahlrechts befaßt. Bisher war als wahlfähiges Alter das 21. Jahr festgesetzt, der Entwurf sieht dagegen das 25. Jahr vor. Ferner war bisher das Wahlrecht ein allgemeines, gleiches (natürlich nicht für alle Reichsdeutsche, sondern blos für die Rudolstädter), jetzt jedoch soll das Dreiklassenwahl-System mit geheimer, direkter Stimmabgabe eingeführt werden. Den nächsten Anstoß zu diesem Gesetzentwurfe dürften die Wahlerfolge unserer Frankenhäuser Genossen gegeben haben, welche im dortigen Gemeinderathe die absolute Majorität besitzen. Sollte der Entwurf zur Annahme gelangen, so wird es nur unter den denkbar größten Anstrengungen möglich sei, in den Städten den dritten Theil der Stadtverordneten-Mandate für unsere Partei zu gewinnen. Die Klassen sind in gleicher Weise wie in Preußen eingetheilt. In den Dörfern haben nur Haus- oder Grundstücksbesitzer das aktive und passive Wahlrecht. Frauen können künftig das Wahlrecht nicht mehr erwerben, da angeblich das bisher bestandene Frauen-Bürgerrecht „zu recht bedenklichen Erscheinungen und Beschwerden Veranlassung gegeben hat". Der Entwurf sieht ferner künftig für Hausbesitzer eine einjährige, für Nichtangesessene eine dreijährige Ortsanwesenheit für das Bürgerwerden vor. Orte über 2000 Einwohner erhalten des weiteren die Beschränkung, daß dort in Zukunft die Bürgermeister nicht mehr durch die Gesammtheit der Bürger gewählt werden, sondern daß dort die Wahl durch die Stadtvertretung vorgenommen wird. Nach wie vor soll der Bürgermeister der selbstverständliche Vorsitzende des Gemeinderaths sein. Besitz ist Macht ist die Parole des Gesetzentwurfs. Leider liegen die Dinge im Schwarzburger Landtage so, daß auf eine wesentliche Verbesserung der Vorlage gar nicht zu rechnen ist und dieselbe wohl in der Hauptsache angenommen werden dürfte. Die Parteigenossen haben für die nächsten Tage Protestversammlungen einberufen, in welchen eine gleichlautende, gegen die Gesetzwerdung des Gesetzentwurfs sich richtende Resolution zur Abstimmung gebracht werden wird. —

München, 21. Januar. In der Kammer der Abgeordneten kam heute gelegentlich der Berathung des Eisenbahn-Etats auch die Marinevorlage zur Sprache. Minister Freiherr v. Crailsheim hatte in der letzten Sitzung davor gewarnt, auf eine so rapide Steigerung der Einnahmen, wie sie in den letzten Jahren erfolgt ist, auch für fernere Zeit zu rechnen und das Budget mit Ausgaben zu belasten, welche nicht nothwendig sind. Abgeordneter Dr. Heim (Z.) bezeichnete heute diese Aeußerung als beste Rede gegen die Marinevorlage. (Lebhafter Widerspruch.) Minister Frhr. v. Crailsheim wies die Zusammenstellung seiner Aeußerung mit der Marinevorlage zurück und erklärte, die Forderung für die Marine sei nicht so hoch und die Steigerung der Ausgaben sei im Verhältniß sehr mäßig. „Ferner gehört die Marinevorlage", so fuhr der Minister fort, „zu den nothwendigen Ausgaben. Das Reich muß diejenigen Ausgaben machen, die nothwendig sind zur Sicherung seiner Größe, Machtstellung und Wohlfahrt." (Lebhafter Beifall.) Abg. Dr. Pichler (Z.) erklärt: Auch wir sind bereit, alle Summen zu bewilligen, welche für die Sicherheit, Größe und Wohlfahrt nothwendig sind. Aber wir wünschen, daß bei den Ausgaben das Wohl und die Rechte des Volkes berücksichtigt werden. Abg. v. Vollmar (Soz.) erklärt, nach der Meinung der Sozialdemokraten gehören die Forderungen der Marinevorlage nicht zu den nothwendigen Ausgaben. —

— Lörrach Land ist den badischen Nationalliberalen schließlich doch verloren gegangen. Im heutigen dritten Wahlgange der zweimal für ungiltig erklärten Landtags-Ersatzwahl erhielt laut Privattelegramm der freisinnige Kandidat Hagist 62, der nationalliberale Kandidat Dreher 61 Stimmen. —

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der verantwortliche Redakteur des „Kladderadatsch", J. Trojan wird sich morgen 9½ Uhr vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I auf die gegen ihn erhobene Anklage wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten haben. Die Majestätsbeleidigung wird bekanntlich in einem Bilde gefunden, welches der „Kladderadatsch" am 28. Nov. v. J. veröffentlichte. Das Blatt ist damals wegen dieses Bildes mit Beschlag belegt worden. In seiner Ansprache an die Rekruten hatte der Kaiser, wie berichtet wurde, auch die Redewendung gebraucht: Wer kein braver Christ sei, sei kein braver Mann und könne auch kein braver Soldat sein. Die Bedeutung und Tragweite dieses Kaiserwortes ist in der Presse lebhaft besprochen worden; der „Kladderadatsch" glossirte es durch die der Anklage zu grunde liegende Zeichnung. Letztere führt vier im Himmel thronende berühmte Soldaten: Leonidas, Alexander von Makedonien, Napoleon I. und Friedrich den Großen vor, die sehr brave Soldaten aber wenig brave Christen gewesen sind und nun aus himmlischen Höhen auf ein Zeitungsblatt lächelnd herabblicken, welches ihnen von einer Teufelsgestalt entgegen gehalten wird. Auf den Ausgang dieses für unsere Zustände bezeichnenden Prozesses darf man gespannt sein. Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsrath Lauterius, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Eger, die Vertheidigung führt Justizrath Dr. v. Gordon. Als Zeuge ist nur der Verlagsbuchhändler Hofmann, der Verleger des „Kladderadatsch", geladen.

Wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte die IV. Strafkammer des Landgerichts I den Schneidergesellen Hermann Heise zu zwei Monaten Gefängniß. Wie sich aus der Urteilsverkündigung ergab, war der Angeklagte mit mehreren Mitgesellen in ein Gespräch

über die vermeintlichen Jahreseinkünfte des deutschen Kaisers gerathen und hatte dabei einige nun unter Strafe gestellte Bemerkungen über das Staatsoberhaupt gemacht.

Aus Neustadt in Schlesien wird geschrieben: Wegen Majestätsbeleidigung wurde gestern der schon vielfach wegen verschiedener Vergehen vorbestrafte Armenhäusler Reinke verhaftet und nach Glogau überführt.

Oesterreich.

Prag, 23. Januar. (Eig. Ber.) Jede optimistische Hoffnung auf eine kommende Verständigung der feindlichen Brüder im böhmischen Landtag muß nun endgiltig begraben werden. Beide Vermittelungsanträge sind als gescheitert anzusehen und der nationale Streit müßte sich selbst aufzehren, wenn nicht von der Straße aus Hilfe käme. Am Anfang der Session sorgte der Landtag für die Wacherhaltung der Straßenpolitik, jetzt muß die Straße für den Landtag sorgen. Es ist charakteristisch und vielleicht in einem Sinn ein kleines Anzeichen der Besserung, daß diese Aktion lediglich nur mehr von der akademischen Jugend besorgt wird. Es ist ein arger Eingriff in die Rechte des Bürgerthums, das Verbot der Statthalterei, wonach das Tragen von Abzeichen 2c. verboten ist, doch ist es seit dem Tage merklich ruhiger geworden in Prag. Die deutsche Studentenschaft hat still protestirt und wird am Mittwoch in Leitmeritz einen Akademikertag abhalten; der akademische Senat der deutschen Universität hat Amt und Würde niedergelegt und für längere Zeit werden die Vorlesungen sistirt sein. Ein schweres Unrecht erleiden jene Studirenden, die sich den Luxus des Nationalismus nicht erlauben können, dem Streit fernstehen und hauptsächlich ihren Studien obliegen. Die Straßen Prags sind wohl noch belebter als sonst, namentlich abends; zu Demonstrationen kam es nicht. Die scheinbare Ruhe kann freilich über die traurige Lage der Dinge nicht hinwegtäuschen. Sollte der Landtag, was von vielen Seiten befürchtet wird, in die Brüche gehen, so ist die Regierung mit ihrer Weisheit fertig. —

Ungarn.

Aus Kroatien laufen abermals beunruhigende Meldungen ein. In der seit den Landtagswahlen herrschenden Gährung traten die Folgen der Mißernte hinzu. In einigen Bezirken herrscht Hungersnoth. Dabei schürt die Regierung selbst die Erregung, da sie alle Klagen und Beschwerden mit roher Gewalt niederzutreten sucht. —

Schweiz.

Zürich, 22. Januar. (Frankf. Ztg.) In Lugano wurde ein italienischer Geheimagent verhaftet, der angab, im Solde des italienischen Konsuls in Bellinzona zu stehen. Der Tessiner Staatsrath stellte den Verhafteten dem Bundesrathe zur Verfügung. —

Frankreich.

— Unsere französischen Parteigenossen sind in die Wahlbewegung getreten. Sie veröffentlichen in der „Petite République ein Manifest an die Wähler, dem wir das folgende entnehmen.

Blos diejenigen Kandidaten sollen unterstützt werden, welche für die Vergesellschaftlichung des kapitalistischen Eigenthums, für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und für die internationale Verbindung der Arbeiter eintreten.

In allen bisher von Sozialisten vertretenen Wahlkreisen wird der ausscheidende Abgeordnete, falls er nicht gegen die Prinzipien verstoßen hat, einmüthig unterstützt. In allen anderen Wahlkreisen werden diejenigen Kandidaten unterstützt, die sich auf den Boden der oben angeführten, allen Richtungen der französischen Arbeiterpartei gemeinsamen Grundprinzipien stellen.

Hoffentlich führt diese Erklärung zu einer einmüthigen Haltung im Wahlkampfe und zur Verhinderung von mehreren sozialistischen Kandidaten in einzelnen Wahlkreisen.

Paris, 24. Januar. Deputirtenkammer. Der Saal ist überfüllt, die Unterhaltung lebhaft. Abg. Bauregard beklagt sich über das Eingreifen des Militärs am Sonnabend. Präsident Brisson erklärt, man habe einige Soldaten eintreten lassen, um die dem Publikum geöffneten Tribünen räumen zu lassen. Abg. Jaurès beantragt, mit der Erörterung seiner Interpellation fortzufahren. Dem Antrage wird zugestimmt. Jaurès macht der Regierung den Vorwurf, daß sie Zola nicht auch wegen seiner Anklagen gegen die Generäle vor Gericht bringe. Die Regierung müsse einwilligen, daß vollkommenes Licht in der Dreyfus-Angelegenheit geschaffen werde. (Beifall auf der äußersten Linken.) —

Paris, 24. Januar. Zola beabsichtigt, sowohl die von ihm angegriffenen wie auch andere Offiziere als Zeugen zu zitiren. Dem „Gaulois" zufolge wird der Kriegsminister Billot sämmtlichen Offizieren verbieten, bei der Verhandlung des Prozesses auszusagen. Billot wolle ganz allein in großer Uniform vor dem Schwurgericht erscheinen, um im Namen der Armee zu sprechen. —

Naquet ist in Paris eingetroffen, um im Panamaprozesse, dessen vorhergegangenen Verhandlungen er sich durch die Flucht entzogen hatte, vor den Geschworenen zu erscheinen. —

Eine große antisemitische Demonstration gegen die Wiederaufnahme des Verfahrens fand in Paris statt. Militär war konsignirt. —

— Auch in Algier fand eine antisemitische Demonstration statt, an der sich 6000 Personen betheiligten. Während der antisemitischen Versammlung zogen etwa 300 mit Stöcken bewaffnete Juden auf das Gebäude zu, in welchem dieselbe stattfand, wurden aber zurückgedrängt und auseinandergetrieben, ehe sie mit den Theilnehmern an der Versammlung handgemein wurden; zwei Gäste, welche sich auf der Terrasse eines Cafés befanden, wurden verletzt; einer ist seinen Wunden erlegen. Nach der Versammlung steckten etwa 500 Antisemiten zwei Kiosks auf dem Regierungsplatze in Brand und plünderten mehrere Magazine. Die Truppen schritten ein und nahmen etwa 250 Verhaftungen vor. Zahlreiche Polizisten wurden verwundet. Im Laufe des Abends kam es vor den Läden einiger jüdischen Kaufleute zu Kundgebungen. Truppenabtheilungen hielten die Straßen besetzt. Zahlreiche Personen wurden verwundet. Ein Mann wurde durch Dolchstiche und einen Revolverschuß getödtet. Die Erregung in der Stadt ist außerordentlich groß. Die Truppen sperren die Hauptstraßen.

Um 1/2 11 Uhr zogen die Manifestanten zu dem Sitze des 19. Armeekorps und brachten Hochrufe auf die Armee aus, dann verwüsteten sie die jüdischen Mehlmagazine; sie schütteten die Säcke aus, beraubten verschiedene Magazine und warfen die Waaren auf die Straße. Die Zuaven gingen mit aufgepflanztem Bajonnet vor und zerstreuten die Manifestanten, von denen einige leicht verwundet wurden. Die Menge sammelte sich jedoch wieder auf den Quais und zündete dort die jüdischen Schnapsläden an. Die Truppen eilten sofort nach dem Schauplatze.

Die Feuersbrunst scheint nach 1 1/2 Uhr erloschen zu sein. Patrouillen durchziehen die Stadt, in welcher die Ruhe nunmehr wiederhergestellt ist.

Auch heute haben die antisemitischen Unruhen ihre Fortsetzung gefunden. —

Belgien.

— Minister und Lockspitzel. Der Kammerpräsident Beernaert kündigt an, daß er wegen der in der Freitagssitzung vorgekommenen stürmischen Szene, welche den Ausschluß des sozialistischen Deputirten Demblon für 8 Sitzungen zur Folge hatte, zurücktreten werde. Demblon, der von dem Präsidenten in ungerechtfertigter Weise angegriffen worden war, schleuderte dem früheren Chef der Regierung die Anschuldigung ins Gesicht, daß er im Jahre 1896, als er (Beernaert) Ministerpräsident war, des Nachts den Lockspitzel Pourbaix bei sich empfangen habe, nachdem ihn dieser zuvor von seiner Ankunft in Kenntniß gesetzt hatte. Dieser Schurke Pourbaix unterbreitete ihm ein Manifest, das die belgischen Arbeiter zum Bürgerkrieg aufforderte und das zu unterzeichnen am nächsten Morgen Conreur von dem Spitzel veranlaßt werden sollte. Conreur that dies und Beernaert ließ ihn nun verfolgen. — Diese Thatsachen sind s. Z. durch die Verhandlungen über den Spitzelprozeß vor den Geschworenen zu Hainaut festgestellt worden. Ein Minister ließ also hier einen Mann verfolgen, den er unschuldig wußte, und gab weiter sein Einverständniß dazu, daß ein Manifest in die Welt ging, geeignet, die Arbeiter zur Revolte aufzureizen, um sie dann niederhauen lassen zu können.

Italien.

Rom, 24. Januar. Bei der Ersatzwahl in Forli wurde der blanquistische Sozialist Cipriani, dessen Wahl für ungiltig erklärt worden war, weil er nicht im Besitz der bürgerlichen Rechte ist, mit 1182 von 1241 Stimmen wiedergewählt. —

Gallipoli (am Golf von Tarent im südlichen Italien), 24. Januar. Ungefähr 600 Personen veranstalteten gestern Abend unter feindlichen Rufen gegen die Stadtverwaltung wegen der Brotfrage eine Kundgebung. Straßenlaternen wurden zerbrochen und das Haus eines Klubs in Brand gesteckt. Ein obrigkeitliches Aufgebot stellte unter Mitwirkung von einflußreichen Bürgern die Ordnung wieder her. 36 Verhaftungen wurden vorgenommen. Auch aus anderen Orten sind ähnliche Nachrichten eingetroffen. —

Dänemark.

— Das Landarbeiter-Ansiedelungsgesetz ist nun vom dänischen Landesthing in der von ihm verschlechterten Form in dritter Lesung angenommen. Daß der Entwurf jetzt völlig werthlos ist, haben wir schon berichtet. Dennoch stimmte bei der letzten Abstimmung auch der sozialdemokratische Abgeordnete dafür, um es zu ermöglichen, daß der Antrag noch einmal an den Folkething kommt, und dort vielleicht auf eine andere Basis gestellt werden kann. —

Spanien.

Madrid, 22. Januar. Aus Anlaß des Namenstages des Königs wurden viele Verurtheilte begnadigt.

Aus der Provinz Santa Clara auf Havana wird gemeldet, daß der Führer der Aufständischen Tego sich unterworfen hat.

Meldungen aus Jacksonville zufolge sollen Kreuzer der Vereinigten Staaten nachts in aller Eile nach Havana abgesegelt sein. Wie es heißt, hätten Passagiere des in Keywest angekommenen Dampfers „Olivette" berichtet, daß in Havana der Ausbruch von Unruhen, die sich gegen die Amerikaner richten würden, bevorstehe. Marschall Blanco habe Truppen in Havana zusammengezogen, um etwaige Unruhen zu unterdrücken. Eine Depesche aus Havana berichtet, daß die Aufständischen einen Theil des spanischen Lagers in Jukaro am äußersten Ende der Trocha mit Dynamit gesprengt hätten. Die Kaserne sei zerstört, viele Soldaten seien getödtet und verwundet worden.

Eine in Madrid eingetroffene Depesche aus New-York, welche von den Bewegungen amerikanischer Kriegsschiffe berichtet, wird hier lebhaft besprochen. Der „Imparcial" sagt in einem heftigen Artikel, man sehe jetzt das sehnliche Verlangen der Amerikaner, sich Kuba's zu bemächtigen.

Nach Meldungen aus Havana beschloß der Ministerrath, eine Abordnung nach Washington zu entsenden, welche wegen eines Handelsvertrages auf Grundlage der Gegenseitigkeit unterhandeln soll.

Die amtliche „Gaceta" veröffentlicht eine Kundgebung der Regierung der Insel Kuba, in welcher diese ihre Pflichten und ihre Rechte erläutert und auseinandersetzt, daß die Autonomie Kuba's lediglich durch die in Madrid bestehende Souveränetät beschränkt sei. —

Rußland.

Petersburg, 23. Januar. Die Reichsbank hat den Wechseldiskont und den Zinsfuß für Darlehen auf Werthpapiere und auf spezielle laufende Rechnung um 1/2 pCt. ermäßigt. —

Petersburg, 23. Januar. Angesichts der erheblichen Ausdehnung der Pest-Epidemie in Indien hat das russische Komitee zur Bekämpfung der Pest das Verbot der mohamedanischen Pilgerfahrten für das laufende Jahr aufrechterhalten. Fünf russische Aerzte sind zur Beobachtung der Bewegung der Epidemie nach Indien gesandt. —

Aus Russisch-Polen, 22. Januar. (Eig. Ber.) Im Dombrowaer Revier, (das an den oberschlesischen Industriebezirk angrenzt), ist durch Regierungsverordnung auf allen Berg- und Hüttenwerken die achtstündige Arbeitszeit eingeführt worden. Diese Neuerung ist ein Erfolg des langdauernden Streiks in Niwka und Huta Bankowa. Bei der Beendigung des Streiks wurde den Arbeitern die Achtstundenschicht versprochen. Auch die Bildung der Pensionskassen, die seinerzeit gefordert wurde, soll jetzt erfolgen.

Das geschieht in Rußland; in Oberschlesien sind wir von der Einführung der achtstündigen Schichten noch weit entfernt. —

Türkei.

Kanea, 23. Januar. Eine Depesche des Gouverneurs von Kandia meldet, daß ein englisches Kriegsschiff die bei den letzten Gewaltthätigkeiten verhafteten Personen an Bord genommen habe. Alle Läden seien geschlossen. Zahlreiche Gruppen fordern dringend die Freilassung der Gefangenen und ergehen sich in heftigen Drohungen, wenn man ihrem Verlangen nicht willfahre.

Wie aus Kanea über Athen gemeldet wird, haben die Admirale die Nationalversammlung davon verständigt, daß Prinz Georg von Griechenland zum Generalgouverneur von Kreta ernannt werden wird. Die Nationalversammlung wird behufs Stellungnahme in dieser Angelegenheit demnächst zusammentreten. —

Griechenland.

— Die Räumung Thessaliens. Aus Athen wird gemeldet:

Die griechische Regierung hatte durch ihren Gesandten in Konstantinopel gegen die Austreibung und die gewaltsame Eintreibung von Steuern in Thessalien durch die türkischen Militärbehörden Einspruch erheben lassen, worauf die Pforte folgenden Vorschlag machte: Sobald Griechenland die erste vertragsmäßige Rate der Kriegsentschädigung bezahlt hat, ist die Pforte bereit, die Besatzungstruppen in Thessalien auf 16 000 Mann zu beschränken. Zur Aufbringung der Unterhaltungskosten für diese Truppen werden die türkischen Behörden in Thessalien eine zu vereinbarende Kopfsteuer erheben, oder aber die griechische Regierung zahlt der Türkei bis zur Räumung des Landes für jeden Tag und jeden Mann je einen Franks, welcher Betrag wöchentlich zu entrichten ist. — Die Athener Regierung erklärt diese Forderung der Pforte als ungerechtfertigt und wird den Streitfall den Regierungen der Großmächte vorlegen. —

Asien.

Kalkutta, 23. Januar. Zur Züchtigung des Afakheffstammes, welcher Raubzüge unternommen hatte, sind mehrere fliegende Kolonnen mit Artillerie unter dem Befehl des Generals Palmer entsendet worden. —

Afrika.

— Der Feldzug im Sudan. Dem „Daily Telegraph" wird aus Kairo vom gestrigen Tage gemeldet, Kitchener Pascha habe den hier stationirten Offizieren telegraphirt, es sei jetzt nutzlos für sie, Nilaufwärts zu gehen. Ein solches Vorgehen sei vor dem nächsten Steigen des Nils unzweckmäßig; auch sagt er, die Derwische verhielten sich jetzt ruhig und die durch ihre Bewegung hervorgerufene Beunruhigung sei vorüber. Die Offiziere, welche hier mit dem Befehl ankamen, sich zur Sudan-Armee zu begeben, werden nunmehr in Kairo bleiben. —

Amerika.

— Der Anfang einer selbständigen kanadischen Marine. Wie der Standard" aus New-York meldet, wird in der nächsten Session des kanadischen Parlaments ein Betrag von 50 000 Dollars für ein Schulschiff, das den Kern einer kanadischen Marine bilden solle, gefordert werden. —

Wahlbewegung.

— Die sächsische Sozialdemokratie hat auf ihrem Parteitag folgende Kandidaten für die 23 sächsischen Wahlkreise aufgestellt: Für Zittau: Fischer-Dresden, für Löbtau: Bostel-Seifhennersdorf, für Bautzen: Höppner-Dresden, für Dresden-Neustadt: Kaden-Dresden, für Dresden-Altstadt: Dr. Gradnauer-Berlin, für Dresden-Land: Horn-Löbtau, für Meißen-Großenhain: Abg. Goldstein-Zwickau, für Pirna: Abgeordneter Fräßdorf-Dresden, für Freiberg-Oederan: Schulze-Cossebaude, für Döbeln-Waldheim: Abg. Grünebaum-Harthe, für Wurzen: Red. Lipinski-Leipzig, für Leipzig-Stadt: Dr. Conrad Schmidt-Berlin, für Leipzig-Land: Reichstags-Abg. Geyer-Leipzig, für Borna: Stolle-Meerane, für Mittweida: Pinkau-Leipzig, für Chemnitz: Reichstags-Abg. Schippel-Berlin, für Auerbach: Reichstags-Abg. Auer-Berlin, für Zwickau: Reichstags-Abg. Stolle-Gesau, für Stollberg-Schneeberg: Abg. Seifert-Dresden, für Zschopau: Red. Rosenow-Chemnitz, für Annaberg: Grenz-Leipzig, für Reichenbach: Hofmann-Chemnitz und für Plauen-Glauchau: Reichstags-Abg. Gerisch-Berlin.

Partei-Nachrichten.

Der „Wahre Jakob", das verbreitetste Blatt unserer Partei, hat das dritte Hundert seiner Nummern vollendet. Jede Nummer war ein ebenso geschickter wie erfolgreicher Agitator für den Sozialismus.

Von der Agitation. In Spandau wurden am Sonntag von unseren Parteigenossen 6000 Broschüren vertheilt. Die Agitation für die bevorstehenden Reichstagswahlen ist bereits im ganzen Wahlkreise Potsdam-Osthavelland im besten Fluß. In den Dörfern entfaltet unser Kandidat Schröer eine rührige Thätigkeit. Nächsten Sonnabend, den 29. Januar, spricht abends 8 Uhr in der Pichelsdorfer Brauerei Reichstagsabgeordneter Bebel über die Wahlen.

Als Verleger und Expedient des Stettiner „Volksboten", dessen Ueberführung in Partei-Eigenthum von den pommerschen Genossen beschlossen ist, wurde in einer Stettiner Parteiversammlung der Parteigenosse Kunze von dort gewählt.

In Magdeburg hat das Wahlkomitee unserer Partei an die Saalbesitzer ein Schreiben gerichtet, worin um Auskunft darüber ersucht wird, ob man gewillt ist, die Säle während der Reichstags-Wahlbewegung auch zu sozialdemokratischen Wählerversammlungen herzugeben.

In Gera hat der Parteigenosse Vetterlein auf Beschluß einer Parteiversammlung eine Buchhandlung errichtet. Sie führt die Firma Geraer Volksbuchhandlung und befindet sich im Geschäftslokal der „Reußischen Tribüne", Zschochern 54.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Redakteur Huth von der „Brandenburger Zeitung" wurde wegen Beleidigung des Bürgermeisters Suchsland in Luckenwalde zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt. Es handelte sich um die Schilderung der sanitären Zustände auf einigen Höfen in Luckenwalde.

— Der Parteigenosse Fröhlich, früherer verantwortlicher Redakteur der „Volksstimme" in Burgstädt i. S., hat am Montag das Landesgefängniß in Zwickau nach Verbüßung der letzten Strafe verlassen, die ihm wegen Preßvergehens auferlegt war. Innerhalb eines Zeitraums von 6 Jahren mußte unser Genosse insgesammt 25 1/2 Monate im Kerker zubringen. Gleichzeitig mit der Zurückkunft Fröhlich's feierte die „Volksstimme" insofern ein seltenes Ereigniß, als gegenwärtig weder ein Redakteur von ihr sitzt, noch, soweit bekannt, eine Anklage gegen sie anhängig gemacht ist. In dem Zeitraum von Juli 1895 bis 24. Januar dagegen war ununterbrochen ein Redakteur der „Volksstimme" im Gefängniß und zehn Monate lang waren es sogar zwei. Während des siebenjährigen Bestehens der „Volksstimme" ist gegen ihre Redaktion auf insgesammt 70 1/2 Monate Gefängniß erkannt worden.

— Redakteur Valentin Liebmann von der „Mainzer Volkszeitung" wurde wegen Beleidigung des Steueraufsehers Wenz in Bretzenheim zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt.

— Die Magdeburger „Volksstimme" schreibt, daß die polizeiliche Beobachtung ihrer Buchhandlung am Freitag wieder begonnen habe.

— Der czechische Parteigenosse Krejczi in Pilsen war vor mehreren Monaten wegen Religionsstörung, angeblich begangen durch eine Rede, zu 6 Monaten schweren Kerkers verurtheilt worden, da der Denunziant, ein Christlich-Sozialer, unter Eid erklärte, daß Krejczi die inkriminirte Aeußerung gethan habe. Krejczi reichte gegen den Christlich-Sozialen Anzeige wegen falscher Zeugenaussage ein und beantragte die Wiederaufnahme des Verfahrens. Das Pilsener Kreisgericht hat dem Gesuch entsprochen. Es ordnete die Wiederaufnahme des Verfahrens an und bewilligte Krejczi einen Strafaufschub.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Zur Schuhmacherbewegung. Auf Anregung des Gewerbegerichts wollen die Arbeiter der Firma Lüderitz u. Teschner und auch die Firma selbst die Differenzen, die im besonderen zwischen beiden obwalten, einem Einigungsamt unterbreiten. Der Konflikt der übrigen Arbeiter mit den anderen Firmen wegen der neuen Fabrikordnung würde davon nicht berührt. — Bürgerliche Blätter schrieben dieser Tage, die Streikenden der Firma Lüderitz hätten vor ihrem Austritt die Maschinen beschädigt. Diese Nachricht wird von den Betheiligten als eine infame Lüge gekennzeichnet. Die Maschinen seien in vollständig gutem Zustande hinterlassen worden; es sei aber ganz erklärlich, daß die Maschinen ruinirt werden müssen, wenn ungelernte Arbeiter an ihnen beschäftigt werden. — Die von uns nach den Mittheilungen bürgerlicher Blätter gebrachte Schilderung polizeilicher Scherereien gegenüber den Streikenden bestätigt sich. Wie uns mitgetheilt wird, sind außer einem Lieutenant und 4 Schutzleuten auch eine große Anzahl Geheimer in der Georgenkirchstraße, wo die Lüderitz'sche Fabrik sich befindet, thätig, die „Arbeitswilligen" zu schützen. Die letzteren scheinen darauf zu warten, daß die Streikenden sie ansprechen und sich dabei vergessen und gegen den § 153 verstoßen. Den Streikenden ist nur anzurathen, nach dieser Richtung hin sehr vorsichtig zu sein.

Achtung, Töpfer Berlins! Am Montag, den 24. Januar cr., legten sämmtliche Kollegen, 12 an der Zahl, beim Töpfermeister C. Havenstein (Nachfolger des Töpfermeisters Wurmsee), Invalidenstr. 105, wegen unerhörter Lohndrückerei die Arbeit nieder. Nur der Auskoleurer fühlte sich nicht bemüßigt, mit seinen Kollegen gemeinsame Sache zu machen. Havenstein, der früher mal innerhalb der Organisation kluggeschnackt hat, muthet seinen Arbeitern zu, daß sie noch 10 bis 25 pCt. unter den in letzter Zeit zur traurigen Berühmtheit gewordenen „Meistertarif" arbeiten. Dieser Abzug bedeutet gegen unseren 86er Tarif eine Reduktion der Akkordpreise um 20 bis 35 pCt. Da Meister Havenstein am letzten Sonnabend für seine ehemaligen Kollegen nicht zu sprechen war (!), wurde er zu gestern Vormittag nach dem Lokal des Genossen Gleinert, Müllerstraße, bestellt. Havenstein war aber auch hier nicht zu sprechen, sondern hinterließ vielmehr im genannten Lokale einen Wisch, worin er mit Entlassung denjenigen droht, der bis Mittag nicht die Arbeit aufgenommen hat. Einige Beispiele von dem geplanten Abzug: Für eine Kochmaschine $5^1/_2 \times 3^1/_2$, 3 Schicht Wand (mit 3 Ecken) blauer Frieß, bietet H. **16** M., die Maschine würde kosten nach unserem früheren Tarif 22,50 M. Ferner will H. zahlen: für einen Ofen $3^1/_2 \times 2^1/_2 \times 9 = 15$ M., früherer Tarif 19,65 M. u. s. w. Havenstein sucht sich den Schein der Arbeiterfreundlichkeit zu geben, indem er angiebt, nur im Lokale von Gleinert Leute zu engagiren; es sei aber hier ausdrücklich bemerkt, daß der letztere mit dem Treiben Havenstein's weder einverstanden ist, noch seine verwerflichen Manipulationen kennt! Der Bau, welcher bis auf weiteres gesperrt ist, befindet sich in der Kochhannstraße, Bauunternehmer Antruck.

Es wird ersucht, bei Töpfermeister Havenstein nicht eher Arbeit zu nehmen, bis die Sache geregelt ist. Kollegen! Wehrt Euch gegen solche schamlose Lohndrückerei! Der Vertrauensmann Hugo David.

Achtung, Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen! Heute, abends 9 Uhr, spricht der Reichstags-Abgeordnete Singer in Cohn's

Festsälen, Beuthstraße, über „Der Achtuhrschluß und unsere Stellung zur Sozialreform". Bei der großen Wichtigkeit dieses Themas ist es Pflicht der Kollegen, zahlreich zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Achtung, Korbmacher! Wie bereits an dieser Stelle mitgetheilt, sind bei der am Sonnabend in Spandau stattgehabten Submission für die Anfertigung von Kugelkörben von einer hiesigen Firma derart niedrige Angebote gemacht worden, daß diese Firma, falls sie den Zuschlag erhält, den unerhörtesten Lohndruck anwenden muß, um bestehen zu können. Dagegen gilt es schon jetzt Stellung zu nehmen; es ist daher Pflicht eines jeden Kollegen, in der heute Abend Naunynstr. 27 stattfindenden Versammlung zu erscheinen. Die Kommission.

Deutsches Reich.

In der Bilderrahmenfabrik von Max Dähne in Lindenau bei Leipzig haben ungefähr 30 Arbeiter wegen Maßregelung zweier Kollegen die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist zu vermeiden.

In der Gummiwaarenfabrik von Flügel u. Polter in Leipzig sind infolge ausgebrochener Differenzen sämmtliche Drechsler und Schleifer entlassen worden.

Zwecks Stellungnahme zu dem geplanten Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, der aus dem Geheimerlaß des Grafen Posadowsky herauseuchtet, hat die Kommission des Hamburger Gewerkschaftskartells zum Sonntag, 30. Januar, mehrere große Versammlungen einberufen.

Wegen Maßregelung einiger Arbeiter sind in der Strickmaschinenfabrik von G. L. Oemler in Leipzig-Plagwitz Differenzen ausgebrochen. Wie mitgetheilt wird, beabsichtigt man die Arbeiten in Berlin anfertigen zu lassen.

Ausland.

Der Brüsseler Buchdruckerstreik umfaßt 700 Personen. Die Arbeiter protestiren namentlich gegen die in die Arbeitsordnungen aufgenommenen Strafbestimmungen. Sie fordern außerdem die Einsetzung von Arbeiterausschüssen. Die Unterhandlungen werden fortgesetzt.

Vom englischen Maschinenbauerkampf ist mitzutheilen, daß noch in diesen Tagen eine ganze Reihe Firmen in Lancashire Kündigungen erlassen haben. Dem Unternehmer-Verband sind bis jetzt etwa 800 Firmen beigetreten. Die Baumwollspinner-Union hat ihre wöchentlichen Zuschüsse zum Fonds der Maschinenbauer von 50 auf 105 Pfd. Sterl. erhöht. Wie ein Telegramm des Wolffschen Telegr.-Bureau aus London meldet, haben die Maschinenbauer-Vereinigung und der Ausschuß der Trades Unions die Annahme der von den Arbeitgebern der Maschinenbaubranche gestellten Bedingungen anempfohlen. Hiernach würde die Arbeit am 31. d. M. wieder aufgenommen werden können.

Der „Frkf. Ztg." wird aus London gemeldet: Der Streik der Maschinenbauer hat dadurch zuletzt noch einige günstigere Wendung angenommen, daß es dem Herausgeber der „Daily News" gelungen ist, zwischen den Vertretern beider Parteien eine Konferenz herbeizuführen, in welcher beschlossen worden ist, mit den Forderungen der letzten Konferenz diejenigen mildernden Erklärungen zu vereinigen, welche die Unternehmer am 10. Januar veröffentlichten, ehe sie wußten, daß die Maschinenbauer die Forderung des Achtstundentages aufgeben würden.

Für die ausgesperrten englischen Maschinenbauer gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

Klaviaturfabrik von Buchholz, 10. Rate 14,70. Nagel 1,—. F. 50,—. Ueberschuß von der Matinee des Orchesterchors „Vorwärts" und Gesangvereins „Melodia", Rixdorf, 1. Rate 45,—. Rumeln bei Nerdingen d. Franz 3,25. Tischlerei Brandt d. Sillier 7,50. Landau d. Kitzinger 1,—. Genossen aus dem Wahlkreis Schleusingen 5,—. Arbeiter-Bildungsverein in Suhl 5,—. Tapezirerwerkstatt v. J. C. Pfaff d. Th. 13,05. Auf der Kindtaufe gesammelt bei Wermann, Fennstraße, 2,10. Skatklub „Süd" 7,50. Messinglinienabtheilung bei Wählner 7,25. Bierprozente 2c. von den Arbeitern der Firma B. Joseph 15,—. Stockarbeiter Berlins d. N. L. 85,40. Tischlerei von Schroepp und Ritter d. N. 3,15. Verein der Brettschneider Berlins und Umgegend 15,—. Organisirte Kaufleute Berlins d. H. (auf Listen) 16,40. Bilderrahmenmacher Berlins d. Br. (auf Listen) 4,95. Ueberschuß vom Familienfeste der Treibriemen-Arbeiter 10,—. Fliesenleger Berlins d. H. (auf Listen) 5,85. Lüdke, Chausseestr. 29, d. Popitz 5,50. Windhorst's Geburtstagsfeier, Bülowstr. 98, 5,60. Von der Matinee des Arbeiter-Gesangvereins „Nord" 137,05. Hoffnung 4,25. Appel's Geburtstag. Gesangverein „Immergrün" 3,85. Gesammelt Dresdenerstr. 80 bei Klein 2,60. Tischler u. Polirer d. F. Fritsche, Köpnickerstr. 4,35. Gäste von Krauts am Zirkus 10 (Olympia) 2,50. Tischlerei Alex, Mariannenstr. 7, 2,80. Tischlerei Brandt, Dieffenbachstr. 33, 10,00. Paul Holz, Bierprozente, 5,—. Brauer Berlins d. Preuß 64,55 (darunter Brauerei Friedrichshain 9,30. Bürgerliches Brauhaus 7,50. Brauerei Pichelsdorf 13,80. Münchener Brauhaus 23,05. Brauerei Hohen-Schönhausen 10,90.) Amerikanische Auktion bei den Lackirern d. N. 8,—. Lackirer Berlins d. N. (auf Listen) 63,05. Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins d. Arendt (auf Listen) Fabrik Wiesner 4,55. Fabrik Klingmann 12,15. Klaviaturfabrik Müller 4,80. Fabrik Pfaffe 7,55. Fabrik Neufeld 5,—. Fabrik Sivert 7,40. Fabrik Gotswald 13,05. Von S. Joseph, Thurmstraße 1,—. Klaviaturfabrik von Buchholz, 11. Rate 14,30. Porzellanarbeiter Berlins d. W. 15,25. Vom aufgelösten Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins d. Perlemann u. Wappler 27,75. Sattler Berlins d. Riedel (auf Listen) 32,50. Einige Mitglieder der Gewerkschaft der Buchdrucker, Schriftgießer und verwandter Berufsgenossen d. N. Schulze, 1. Rate 8,50. Rother Bankbeamter 3,—.

Weitere Beiträge nimmt das Gewerkschaftsbureau (N. Millarg, Annenstr. 16, 1 Tr.) entgegen.

Unternehmer-Verbände.

Der Vorstand des westfälischen Kokssyndikats berichtet, daß der Dezember mit einem Versand von 548 899 Tonnen die höchste bisherige Leistung aufwies, und den Dezember vorigen Jahres um 60 367 Tonnen überstieg. Der Versand im 4. Quartal 1897 belief sich auf 1 601 091 Tonnen, gegen das Vorjahr mehr 138 000 Tonnen. Der Gesammtabsatz des Jahres 1897 zeigte ein Anwachsen von 8,2 pCt. Es betrug nämlich die Produktion im Syndikat einschließlich der Privatkokereien 1897 6 036 529 Tonnen, gegen das Vorjahr mehr 461 834 Tonnen. Des weiteren wird im Bericht erwähnt, daß seit Anfang dieses Jahres dem Syndikat eine neue Betheiligung in Höhe von 1/4 Millionen Tonnen Koks zuerkannt ist. Die vom Vorstande vorgeschlagene Einschränkung der Monatsproduktion pro Januar und Februar um je 5 pCt. wurde beschlossen. Für Dezember wurden die Beiträge auf 5 pCt., für Januar auf 10 pCt. festgesetzt. —

Soziales.

Wie nothwendig eine durchgreifende Aenderung des Unfallversicherungs-Gesetzes in Beziehung auf Beschleunigung des Verfahrens ist, zeigen folgende Mittheilungen, die die Breslauer „Volkswacht" auf grund eines Aktenstücks veröffentlichte, das ihr vorgelegen hat. Der landwirthschaftliche Arbeiter L. verunglückte in der Nacht vom 20. zum 21. Oktober **1893** im Stalle eines Rittergutes in Hannover. (Er hatte im Stalle seine Schlafstelle auf einer Erhöhung von einigen Metern und fiel beim Herabsteigen von der Leiter.) Am 20. Juli **1894** bescheid ihn die Berufsgenossenschaft auf sein Gesuch um Rente abschläglich — weil kein Betriebsunfall vorliege, denn L. wäre Tags vorher betrunken gewesen und hätte von der Lagerstatt steigen wollen, um seine Nothdurft zu verrichten. (!!) Seine Berufung vom Anfang August 1894 kam erst auf wiederholte Beschwerde am 30. Juli **1895** vor dem Schiedsgericht zur Verhandlung. Das Schiedsgericht, zusammengesetzt aus einem Regierungsassessor als Vorsitzenden, aus zwei Baronen als Vertretern der Arbeitgeber und aus zwei Holzknechten als Vertretern der Arbeiter — wies die Berufung zurück, weil kein Betriebsunfall vorliege. Das Urtheil wurde dem L. am 22. Januar **1896** zugestellt. Der am 15. Februar 1896 eingelegte Rekurs wurde am 28. April 1896 vor dem Reichs-Versicherungsamt verhandelt, und zwar wurde dem L. eine Rente zugesprochen, „weil das Rekursgericht im Gegensatz zum Schiedsgericht in dessen Feststellungen einen Betriebsunfall hat erblicken müssen"; Die Höhe der Rente zu berechnen, mußte jedoch der Berufsgenossenschaft überlassen werden, weil die Akten nicht vollständig waren. Dieser Aufgabe ist die Berufsgenossenschaft wiederum erst auf Beschwerde am 19. Februar beziehentlich 20. März **1897** nachgekommen, und hat dem L. eine Entschädigung von 104,08 M. berechnet und angewiesen. Der unzufriedene L. legte wiederum Berufung ein und erhielt vor kurzem das Urtheil vom 9. Oktober 1897, wonach das Schiedsgericht eine höhere Rente festgesetzt hat. Hoffentlich kommt diese nun bald. Bekanntlich schreiben wir jetzt **1898**.

Produktionsstatistik. Die Ziegelei-Berufsgenossenschaft hat zum ersten Male den Versuch gemacht, die Produktion an Ziegelsteinen, Dachziegeln u. s. w. im Deutschen Reiche festzustellen. Aus den Jahresnachweisungen der Mitglieder ist eine Zusammenstellung gemacht worden, welche ergiebt, daß im Jahre 1896 in Deutschland fabrizirt wurden: Gewöhnliche Ziegelsteine und Verblendsteine 10 336 768 600 Stück, Dachsteine 442 265 800 Stück, Drainröhren 188 234 100 Stück, Torfstücke 1 225 436 400 Stück, feuerfeste Produkte 176 531 500 Stück, glasirte Thonröhren 13 967 100 Stück.

Auf unbedingte Zuverlässigkeit kann diese Uebersicht allerdings keinen Anspruch machen, da 12½ pCt. sämmtlicher Mitglieder der Berufsgenossenschaft überhaupt keine Angaben über die Höhe ihrer Produktion gemacht haben, augenscheinlich um einer Kontrolle der Löhne 2c. zu entgehen. Hier mußte die Feststellung schätzungsweise vorgenommen werden.

Gerichts-Zeitung.

Was einem anständigen Mädchen in Köln passirte. Aus Köln a. Rh. wird berichtet: Ein Vorgang, der seiner Zeit allgemeines Aufsehen erregte, gelangt heute Dienstag vor der ersten Strafkammer des kgl. Landgerichts zur Verhandlung. Am 2. Juli 1897, abends 8 Uhr, fand in den Hauptstraßen Kölns ein großer Auflauf statt. Ein Kriminalschutzmann, Kiefer, transportirte eine junge Dame nach dem Polizeipräsidium. Die Verhaftung machte deshalb so großes Aufsehen, weil die junge Dame, deren Aeußeres nicht auf eine Dirne schließen ließ, sich heftig sträubte und schrie, so daß sie nur mit Hilfe zweier anderer Schutzleute gewaltsam transportirt werden konnte. Kiefer, dem der Patrouillendienst über die hiesigen Prostituirten oblag, hielt die junge Dame für eine Prostituirte, da sie zufällig ein Stück Weges neben einer Prostituirten gegangen sein soll. Er wurde in seiner Auffassung, eine Prostituirte vor sich zu haben, noch bestärkt, als die junge Dame ihm auf seine Aufforderung, ihm ihren Namen zu nennen, sagte, daß sie Wilhelmine Faßbinder heiße. Kiefer hatte den Auftrag, eine Prostituirte Namens Christine Faßbinder zu verhaften. In der Eile glaubte er, den Namen Christine Faßbinder gehört zu haben. Dies veranlaßte ihn, die junge Dame zu verhaften, obwohl diese betheuerte, sie sei ein anständiges Mädchen, Tochter anständiger Eltern, ihr Vater sei langjähriger Obermaschinenmeister der „Köln. Ztg.". Anfänglich soll Fräulein Faßbinder sich weniger gesträubt haben, da ihr bekannt war, daß der Weg zu dem Polizeipräsidium bei dem Hause ihrer Eltern vorbeiführe. Sie sagte auch dem Schutzmann, daß ihre Eltern Minoritenstraße 11a 3 Treppen wohnen. Als sie nun vor diesem Hause angelangt war, verlangte sie, zu ihren Eltern hinaufgeführt zu werden; diese würden bestätigen, daß sie keine Dirne sei. Der Schutzmann hörte jedoch nicht darauf, und als sie sich nun weigerte, dem Beamten weiter zu folgen, soll dieser ihr einen so heftigen Stoß versetzt haben, daß sie fast bis auf die andere Straßenseite geflogen sei. Dadurch und durch das Geschrei des jungen Mädchens wurde der Auflauf immer größer. Die Mutter des jungen Mädchens wurde von Bekannten benachrichtigt; sie eilte auf die Straße und beschwor den Schutzmann, ihre Tochter frei zu geben. Auch mehrere Nachbarsleute der Familie Faßbinder, Kaufleute u. s. w. bemühten sich, dem Schutzmann klar zu machen, daß Fräulein Faßbinder ein anständiges Mädchen sei. Dies war jedoch alles erfolglos. Sowohl die alte Frau Kiefer, als auch andere Personen wurden von den Schutzleuten zurückgestoßen, und das junge Mädchen gewaltsam nach dem Polizeipräsidium transportirt. Dort und auch auf dem Transport soll das junge Mädchen von Kiefer mißhandelt worden sein. Inzwischen wurde der Vater des jungen Mädchens, Obermaschinenmeister Faßbinder, aus der Druckerei der „Köln. Ztg." herbeigeholt. Dieser begab sich schleunigst aufs Polizeipräsidium. Dort gelang es ihm nach einiger Zeit, seine Tochter ausgeliefert zu erhalten. Als Faßbinder mit seiner Tochter aus dem Polizeigebäude heraustrat, wurde er von einer aus Zuhältern und anderem Gesindel bestehenden Menschenmenge mit lautem Gejohle und den gemeinsten Redensarten empfangen und bis zu seiner Wohnung verfolgt. Fräulein Faßbinder, die an jenem Abend ihre Schwester besucht hatte und sich, als sie verhaftet wurde, gerade auf dem Heimwege befand, hatte, nachdem sie in die elterliche Wohnung zurückgekehrt war, zunächst die Sprache verloren. Sie mußte aus Anlaß der ihr zugefügten Mißhandlungen längere Zeit das Bett hüten und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Polizeipräsident nahm Veranlassung, der Familie Faßbinder über das Vorkommniß sein Bedauern auszusprechen. Der Kriminalschutzmann Kiefer ist, dem Vernehmen nach, auch sofort vom Amte suspendirt worden. Obermaschinenmeister Faßbinder stellte gegen den Kriminalschutzmann Kiefer Strafantrag. Dieser wurde jedoch sowohl von der Staatsanwaltschaft als auch von der Ober-Staatsanwaltschaft als unbegründet zurückgewiesen. Faßbinder wandte sich daraufhin beschwerdeführend an das Ober-Landesgericht. Dieses verfügte, daß der Kriminalschutzmann Kiefer in Anklagezustand zu versetzen sei. Es wurde deshalb gegen Kiefer die Anklage wegen vorsätzlicher und widerrechtlicher Freiheitsentziehung, vorsätzlicher Körperverletzung und öffentlicher Beleidigung und zwar in seiner Eigenschaft als Beamter in Ausübung seines Amtes, auf grund der §§ 340, 341, 185 und 200 des Strafgesetzbuches erhoben. Kriminalschutzmann Kiefer hat sich daher am heutigen Dienstag vor eingangs bezeichnetem Gerichtshofe zu verantworten.

Das alte Gesetz über das Mobiliar-Feuerversicherungswesen vom 8. Mai 1887 sollte gestern gegen den Arbeiter Ferdinand Günther und die Agentin Marie Bigall vor der I. Strafkammer des Landgerichts I in Anwendung gebracht werden. § 20 dieses alten Gesetzes, gegen den sich die Angeklagten vergangen haben sollen, lautet: „Wer Mobiliar-Vermögensgegenstände gegen Feuersgefahr wissentlich zu einem höheren, als dem gemeinen Werth versichert, hat außer der Zurückführung der Versicherung auf diesen Werth eine dem Betrage der Ueberschreitung gleichkommende Geldbuße verwirkt, welche, wenn die Entdeckung der Ueberversicherung erst nach eingetretenem Brande geschehen, verdoppelt wird." Günther hatte einen Versicherungsantrag bezüglich seines nur etwa 1100 M. werthen Mobiliars in Höhe von 5000 M. gestellt und die zweite Angeklagte hatte diesen Antrag durch ihre Vermittelung bei der Versicherungsgesellschaft, von welcher sie Provision erhielt, angebracht. Sie soll sich dadurch der Beihilfe schuldig gemacht haben. — Die Strafbestimmungen des § 20 jenes alten Gesetzes sind, wie in der Verhandlung zur Sprache kam, neben dem Reichs-Strafgesetzbuch in Geltung verblieben. Das Gesetz bestraft die Ueberversicherung nicht als Vorbereitungshandlung zum Betruge — dann wäre der § 20 aufgehoben — sondern wegen Gefährlichkeit in dieser Beziehung schlechthin ohne Unterschied, ob sie mit dem Vorsatz späterer betrügerischer Benutzung gemacht wird oder nicht. Das Gesetz erblickt in der Ueberversicherung den Thatbestand eines besonderen Gefährdungsvergehens. Nach vorliegenden Entscheidungen oberster Instanzen ist der § 20 nicht schon mit dem Antrag auf Versicherung, sondern erst mit dem Abschlusse des Versicherungsvertrages anwendbar. In dieser Beziehung herrschte im vorliegenden Falle noch einige Unklarheit. Während in den Mittheilungen der Polizei immer von der Ausfertigung der „Police" gesprochen wurde, behauptete der Angeklagte, daß der — übrigens von seiner Frau gestellte — Versicherungsantrag zum Abschlusse überhaupt noch nicht gekommen sei. Der Gerichtshof hielt es für geboten, über diesen grundsätzlichen Punkt zunächst Klarheit zu erlangen und vertagt deshalb die Verhandlung zwecks weiterer Erkundigung bei dem Polizeipräsidium.

Einen interessanten Einblick in preußisches Gefängnißleben ermöglichte die vor der Strafkammer in Eberswalde stattgehabte Verhandlung gegen den Hilfs-Gefangenenaufseher Petersohn aus Wriezen, welcher beschuldigt war, die Entweichung eines Gefangenen, dessen Aufsicht ihm anvertraut war, durch Fahrlässigkeit erleichtert und befördert zu haben. Unter seiner Aufsicht hatten eines Tages vier Gefangene in einer Scheune Korn zu dreschen. Die Scheune hatte nur einen Ausgang nach der Straße. Wollte nun einer der Gefangenen austreten, so schickte er ihn nach dem Abort eines benachbarten Zimmerplatzes, welcher von der Scheune aus nicht beobachtet werden konnte. Einer der austretenden Gefangenen benutzte nun diese Gelegenheit, in seine Gefängnißzelle zurückzugehen, in aller Eile seine bürgerliche Kleidung, die man ihm dort belassen hatte, anzulegen und den Anstaltsanzug darüber zu ziehen. So ausstaffirt kehrte er zur Arbeit zurück. Dies war am Vormittage. Nachmittags trat er wieder aus, begab sich an den unbeobachteten stillen Ort, legte seine Gefängnißkleidung ab und suchte in bürgerlicher Kleidung ungehindert das Weite. Er soll heute noch wiederkommen. Vor Gericht bestritt der Aufseher, daß ihn eine Schuld an dem Entweichen des Gefangenen treffe. Er machte geltend, daß er die Leute doch austreten lassen müsse, und auf die Straße sei nicht angängig gewesen; ebensowenig aber auch, daß, wenn ein Gefangener austrete, die ganze Kolonne mitgehe, denn dann würde aus der Arbeit nicht viel werden. Der Staatsanwalt berief sich jedoch auf die im Gerichtsgefängnisse zu Prenzlau bestehende Instruktion, nach welcher während der Arbeitszeit niemand austreten dürfe. Nur wenn ein Gefangener mit allem Nachdruck darauf bestehe und gar nicht von seinem Verlangen abzubringen sei, dürfe ihm das Austreten gestattet werden. Der Gefangene werde aber hinterher disziplinarisch bestraft. Ausnahmen würden nur gemacht, wenn ein Gefangener an Kolik oder dergleichen leide. Auf alle Fälle aber müsse der Gefangene unter Aufsicht bleiben. Der Angeklagte hätte nicht auf die Ehrlichkeit des Gefangenen, daß derselbe wiederkommen werde, bauen dürfen. Der Gerichtshof zog in Erwägung, daß es für derartige Fälle, wie der vorliegende, dem Angeklagten an einer genügenden Instruktion gefehlt habe und sprach ihn demzufolge frei.

Einen Selbstmordversuch im Sitzungssaale der ersten Strafkammer am Landgericht II unternahm gestern Mittag der Schutzmann Karl Thelen aus Charlottenburg, der wegen Sittlichkeits-Verbrechens an Kindern unter 14 Jahren angeklagt war. Thelen ist derselbe Mann, der unlängst von einer Dame im Thiergarten beobachtet wurde, als er ein Mädchen in bedenklicher Weise liebkoste. Noch ganz vor kurzem wurden durch Aufruf in den Zeitungen Zeugen gesucht, da Thielen das beleidigte Mädchen unglaubwürdig zu machen suchte. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt und endete mit der Verurtheilung zu anderthalb Jahren Zuchthaus und sofortiger Verhaftung. Auf die Frage des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Gartz, ob er sich bei dem Urtheil beruhigen wolle, erwiderte der Angeklagte lächelnd „Ja!"; doch kaum hatte er die Schranken verlassen, so zog er ein Messer aus der Tasche und brachte sich an beiden Handgelenken quer über die Pulsadern Messerschnitte bei. Das Blut spritzte sofort hoch. Der Bezirksphysikus Sanitätsrath Dr. Klein und ein zweiter Arzt sprangen aber schnell zu und faßten den Selbstmörder mit festem Griff an den Wundstellen, um das Blut anzuhalten. So wurde er nach dem Wartezimmer geführt, wo unter Mitwirkung des herbeigerufenen Lazarethwärters der Verband angelegt wurde. Die Wunden erwiesen sich als ganz leicht und ungefährlich.

Landgerichtsdirektor Schenk, Vorsitzender der fünfte Strafkammer des Landgerichts I, ist Sonntag Nachmittag im Alter von 62 Jahren an den Folgen einer langwierigen Krankheit gestorben.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Grünau, 24. Januar. (W. T. B.) Amtlich wird gemeldet. Heute Nachmittag 2 Uhr 36 Minuten entgleisten von dem 146 Achsen starken Güterzug 903 bei Einfahrt in Grünau die ersten 10 Güterwagen hinter dem Packetwagen. Hauptgleis Berlin Kottbus wird etwa 10 Stunden gesperrt sein, während dessen der Betrieb eingleisig zwischen Grünau und Adlershof betrieben wird. Die eintretenden Zugverspätungen sind unerhebliche. Vom Personal ist ein Bremser leicht verletzt, die Ursache der Entgleisung ist noch nicht aufgeklärt. Untersuchung ist eingeleitet.

Gelsenkirchen, 24. Januar. (W. T. B.) Die „Gelsenkirchener Zeitung." meldet: Auf dem Bahnhofe Ueckendorf-Wattenscheid ist der um 9½ Uhr fällige Güterzug, der den Kohlenverkehr zwischen Ueckendorf und Langendreer bewirkt, auf einen dort haltenden Zug gefahren. Der Anprall war überaus heftig. Die ersten Wagen wurden theilweise ganz zertrümmert und andere Wagen auf einander gethürmt. Die Lokomotive des Güterzuges erhielt erhebliche Beschädigungen. Der Lokomotivführer wurde unter die Maschine geschleudert und erheblich verletzt. Der Heizer rettete sich durch einen Sprung. Der Tender der Maschine war in den nachfolgenden Personenwagen eingedrückt, in welchem der Zugführer mit dem Sortiren der Begleitungspapiere beschäftigt war. Dieser erlitt einige, wenn auch unerhebliche Verletzungen. Ein Reisender aus Gelsenkirchen wurde schwer verletzt. Der Verkehr wird auf dem anderen Geleise aufrecht erhalten. Der Materialschaden ist bedeutend.

Frankfurt a. M., 24. Januar (W. H.) Der „Frankf. Ztg." wird aus Philippopel gemeldet: Die Aussagen aller Zeugen im Boitschew-Prozeß widerlegen die Alibibeweise Boitschew's. Nach Schluß des Beweisverfahrens beantragte der Staatsanwalt die Todesstrafe für den Exrittmeister Boitschew und den ehemaligen Polizeipräfekten Novelic, sowie die Freisprechung Nicola Boitschew's. Die Verhandlung wird heute zu Ende geführt werden.

Paris, 24. Januar. (W. T. B.) (Fortsetzung des Kammerberichts.) Jaurès fährt fort, die Regierung könne den Offizieren nicht untersagen, in dem Prozesse Zola Aussagen zu machen. Redner fragt, ob die Richter des Kriegsgerichts Schriftstücke in den Händen haben, welche die Strafbarkeit des Dreyfus beweisen und ob diese Schriftstücke dem Angeklagten und dessen Vertheidiger nicht mitgetheilt worden seien. Er protestirt gegen die Ungesetzlichkeit, gegen die Verletzung des Rechtes und fügt hinzu: Ihr werdet die Lösung des Räthsels nicht durch zweideutige Worte, durch Ausflüchte und Hinhaltungen umgehen. Jaurès wendet sich gegen die Verhandlung bei verschlossenen Thüren und sagt: Warum eine Armee unterhalten, wenn es nicht gestattet ist, einzugestehen, daß ein Offizier einer benachbarten Macht Dokumente mittheilte? (Beifall auf der äußersten Linken.) Jaurès kommt dann auf Kiel und den äußersten Orient zu sprechen und wirft der Regierung ihren Kleinmuth vor (Widerspruch), erinnert an den in Deutschland geführten Prozeß gegen Degony. Er wirft der Majorität vor, daß sie die Republik der militärischen und klerikalen Reaktion ausliefere und erklärt, die Sozialisten würden die Republik vertheidigen. (Vereinzelter Beifall.) Ministerpräsident Méline weigert sich zu antworten, weil, wie er sagt, die Regierung nicht das Recht habe, sich an die Stelle der Justiz des Landes zu setzen. Lanjuinais spricht von einem Einfalle deutscher Juden in Frankreich und schließt mit der Aufforderung an die Regierung, die Verleumder der Häupter des Heeres streng zu treffen. Goblet führte aus, das Kabinet habe gegen Zola die gerichtliche Verfolgung eingeleitet, um der Rechten gefällig zu sein. Méline meint, die Regierung habe über den Prozeß Dreyfus keine Mittheilungen machen können und schloß mit einem Appell an alle diejenigen, die Frankreich lieben. (Beifall.) Hierauf nahm die Kammer mit 376 gegen 133 Stimmen eine Tagesordnung an, welche die Erklärungen der Regierung billigt. Die Sitzung wird geschlossen.

Paris, 24. Januar. (W. T. B.) Infolge der Zwischenfälle in der Kammersitzung vom Sonnabend hat der Generalstaatsanwalt den Antrag auf Ermächtigung zur Strafverfolgung der Deputirten Graf de Bernis und Gérault-Richard der Kammer eingereicht.

Algier, 24. Januar. (W. T. B.) Alle Plätze der Stadt sind vom Militär bewacht. Es fanden einige Kundgebungen statt, doch ist kein ernster Zwischenfall vorgekommen. Die Läden der Juden sind geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

24. Sitzung. Montag, den 24. Januar 1898.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr.

Eingegangen sind eine Denkschrift für die Entwickelung der Schutzgebiete, der Handels- und Schifffahrtsvertrag mit dem Oranjefreistaat, und das Gesetz, betreffend die Amtskautionspflichten der Reichsbeamten.

Ein Gesuch des Rechtsanwalts Lotz zu Altenburg, die gerichtliche Verfolgung des Abg. Bock (Soz.) wegen Beleidigung zu genehmigen, wird auf Antrag der Kommission abgelehnt.

Die zweite Berathung des Spezialetats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Beim Titel „Invaliditäts- und Altersversicherung nimmt das Wort

Abg. v. Czarlinski (Pole): Es sind mannigfache Anträge auf Abänderung der Alters- und Invaliditätsgesetzgebung eingelaufen. Die vorübergehend in Deutschland lebenden Ausländer sollten vor allen Dingen gesetzlich von der Versicherungspflicht ausgeschlossen sein. Auch bei der Ausführung im einzelnen werden mancherlei Beschwerden laut. Es hat sich herausgestellt, daß das Handwerk und die Landwirthschaft den Hauptantheil der aufzubringenden Geldmittel zu tragen haben. Die Altersgrenze müßte ferner von 70 auf 60 Jahre herabgesetzt werden. Wir erwarten, daß ein künftiger Gesetzentwurf diese Mißstände der gegenwärtigen Gesetzgebung beseitigen wird.

Abg. Graf Stolberg (k.): Auch wir erkennen die Uebelstände an, die sich bei der Alters- und Invaliditätsgesetzgebung herausgestellt haben und wünschen deren Abänderung.

Abg. Thomsen (frs. Vp.) tritt gleichfalls für eine Vereinfachung des Apparats der Gesetzgebung und für eine möglichste Entlastung der Landwirthschaft ein.

Dr. Frhr. v. Hertling (Z): Meine politischen Freunde sind der Meinung, daß es sich bei der gegenwärtigen Geschäftslage nicht empfiehlt, diese Frage in ihrem ganzen Zusammenhange aufzurollen. Er hält eine Reform nur in dem Sinne für durchführbar, daß die Landwirthschaft, das Handwerk und die Dienstboten wieder ganz aus dem Gesetze herausgebracht werden.

Abg. Singer (Soz.): Ich stimme mit dem Vorredner darin überein, daß wir eine Novelle zum Invaliditätsgesetz abwarten müssen und jetzt keine einschneidenden Reformen vornehmen können. Doch lege ich auf diese formelle Frage kein Gewicht. Es muß mit allem Nachdruck betont werden, daß das Gesetz in seiner gegenwärtigen Form und Durchführung nicht ausreicht. Doch muß eine Aenderung nicht nach der Richtung gemacht werden, daß die Leistungen der Unternehmer herabgesetzt werden, sondern daß die Vortheile für die Arbeiter erweitert werden. Vor allem ist nothwendig eine Herabsetzung der Altersgrenze und eine Erhöhung der Rente. In der Industrie liegen die Verhältnisse derartig, daß wir wirklich kein Mitleid mit den Herren Unternehmern haben brauchen. Die ländlichen Unternehmer haben dagegen wirklich in der Handhabung des äußeren Apparates mannigfache Schwierigkeiten. Ich muß daher die Bitte an das Reichs-Postamt richten, daß an allen Poststellen, an denen der Verkauf von Postwerthzeichen stattfindet, auch die Marken für die Versicherung verausgabt werden. Es ist behauptet worden, daß die Bestimmungen des Gesetzes in der Landwirthschaft nicht vollständig erfüllt werden könnten, weil die ländlichen Unternehmer nicht in der Lage sind, über die nöthigen Gelder stets zu verfügen. Es werden ja heute Enqueten über mancherlei Dinge veranstaltet; ich würde den Herrn Staatssekretär ersuchen, auch hier einmal durch eine Enquete festzustellen, wie viele ländliche Unternehmer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, um so dem Umstande auf den Grund zu kommen, weshalb die ländlichen Versicherungsanstalten so sehr über die Nichteinhaltung des Gesetzes klagen. Man kann selbst von der schwierigen Situation der Landwirthschaft überzeugt sein und muß trotzdem zugeben, daß die Pflichten, die das Gesetz den kleinen Besitzern auferlegt, so bedeutend nicht sind, daß sie an ihr zu grunde gehen könnten. Aber es sind ja auch viel weniger die finanziellen Lasten, über die sie sich beschweren, als vielmehr die Arbeitshäufung, die sie durch die Handhabung bekommen. Da muß ich aber sagen: Wenn es sich darum handelt, die Millionen von Arbeitern, die den Wohlstand des ganzen Volkes schaffen, vor der Noth durch Alter und Unfälle zu schützen, dann haben die übrigen Klassen der Bevölkerung auch die Verpflichtung, das Mehr an Arbeit zu übernehmen, das hierzu nothwendig ist. Von einer Entschuldigung mit zu geringer Zeit und zu großer Arbeit kann da gar keine Rede sein. Die Unternehmer müssen von dieser sittlichen Pflicht so durchdrungen sein, daß sie die nothwendige Arbeit willig und ohne Murren unternehmen. Der Reichstag kann Einwendungen jener Art keine Rechnung tragen. (Sehr richtig! bei den Sozialisten.)

Ich verzichte darauf, das ganze Gebiet der Alters- und Invalidenversicherung hier mit zur Debatte zu stellen. Unsere prinzipielle Stellung zu dem Gesetz ist nach wie vor dieselbe. Wir haben damals gegen dasselbe gestimmt, nicht, weil wir mit dem Grundgedanken nicht übereinstimmen, sondern weil die Forderungen gerade in ihm nicht erfüllt waren, die unserer Meinung nach unumgänglich nothwendig sind. Man hat aber kein Recht, aus unserer Stellungnahme abzuleiten, daß wir zu irgend einer Einschränkung dieser Gesetzesbestimmungen die Hand bieten werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Stolberg (kons.): Der Abg. v. Hertling hat ausgeführt, daß der Kreis der Alters- und Invaliditätsversicherung eingeschränkt werde. Wir könnten einer Reform in dieser Richtung nicht zustimmen. Die Entziehung der Versicherung würde die Landarbeiter einer großen Wohlthat berauben.

Abg. Hitze (Z.): Wenn den Landarbeitern die Versicherung als eine Wohlthat erscheinen sollte, so hätten sie ja die Möglichkeit, sich selbst zu versichern. Ich meine aber, daß die Versicherung sich zunächst nur auf den Kreis beziehen sollte, für den sie geschaffen ist, d. h. auf die Industriearbeiter.

Abg. Dr. Hahn (wildkons.) betont besonders, daß die Opfer der seemännischen Bevölkerung für die Altersversicherung in keinem Verhältniß stehen zu den Wohlthaten, die sie daraus empfangen. Die Landwirthschaft hat in der That sehr große Lasten für das Gesetz aufzubringen. Die Landwirthe sind gewiß nicht weniger opferwillig, als andere Kreise, aber wenn sie sehen, daß die großen Kapitalien fast frei ausgehen und sie so schwere Opfer zu bringen haben, so ist ihre Empörung begreiflich. Ich erwarte von der Regierung, daß sie dies berücksichtigt.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die preußischen Versicherungsbehörden sind ermächtigt, die Versicherungsgelder auf Hypotheken auszuleihen, natürlich nur zu dem landesüblichen Zinsfuß. Ich werde Sorge dafür tragen, daß thatsächlich in allen Postanstalten die Versicherungsmarken zu kaufen sind und werde auch bei den nichtpreußischen Anstalten dahin zu wirken suchen. Ich kann ferner auf das bestimmteste erklären, daß für die Regierung der Gedanke, daß irgend eine Schicht der Bevölkerung, die sich jetzt der Wohlthaten der sozialpolitischen Gesetzgebung erfreuen, wieder ausscheiden könnte, vollkommen indiskutabel ist. Wir werden es auf keinen Fall zugeben, daß den Arbeitern und Dienstboten in der Landwirthschaft die Vortheile der Alters- und Invaliditäts-Versicherung wieder genommen würden. Die Frage der Vertheilung der Lasten und der Vereinfachung des Apparats ist nicht so leicht zu lösen, als es hier vorausgesetzt wird. Ich glaube, man giebt sich Illusionen hin, wenn man glaubt, daß die nächste Novelle alle Beschwerden beseitigen können wird. Das aber werden sich die Arbeitgeber vergegenwärtigen müssen, daß diese sozialpolitische Gesetzgebung ihnen stets zu gunsten der Arbeiter große Lasten auflegen wird, die nicht zu vermeiden sind.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Ich habe nicht gesagt, wie der Abg. Singer meint, daß die Landwirthschaft die Lasten der Versicherung nicht willig trage. Die von mir angeführten Fälle, in denen bäuerliche Besitzer sich über die Lasten beschwerten, sind entschuldbar, aber ich meine nicht, daß sie sich der sittlichen Pflicht, die ihr aufgelegten Lasten zu tragen, entziehen wollten.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Auch ich halte es für unmöglich, einmal versicherte Schichten der Bevölkerung wieder aus der Versicherung auszuscheiden. Vor allen Dingen aber scheint es nothwendig, eine Versicherung der Wittwen und Waisen als der Bedürftigsten herbeizuführen. Wenn es aber um dieser willen nöthig sein wird, die Arbeitgeber aufs neue zu belasten, so sollten wir doch nicht daran denken, auch auf grund der bestehenden Alters- und Invaliditäts-Versicherung den Arbeitgebern neue Lasten aufzulegen. Es war nach meiner Meinung ein Fehler, daß wir nicht Einheitsrenten festsetzten. Wir sollten wenigstens nicht wieder eine neue Klasse über den anderen einrichten, sondern eher daran denken, die Rentensätze der niedrigsten Klasse möglichst hoch zu legen. Wenn den Arbeitgebern Lasten aufgelegt werden, so sollte das eben auch im Interesse der bedürftigsten Schichten der Bevölkerung geschehen.

Abg. Singer (Soz.): Wir sind mit dem Frhrn. v. Stumm vollkommen darin einverstanden, daß die Wittwen und Waisen in den Bereich dieses Gesetzes einzubeziehen sind. Aber wir müssen trotzdem darauf halten, daß die nothwendige Verbesserung des Gesetzes auch zu gunsten der schon versicherten Arbeitern vorgenommen wird. Mit der Einheitsrente könnten wir ebenfalls einverstanden sein, wenn wir nicht die Befürchtung hegen müßten, daß diese dann so niedrig bemessen würde, daß sie nicht mehr als ausreichend gelten kann. Wir wissen nur zu gut, daß es den Herren, die um den Frhrn. v. Stumm herumsitzen, nicht um die Abrundung zu thun ist, sondern gewöhnlich eine Herabdrückung der Renten gemeint ist. — Der Abg. Paasche irrt, wenn er meint, daß ich meine Bemerkung nur gegenüber der Landwirthschaft gemacht habe; sie richtete sich vielmehr ganz im allgemeinen gegen die Arbeitgeber in der Industrie sowie in der Landwirthschaft, und daran halte ich fest. Ich glaube, daß wir kein allzu großes Mitleid zu haben brauchen, daß die Arbeitgeber ein gewisses Maß persönlicher Leistungen zu übernehmen haben. Wenn Herrn Paasche es unangenehm ist, daß ich seine Aeußerung über die Landwirthe hervorgehoben habe, so begreife ich das bei ihm als dem Sachwalter des Bundes der Landwirthe vollkommen. Seine persönliche Gereiztheit ist mir aber etwas erstaunlich. Vielleicht wird ihm das als ein Verbrechen angerechnet, daß er einen solchen Vorfall selbst erzählt hat. Jedenfalls möchte ich mich nur von dem Verdachte reinigen, als ob er die von mir zitirte Aeußerung, es klebt auf dem Lande überhaupt niemand, nicht wirklich gethan hätte. Die verbündeten Regierungen haben es in der Hand, auch auf dem Lande die Kontrolle etwas strenger auszuüben. In den Städten werden ja im allgemeinen Klagen über mangelnde Kontrolle nicht geführt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Kontrolle auf dem Lande ist schwieriger, zeitraubender und kostspieliger; trotzdem ist sie gerade in den letzten Jahren erheblich verbessert worden; speziell in Ostpreußen ist dies durch amtliche Berichte durchaus festgestellt. Eine Herabsetzung der Altersgrenze und Erhöhung der Rente würde eine ganz erhebliche Mehrbelastung der Unternehmer wie des Reiches zur Folge haben. Also ist hier die allerhöchste Vorsicht geboten; auch die Reliktenversicherung würde eine ganz bedeutende Steigerung des Deckungskapitals wie der Beiträge erfordern.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Ich bin keineswegs, wie der Abg. Singer meint, persönlich gereizt, sondern habe nur meine Ausführungen aus der Budgetkommission wiederholt. Ich weise solche persönlichen Insinuationen zurück.

Der Titel wird darauf bewilligt.

Es folgt der Titel: Kommissariat für das Auswanderungswesen.

Abg. Dr. Hahn (k.): Ich bitte die Regierung um Auskunft darüber, wie es mit der Erfüllung der Anregungen steht, die in bezug auf die Ueberwachung der Auswandererschiffe vor 3 Jahren hier gegeben sind. Redner verbreitet sich vor allem über die dienstliche Ueberlastung der Offiziere auf den Schiffen des Norddeutschen Lloyds. Ferner sollen viele Dampfergesellschaften als Schiffsärzte junge Aerzte nehmen, die, um eine Seereise zu machen, die Stellung umsonst annehmen. Das liegt wohl im kapitalistischen Interesse, aber nicht im Interesse der Gesundheit der Passagiere. Auch sonst suchen die Gesellschaften an den Selbstkosten viel zu sparen, indem sie z. B. farbige Mannschaften anstellen. Ich habe nicht das Zutrauen zu unseren schwarzen und sonstigen Brüdern, daß ich ihnen die Sicherheit unserer Auswandererschiffe anvertrauen möchte. Wir haben hier darauf zu dringen, daß die deutschen Schiffe auch mit einer deutschen Besatzung bemannt werden. Ich bitte auch um Auskunft darüber, wie es mit der Ausarbeitung einer neuen Seemannsordnung steht.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Was die Frage der Bemannung anlangt, so kann die Regierung eine allgemeine Reglementirung hier nicht vornehmen; selbst in England existiren keine Vorschriften darüber, eine wie starke Bemannung zu einer bestimmten Größe eines Schiffes gehört. Für die Rettungsvorrichtungen giebt es aber bestimmte Reglements; es werden auch häufige Manöver abgehalten, die für den Norddeutschen Lloyd ein sehr befriedigendes Resultat ergaben. In der Schottenbedienung hat der Lloyd einen großen Fortschritt durchgeführt durch die Herstellung eines optischen Telegraphen, der den Schottenschluß automatisch anzeigt. Erhebungen über die farbigen Mannschaften haben ergeben, daß diese ca. 5 pCt. der gesammten Bemannung unserer Kauffahrteischiffe betragen; bei den Dampfschiffen im speziellen 8,4 pCt.) Das Hinzuziehen von Farbigen ist durchaus gerechtfertigt, da diese gerade in den tropischen Gegenden den körperlichen Anstrengungen weit mehr gewachsen sind als die Europäer. Die Befürchtung, daß durch ihre Verwendung die Heuer zurückgehe, ist durchaus unbegründet.]

Abg. Frese (frs. Vg.): Die meisten Anfragen des Abg. Hahn sind eigentlich durch die Bestimmungen des Auswanderungsgesetzes erledigt. Redner nimmt den Norddeutschen Lloyd gegen die Angriffe des Abg. Dr. Hahn in Schutz. Was die Anstellung der Aerzte anlangt, so erhalten diese vom Lloyd 120 Mark pro Monat, nehmen oft bis 170 Mark ein; daß Schiffsärzte unentgeltlich angestellt werden, dafür wird wohl der Beweis nicht erbracht werden können. Die Einwendungen wegen der farbigen Leute sind ja bereits vom Herrn Staatssekretär zurückgewiesen worden.

Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.): Ich erhebe gegen das Vorgehen des Abg. Hahn entschiedenen Widerspruch. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Hahn (wildkons.) verliest einige Stellen aus der Eingabe der Seesteuerleute, die von einer Ueberlastung durch den Dienst sprechen. Die Erklärung des Staatssekretärs bezügl. der Farbigen wird beruhigend wirken; es muß aber trotzdem verlangt werden, daß die Farbigen so viel als möglich entfernt werden.

Abg. Dr. Lieber (Z.): Ich glaube vor allen Dingen nicht, daß die Mehrzahl der gegenwärtigen aktiven Offiziere des „Nordd. Lloyd", Herrn Dr. Hahn zum Wortführer ihrer Beschwerde gemacht hat, wohl aber, daß dies von ehemaligen Offizieren desselben geschehen ist. Wir haben aber hier im Reichstag nicht die geringste Veranlassung, auf die Anschuldigungen solcher Kerls, die wegen irgend welcher Verfehlungen entlassen sind, einzugehen? (Beifall.)

Abg. Frese (frs. Vg.): Ich glaube auch, der richtige Weg für Dr. Hahn wäre gewesen, die Anschuldigungen erst genau zu prüfen und sich dann an die Gesellschaft selbst zu wenden und nicht an den Reichstag.

Abg. Dr. Hahn (wildk.): Ich stehe seit Jahr und Tag mit dem Verein der Seesteuerleute in Verbindung, dessen Mitglieder zum theil aktive Offiziere sind, und habe von diesem meine Informationen.

Die Diskussion wird geschlossen. — Persönlich bemerkt

Abg. Dr. Lieber (Z.): Wenn ich heute nicht ausreichend informirt war, so lag die Schuld an dem Dr. Hahn. (Heiterkeit.)

Titel 1—8 des Reichskommissariates wird bewilligt.

Zum Titel 9: „Börsenausschuß und Berufskammer in Ehrengerichtssachen gegen Börsenbesucher" bemerkt

Abg. Dr. Barth (freis. Vg.): Das neue Börsengesetz hat sich als durchaus verfehlt erwiesen. Das Börsenterminregister, von dem man sich so viel versprochen hat, steht lediglich auf dem Papier. Nur äußerst wenige Eintragungen sind bisher erfolgt. Das Ehrengericht ist nur in wenigen Fällen angerufen worden, und außerdem hat man die Erfahrung gemacht, daß es zu einem ganz gefährlichen Denunziantenthum geführt hat. Das schlimmste aber, was das Börsengesetz herbeigeführt hat, liegt auf dem Gebiete der Produktenbörse. Der Bund der Landwirthe und seine Presse haben darin eine Unbotmäßigkeit gegen die Gesetze gesehen, daß die Kaufleute die Produktenbörse nicht besuchten. Eine sonderbare Auslegung! Die Zerstörung der Produktenbörse, die die unmittelbare Folge des Börsengesetzes war, hat vor allem die Landwirthschaft am schwersten geschädigt. (Heiterkeit rechts.) Das beweisen die vielfachen Zeugnisse; ich erinnere nur daran, daß die Bromberger Handelskammer um die Aufhebung des Börsengesetzes petitionirt hat. Eine Umfrage, die auch an Landwirthe gerichtet wurde, hat bestätigt, daß die Folgen des Börsengesetzes von allen Seiten beklagt wurden. Der ganze Handelsstand schuldet den Berliner Getreidehändlern für ihre Standhaftigkeit lebhaften Dank.

Abg. Gamp (Rp.): Das Börsengesetz ist nicht nur von den Agrariern, sondern vom ganzen Reichstag mit Ausnahme der Freunde des Herrn Barth angenommen worden. Selbst die Sozialdemokraten haben für die meisten Bestimmungen gestimmt, die heute Herr Barth beanstandet. Das Bestreben der Bromberger Handelskammer auf Beseitigung des Börsengesetzes hat namentlich in den kaufmännischen Kreisen Sachsens keine Nachfolge gefunden. Die Prophezeiungen der Freunde des Herrn Barth über die Zugrunderichtung der Börse sind nicht eingetroffen.

Abg. Dr. Barth (frs. Vg.): Dem Abg. Gamp antworte ich auf seine Frage: Um die absoluten Preise handelt es sich nicht, sondern nur darum: Wie würden sich die Preise gestaltet haben, wenn der Terminhandel noch existirte. Und wir behaupten, die Preise würden dann höher sein, weil die Preisbildung eine natürliche gewesen wäre.

Abg. Graf v. Arnim (k.): Um das Börsengesetz zu beurtheilen, besteht es noch nicht lange genug. Ich bedauere, daß es nicht ganz nach unseren Wünschen angenommen worden ist. Ich wünsche, daß das Oberverwaltungsgericht sein Urtheil so zeitig spricht, daß, wenn es sich der höchst befremdlichen Entscheidung des Bezirksausschusses anschließen sollte, wir hier im Reichstage noch diese Lücke des Gesetzes, die Feststellung des Begriffes „Börse" ausfüllen können. Ich hoffe, daß das Oberverwaltungsgericht Zeugen vernehmen wird. Zugeben will ich, daß es nothwendig sein wird, im Laufe der Zeit das Börsengesetz zu ergänzen. Die Materie ist ebenso schwierig wie flüssig. Vorläufig aber sind wir mit dem Gesetz zufrieden, es hat uns Stetigkeit der Preise gebracht.

Abg. Paasche (natl.): Wenn das Gesetz Mängel hat, so ist Herr Barth indirekt mit daran schuld. Wenn man jetzt so thut, als ob alle heutigen Schäden auf das Börsengesetz zurückzuführen sind, so ist das doch ganz verkehrt, obwohl ich nicht behaupten will, daß es in jeder Beziehung vollendet ist.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr (Fortsetzung der heutigen Berathung). Schluß 6¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom 24. Januar 1898, 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. v. Miquel und Kommissarien, später Schönstedt.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Aufhebung der Verpflichtung zur Bestellung von Amtskautionen.

Abg. Rickert (frs. Vg.) findet in der Vorlage einen erfreulichen Schritt vorwärts, der längst hätte gemacht werden sollen. Mit dieser Vorlage wird ein erster Zopf abgeschnitten, aber weitere Schritte müssen folgen. Beseitigung des Schreibwerks und Beseitigung der Kluft zwischen Subaltern- und Oberbeamten muß folgen.

Minister Dr. v. Miquel: Die Zurückzahlung der Kautionen soll, vorausgesetzt, daß nicht unruhige Zeiten uns hindern, alsbald begonnen werden, und zwar soll zunächst den unteren Beamten, später den höheren die Kaution zurückgegeben werden, sodaß die geringeren Kautionen zunächst, dann allmälig die höheren zur Rückgabe gelangen. Bei der besonderen Stellung der Gerichtsvollzieher dem Publikum gegenüber war es noch nicht angängig, deren Kautionen ebenfalls aufzuheben; das könnte erst in Frage kommen bei einer Umgestaltung dieser Beamtenstellung.

Abg. Haacke (Hospitant der Frk.) erklärt sich für die Vorlage.

Minister Dr. v. Miquel bemerkt noch, daß für eine Reihe von Personen noch die Kautionspflicht bestehen bleibt, die mit dem Staate in einem bestimmten Vertragsverhältnisse stehen, so für die Angestellten gewisser Bankassen und der Forst-Unterrezepturen.

Abg. Möller (natl.) erklärt sich namens seiner politischen Freunde für den Gesetzentwurf.

Abg. Dr. Opfergelt (Z.) hat ebenfalls gegen die Vorlage keine grundsätzlichen Bedenken.

Abg. Im Walle (Z.) wünscht namentlich auch die Gerichtsvollzieher mit in das Gesetz einzubeziehen.

Justizminister Schönstedt: Es kommen bei den Gerichtsvollziehergeschäften stets eine Menge kleiner Schädigungen des Publikums vor, welches dafür einen Rückhalt an die Kaution des Beamten hat. Wenn das Haus der Meinung ist, daß die Zurückzahlung nicht bedenklich ist, so würde sich die Regierung einem derartigen Antrage nicht widersetzen, zumal die Frage, wenn und wieweit die Kaution haftet, rechtlich sehr unsicher ist.

Abg. Schettler (k.) erklärt sich für die unveränderte Annahme der Vorlage.

Minister Dr. v. Miquel bestätigt, was Schönstedt gesagt hat.

Abg. Rickert (fr. Vg.) bittet von einer Kommissionsberathung abzusehen.

Abg. Im Walle weigert sich auf die Komissionsberathung zu verzichten.

Der Antrag auf Kommissionsberathung wird abgelehnt, ebenso der Antrag auf Vertagung der zweiten Lesung, weshalb das Haus sofort in diese eintritt.

Zu § 2 wird ein Antrag Opfergelt (Z.) auf Abkürzung der jetzt zehnjährigen Spaarfrist für die Kautionen der rheinischen Hypotheken-Bewahrer auf fünf Jahre abgelehnt, nachdem Justizminister Schönstedt und Abg. Nölle den Antrag bekämpft hatten.

Die Vorlage wird unverändert in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die erste Lesung des Komptabilitäts-Gesetzes.

Minister Dr. v. Miquel schildert die historische Entwickelung der preußischen Finanzwirthschaft. In Preußen ist über die Zuständigkeit der Regierung und des Landtages auf dem Gebiet der Finanzgebahrung seit dem Bestehen der Verfassung nie Streit gewesen. Für denjenigen, der nicht mitten in der Verwaltung steht, wird es nicht leicht sein, zu übersehen, wohin die Bestimmungen

der Vorlage in jedem Einzelfalle führen. Es wird sich deshalb eine Kommissionsberathung empfehlen, um nach dieser Richtung die Wirkung der Vorlage klarzustellen, deren Annahme im Hause er erwartet.

Abg. **Nölle** (natl.) findet eine Reihe wichtiger Fragen durch die Vorlage glücklich gelöst. Im allgemeinen ist in die Vorlage nichts aufgenommen, was nicht schon jetzt Praxis gewesen ist. Mit dem Niederschlagsrecht des Königs ist Redner einverstanden, nicht aber damit, daß dem Hause nur summarische Uebersichten dieser Ausgaben zugehen sollen; es wird nöthig sein, nach wie vor hierüber genauere Auskunft zu fordern. Bedenklich ist die Bestimmung der Vorlage, daß das Gesetz nur insoweit Anwendung findet, als die Einzelbestimmungen des Etats ihnen nicht entgegenstehen.

Abg. Dr. **v. Wolmar** (frk.): Erfreulich ist die endliche Regelung des Remunerationswesens. Im allgemeinen sei die Vorlage eine Stärkung des monarchischen Prinzips und werde von seinen Freunden mit Freuden begrüßt.

Abg. **Jansen** (Z.) ist mit dem Grundgedanken der Vorlage einverstanden, hält dieselbe aber für verbesserungsbedürftig und -fähig.

Abg. **Stengel** (frk.) empfiehlt Vorberathung in einer besonderen 21er-Kommission.

Abg. **Virchow** (frs. Vp.): Es sei wohl vorgekommen, daß das Haus Grund hatte, sich gegen die Ausführung einzelner seiner Beschlüsse zu verwahren. Das Terrain an der Museumsinsel wurde zu ganz bestimmten Zwecken erworben; schließlich aber wurde darauf der Zirkus Busch erbaut, an den niemand von uns gedacht hatte. Diese Angelegenheit betrifft nur das Ministerium, mit dem wir bisher ja immer ausgekommen sind. Wir werden darauf halten müssen, daß die künftige Rechnungskommission nicht weniger an Rechten besitzt, als die heutige. Gegen große Konflikte würde uns die Vorlage auch wenig nützen (Sehr richtig!) und es wird das beste sein, wenn namentlich keine Geheimnißkrämerei gegenüber dem Parlamente getrieben wird. (Beifall.)

Abg. Dr. **Irmer** (k.): Nur gegen Kronrechte werden seine Freunde jede Mitarbeit versagen. Daß solche Kronrechte vorliegen, hat der Fall Lucius bezüglich des Erlasses der Stempel bei der Bildung von Fideikommissen ergeben.

Minister Dr. **v. Miquel** geht auf die Frage der Verwendung des zu Museumsbauten erworbenen Terrains ein, auf dem der Zirkus Busch errichtet ist. Diese Benutzung sei eine lediglich interimistische, um das Terrain nicht ganz unbenutzt liegen zu lassen. Kronrechte kommen bei der Vorlage nicht in Frage. Die Oberrechnungskammer muß jeden formellen Verstoß moniren. Darin stimme ich mit dem Abg. Virchow überein, daß in dem Verkehr mit dem Parlament volle Offenheit herrschen soll.

Abg. **Rickert** (fr. Vg.) hofft auf ein Zustandekommen der Vorlage.

Die Debatte wird geschlossen. Die Vorlage geht an eine besondere 21er Kommission.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Aufhebung der Amtskautionen (3. Lesung) und Antrag Fuchs auf Aenderung des Gemeinde-Wahlrechts.)

Schluß 3¾ Uhr.

Parlamentarisches.

Budgetsitzung. Tagesordnung: Etat des Auswärtigen Amts. Abg. v. Kardorff regt eine Ermäßigung der Konsulargebühren an. Geh. Rath Reichert stellt eine solche für später in Aussicht. Abg. Jebsen plädirt ebenfalls für eine Ermäßigung. Die Einnahmetitel werden unbeanstandet genehmigt. Bei dem Kapitel Gesandtschaften und Konsulate giebt der Staatssekretär des Auswärtigen Amts auf eine Anfrage des Referenten Prinz Arenberg Auskunft über die Kontrolle der europäischen Mächte bezüglich der griechischen Finanzen. Die Verträge würde er gerne der Kommission vorlegen, könne dies aber nicht mit Rücksicht auf die internationalen Rücksichten. Was die Presse darüber veröffentlicht, sei in der Hauptsache richtig. Das Deutsche Reich werde thun, was es vermöge, um die Interessen der deutschen Gläubiger Griechenlands zu sichern. Er hoffe, daß die griechische Kammer den ihr vorliegenden Gesetzentwurf bezüglich der Finanzkontrolle annehme; das liege weniger im Interesse der europäischen Mächte, als im Interesse Griechenlands selbst, das erst dann auf eine Gesundung seiner Zustände rechnen und vorwärts kommen kann, wenn seine Finanzen in Ordnung seien. Die Titel 1—9 werden bewilligt. Bei Titel 10, Konstantinopel, frägt Abg. Richter an, wie lange noch das deutsche Schiff „Oldenburg" in Kreta bleiben solle. Staatssekretär v. Bülow: Die Politik in bezug auf Kreta bliebe die alte, man habe das einzige Interesse, den Frieden aufrecht zu erhalten; zu diesem Zweck werde die „Oldenburg" so lange noch bei Kreta bleiben, als dies für diesen Zweck nöthig sei. Abg. Graf Arnim weist hin, wie nothwendig die europäische Ueberwachung Kreta's sei, weil sonst England die Hand auf dasselbe legen werde. Abg. Richter glaubt, daß diese Meinung nur aus der Voreingenommenheit gegen England resultire. Abg. Bebel ist der gleichen Ansicht; daß England solche Absichten habe, darüber sei wohl keinem etwas bekannt; würde die Absicht bestehen, so wisse wohl England auch, daß weder Frankreich noch Rußland sich das gefallen ließen und der Vorgang einen Krieg erzeuge. Er sei nicht mit der deutschen Politik im Orient einverstanden; man sei den Kretensern in den Arm gefallen, um ihre Unabhängigkeit zu hintertreiben. Daß Kreta griechisch werde, halte er für natürlich, die Abstammung der großen Mehrheit der Bevölkerung und die Interessen Kreta's wiesen auf seine Vereinigung mit Griechenland hin. Der Abg. Dr. Hammacher und Prinz Arenberg sprechen sich im Sinne der gehandhabten Politik aus, die den deutschen Interessen entspreche. Bei dem Titel Lissabon wird gefragt, wie es mit dem Schutze deutscher Schuldforderungen an Portugal stehe. Der Staatssekretär erklärt, er werde thun, was in seinen Kräften stehe. Abg. v. Kardorff ist der Meinung, daß Frankreich finanziell weit mehr als Deutschland in Portugal engagirt sei. Abg. Dr. Hammacher fragt an: wie Deutschland zur Delagoabayfrage stehe; bekanntlich gehe die englische Politik darauf hinaus, die Delagoabay für England zu erhalten, das schädige aber die deutschen Interessen. Der Staatssekretär antwortet, daß die deutsche Politik in Südafrika die alte bestimmte bleibe. Er wolle bei Beantwortung der gestellten Frage dem englischen Sprichwort folgen: man soll einen schlafenden Hund nicht gewaltsam wecken. Bei dem Titel 20, Gesandtschaft in Paris, fragt der Abg. Richter an: was wahres an den Angaben sei, Dreyfus habe mit deutschen Behörden in Verbindung gestanden und es seien ihm besondere Begünstigungen für seine Reisen nach Elsaß zu theil geworden. Der Staatssekretär erklärt, wenn er die Frage sehr vorsichtig behandele, begreife man das wohl. Man müsse ängstlich vermeiden, auch nur den Schein zu erwecken, als wolle man sich in innere französische Angelegenheiten mischen. Er könne nur erklären, daß kein deutsches Organ weder direkt noch indirekt jemals mit Dreyfus in Verbindung gestanden habe und sei insbesondere auch die Angabe von dem im Papierkorb gefundenen Brief eines deutschen Beamten ein Märchen. Abg. Dr. Hammacher fragt an, ob es wahr sei, daß Dreyfus besondere Berücksichtigung und Begünstigung erhalten habe für seine Reisen nach Elsaß. Der Staatssekretär erklärt, daß ihm davon nichts bekannt sei und er das nicht glauben könne. Bei dem Titel Peking fragt der Referent, wie es mit der Genugthuung China's wegen Ermordung der Missionare stehe. Der Staatssekretär antwortet, daß ein Vertrag mit China zu stande gekommen sei und liest die Bestimmungen desselben vor. Unter anderem verpflichtet sich danach China, drei Kirchen auf seine Kosten zu bauen, eine Geldentschädigung für die Ermordung der Missionare in Höhe von 3000 Taëls zu zahlen und 24 000 Taëls für den Bau von Missionshäusern. Weiter verpflichte es sich zu auskömmlichem Schutz der Missionare. Durch die Besetzung von Kiaotschau sei eine weitere Sicherheit für die in China sich aufhaltenden Deutschen und Missionare gegeben. Abg. Lieber spricht seine Genugthuung über das Gehörte aus. Abg. v. Kardorff: Zu dem Mord der Missionare sollen die Mandarinen angereizt haben. Abg. Bebel meint, das sei nicht erwiesen, der vorgelesene Vertrag zeige, daß die von Deutschland verlangte Genugthuung leicht und willig zu erhalten gewesen sei. Die Forderung des Baues von Kirchen halte er für bedenklich, weil sie geeignet sei, eine beständige Anreizung für die andersgläubige Bevölkerung zu bilden. Jedenfalls rechtfertige das Entgegenkommen China's nicht den Einbruch in Kiaotschau. Offenbar sei die Ermordung der Missionare eine willkommene Gelegenheit gewesen, um den Einbruch zu rechtfertigen; wie das Attentat Hödel's auf den Kaiser Wilhelm I Bismarck die erwünschte Gelegenheit bot, ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie zu inszeniren, so hatte der Mord der Missionäre den Vorwand für den Einbruch Deutschlands geliefert. Er frage an: ob der vom „Reichs-Anzeiger" veröffentlichte Vertrag den Thatsachen entspreche und bis wann der Reichstag auf die Vorlage des Vertrags rechnen könne. Abg. Richter stellt ebenfalls eine Reihe von Fragen. Unter anderem: ob schon 1895 durch Abmachungen mit anderen Mächten das Vorgehen Deutschlands in Kiaotschau vereinbart worden sei, wie die Abmachungen bezügl. der Settlements lauteten, wie es in bezug auf Abmachungen über die Kohlenlager stehe, ob der Reichskanzler die Verantwortung für die Kieler Rede des Kaisers übernehme. Abgeordneter Hammacher wünscht ebenfalls, daß Auskunft gegeben werde. Die Besetzung von Kiaotschau sichere künftig in höherem Maße Leben und Eigenthum der Deutschen und ihrer Missionare. Daß eine Erwerbung in China geplant sei, habe schon vor 2 Jahren der Staatssekretär v. Marschall angedeutet, ähnliches sei bei der Anwesenheit von Li-Hung-Chang in Deutschland erörtert worden. Man müsse die passenden Gelegenheiten benutzen, das habe Deutschland gethan. Abg. Lieber: Das Schweigen des Staatssekretärs nehme er nicht tragisch, dieser wolle wohl zuvor erst wissen, wie die Kommission denke. Der Mord der Missionare sei eben eine Gelegenheit gewesen für Deutschland vorzugehen und daß man diese Gelegenheit benutzt habe, sei ein geschickter Zug. Er wünsche ebenfalls Antwort auf die von den Abgg. Bebel, Richter und Hammacher gestellten Fragen. Der Staatssekretär antwortet: er gebe gern Antwort, er könne sie aber nur in beschränktem Maße geben. Ueber den Vortrag liege zunächst nur das Telegramm vor, das der „Reichs-Anzeiger" veröffentlichte. Was darin stehe sei authentisch. Was an Hoheitsrechten China abgetreten, wisse er noch nicht genau. Ueber die Stellung Deutschlands in China schwebten noch diplomatische Verhandlungen mit den anderen Mächten. Ueber die handelspolitischen Grundsätze, nach welchen man in China handeln werde, könne er im Augenblick noch keine genaue Auskunft geben. Man werde aber liberal sein und nach dem Grundsatz handeln: Leben und leben lassen. Mit Japan seien auch nach dem chinesischen Kriege keine Abmachungen getroffen worden. Weiteres behalte er sich für das Plenum vor. Kolonialdirektor v. Richthofen erklärt, der Vertrag über die Settlements sei im Oktober 1895 abgeschlossen worden. Er ermögliche das Zusammensiedeln Deutscher unter eigener Kommunalverwaltung. Graf v. Stolberg hält die Erörterungen über die auswärtige Politik für nöthig, im Grunde aber sei die Stellungnahme zu derselben eine Sache des Vertrauens zu der Regierung. Abgeordneter Nadbyl wünscht, daß dem Reichstag eine Karte des Gebietes von Kiaotschau zugehe mit der Auskunft über die Kohlenlager in der Provinz Shantung. Der Staatssekretär verspricht, diesen Wunsch zu erfüllen. Abg. Jebsen bringt verschiedene Beschwerden über die Schifffahrtsverhältnisse in Ostasien vor und wünscht Auskunft, wie es mit den Wasserverhältnissen in der Bucht von Kiaotschau steht. Der Staatssekretär liest darauf ein langes Gutachten vor, das der Kapitän Kanzius auf grund von Forschungen und Messungen in der Bucht von Kiaotschau im August des vorigen Jahres verfaßte. Das Gutachten stellt die Zustände im ganzen ziemlich rosig dar. Die Bucht soll danach den an sie gestellten Bedingungen als Handelshafen entsprechen. Das Gutachten giebt auch Auskunft über die topographischen und geologischen Verhältnisse der Umgebung. Die Bodenverhältnisse seien günstig für die Anlage industrieller Unternehmungen aller Art. Die Bevölkerung sei sehr dicht, fleißig und harmlos, aber schmutzig. Die Trinkwasserverhältnisse seien nicht ungünstig. Die Bucht sei eisfrei, habe guten Ankergrund, keine heftigen Strömungen und bestehe keine ernste Gefahr für Versandung. Die Kohlenlager im Shantung-Gebirge enthielten eine ausgezeichnete Kohle, seien aber nur durch eine Eisenbahn erreichbar und ausnutzbar.

Abg. Richter will keine große Debatte hervorrufen, findet aber, daß verschiedene seiner Fragen nicht beantwortet wurden. An der weiteren Debatte betheiligten sich wiederholt der Staatssekretär, ferner die Abgg. Lieber, Frese, Hasse, Bebel, Graf Stolberg und Prinz Arenberg. Der Staatssekretär verspricht, die von ihm verlesene Denkschrift dem Reichstag zuzustellen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen macht der Staatssekretär die Mittheilung, daß er beabsichtige, in Prag ein Generalkonsulat ins Leben zu rufen. Die Debatte wird bei Titel 33a abgebrochen; nächste Sitzung Mittwoch Vormittag 10 Uhr.

In der siebenten Kommission des Reichstages wurde gestern das Gesetz, betr. die Entschädigung der im Wiederaufnahme-Verfahren freigesprochenen Personen in zweiter Lesung erledigt. Die Erweiterung der Entschädigungspflicht, welche in erster Lesung gegen den Widerspruch der Regierung eingefügt war, wurde wieder beseitigt und die neuen §§ 1a (Entschädigung wegen Untersuchungshaft), sowie 4a gestrichen. Im übrigen wurden die Beschlüsse erster Lesung im wesentlichen bestätigt. Am Schluß der vierstündigen Sitzung wurde eine Resolution, nach welcher die verbündeten Regierungen ersucht werden, einen Gesetzentwurf betreffend Entschädigung wegen unschuldig erlittener Untersuchungshaft baldmöglichst vorzulegen, ohne Debatte einstimmig angenommen. — Die eingegangenen Petitionen wurden durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt erklärt.

Landesversammlung der Sozialdemokraten Sachsens.

Leipzig, 23. Januar 1898.

Im prächtig geschmückten Saale der Goldenen Krone in Leipzig-Connewitz trat heute die Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokraten zusammen. Genosse Lipinski-Leipzig eröffnet die Versammlung, heißt die Delegirten sowie die zahlreiche Zuhörerschaft herzlich willkommen und hebt die Bedeutung Leipzigs in der Arbeiterbewegung gebührend hervor. Die Landesversammlung trete zu ernster Arbeit zusammen. Redner wünscht, daß diese Arbeit zum Wohl der Partei ausschlage. Sachsen möge bei den kommenden Reichstagswahlen die unabänderliche Signatur Roth erhalten.

Darauf wird zur Konstituirung des Präsidiums und der Mandatsprüfungs-Kommission geschritten. Das Bureau besteht aus den Genossen Kaden-Dresden als ersten, den Genossen Grenz-Leipzig als zweiten Vorsitzenden; zu Schriftführern werden gewählt die Genossen Lautenbach-Leipzig, Schmidt-Zwickau, Riemann-Chemnitz, Sindermann-Dresden. In die Mandatsprüfungs-Kommission werden gewählt Langen-Chemnitz, Orbel-Leipzig, Stelzner-Dresden.

Der erste Punkt der Tagesordnung lautet: Bericht des Zentral-Agitationskomitees. Berichterstatter: Genosse Eichhorn-Dresden. Derselbe führt aus: In dem verflossenen Jahre habe das Zentralkomitee eine rege Thätigkeit entfaltet. 200 Briefe, 40 Karten, 22 Telegramme vermittelten den Verkehr mit den Genossen im Lande. Die Einnahmen betrugen 5406,13 M., die Ausgaben 5324,31 M., Kassenbestand demnach 81,82. Es sollte eine Zusammenstellung der Urtheile, Strafen 2c. gegen unsere Genossen durch das Komitee hergestellt und zum Selbstkostenpreis abgegeben werden. Die Zeit war einestheils zu kurz, anderntheils hätte das Material in den Zeitungen zusammengesucht werden müssen, denn die Genossen sandten keines ein. Strafmandate, die bezahlt werden sollen, sendet man schneller ein. Die Arbeiten für die Landtagswahlen gingen erst über Hals und Kopf. Eine Broschüre zur Aufklärung wurde vom Komitee herausgegeben, dieselbe scheint angesprochen zu haben. Ein Flugblatt (250 000) wurde ebenfalls ausgegeben. Agitationstouren von Pinkau, Geyer, Liebknecht 2c. wurden veranstaltet. Schwierigere Aufgaben stellte das komplizirte Klassenwahl-Gesetz. Die Aufstellung der Wahlmänner machte ebenfalls Schwierigkeiten. Zu entmuthigen brauchen uns diese Schwierigkeiten nicht. Mißgriffe sind in verschwindender Zahl vorgekommen und erklärlich, bei der Neuheit des Wahlsystems. Flugblätter sind in 30 verschiedenen Orten ausgegeben worden. Im 10. und 16. ländlichen Wahlkreis sind neun Flugblätter in 75 000 Exemplaren ausgetragen worden. In drei anderen ländlichen Dresdener Kreisen wurden zehn Versammlungen abgehalten und ca. 70 000 Flugblätter verbreitet. Die in einzelnen Kreisen entstandenen hohen Kosten erklären sich aus der Mehrarbeit. Das Resultat war: Kein Abgeordneter, aber in manchen Kreisen sehr befriedigende Stimmenzahlen. In anderen Kreisen dagegen nicht. Es hätte oftmals besser gearbeitet werden müssen. Wo tüchtig gearbeitet wurde, war befriedigender Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Redner zeigt das an den Stimmenzahlen einzelner Kreise.

In sieben Kreisen haben wir über 50 pCt. der abgegebenen Stimmen erhalten, von 2814 Wahlmännern hatten wir 453. Der agitatorische Werth der Wahlbetheiligung läßt sich nicht in Zahlen ausdrücken, er ist aber nicht zu unterschätzen.

Ein Kalender wurde in 100 000 Exemplaren verbreitet in ganz Sachsen. Die Urtheile über den Kalender lauteten gut, doch wurde nicht überall diese Agitationsweise gutgeheißen. Anderwärts ist man damit durchaus einverstanden und sehr befriedigt. Die Wasserkatastrophe trieb uns an, eine eigene Sammlung zu veranstalten. Es sind 14 176 M. eingegangen, die unter 215 Personen wurden. —

Im Landtag verlangten die Reaktionäre eine weitere Rechtlosmachung der Arbeiter. Nach der Wahlentrechtung soll eine Verschlechterung des Vereinsgesetzes vorgenommen werden. Dagegen wurde in 50 Protestversammlungen entschieden Stellung genommen. Ueber das gegen die Verschlechterung des Vereinsgesetzes ausgegebene Flugblatt gingen Klagen über dessen Inhalt ein. Ferner muß die Referentenfrage hier wieder berührt werden. Referenten fanden sich nicht zu einer Tour in der Protestagitation. Sachsen wurde vom Parteivorstande etwas vernachlässigt in dieser Hinsicht.

Die Gemeinderaths-Wahlen ergaben Erfolge für uns, besonders in Chemnitz, wo 15 Stadtverordnete gewählt wurden. Meist ist unser Bestand erhalten worden. Die Wahlen waren nicht sehr lebhaft in diesem Jahre.

Die Bekämpfung der Arbeiterbewegung durch Behörden, Gerichte 2c. war so intensiv, daß eine Steigerung nicht mehr gut möglich ist. Der Grobe-Unfug-Paragraph wurde reichlich benutzt von den Gerichten. Die Urtheile lauteten in einzelnen inkriminirten Sachen verschieden. Die Austragung von Flugblättern wurde nach diesem Paragraphen des Strafgesetzbuchs bestraft; anderwärts wurde das Preßgesetz angewandt. Die Absendung von Geldern an den Parteivorstand seitens eines Genossen wurde als verbotene Sammlung bezeichnet. (Heiterkeit.)

Auch die Verwaltungsbehörden gingen verschieden vor. Manche verlangen die Anmeldung von Referenten und Schließung der Versammlungen nachts 12 Uhr. Das Ministerium entschied zu unseren gunsten, die Gendarme 2c. handelten aber anders.

Die Lohnkämpfe ergaben schärferes Einschreiten der Behörden. Redner führt Beispiele an. Der Widerstand gegen diesen Kampf muß besser organisirt werden. Deshalb beantragen wir:

Die Landeskonferenz wolle beschließen.

Die Kreisvertrauensleute sind verpflichtet, von jedem Verbot, Bestrafung, Urtheil 2c., die in ihrem Kreis ergehen und die mit der Arbeiterbewegung im Zusammenhange stehen, sofort dem Zentral-Agitationskomitee Mittheilung zu machen und event. die Akten des Falles an dasselbe einzusenden. Auslagen hat das Zentral-Agitationskomitee zu ersetzen. Die Kreisvertrauensleute haben dem Zentralkomitee ihre Adressen einzusenden.

Eichhorn, Schulze, Breslauer.

Darauf wird die Debatte eröffnet.

Grenz-Leipzig: Wir haben in Leipzig berathen, ob eine andere Methode in der Verbreitung von Flugblättern eintreten soll. Beschluß ist nicht gefaßt worden. Es muß eine Aenderung eintreten. Im Laufe der Jahre hat sich die Parteipresse riesig entwickelt. Durch diese Presse wird ein Theil der Flugblätter überflüssig. In Leipzig z. B. ist dieses oder jenes Flugblatt nicht nöthig. Auf dem platten Lande ist dies anders. Dort hapert es mit der Verbreitung. Aenderung ist zwar schwierig, verursacht große Kosten, aber es muß eine bessere Zusammenfassung und Verwendung der in den Städten vorhandenen Kräfte stattfinden. Der Kalender hat gut gewirkt, die Gegner waren darüber erbost. — Wer Referenten zu besorgen hat, weiß, daß das Schwierigkeiten macht. Man will Redner erster Güte haben. Das ist nicht immer zu erreichen. Es sollten die Genossen sich immer nur an die Agitationskomitees um Redner wenden, nicht aber an diese direkt. So sollte die Sache geregelt werden.

Grumbt-Annaberg: Wir haben blos 500 Kalender, nicht 1500 von Chemnitz erhalten. Flugblattvertheiler wurden bei uns auf grund des Groben-Unfug-Paragraphen bestraft.

Frau Jäger-Leipzig: Es hätten andere Referentinnen, als die genannten, zu Frauen-Versammlungen bestellt werden können. Möge man solche Versammlungen noch veranstalten. Das Agitationskomitee hat für Referentinnen zu sorgen.

Langer-Chemnitz: Es sind über 1000 Kalender in den 21. Wahlkreis gesandt worden.

Auer-Berlin: Der Referent hat den Parteivorstand der Vernachlässigung Sachsens in der Besorgung von Referenten geziehen. Die Dinge liegen nicht so, wie der Referent sagte. Die Genossen müssen sich daran gewöhnen, daß Reichstags-Abgeordnete nicht als 5 Kilo-Packete zu verschicken sind. Eilbriefe, Depeschen fruchten nicht immer, denn die Abgeordneten sind oft übermäßig engagirt.

Höhne-Johann-Georgenstadt: Wir haben zu wenig Kalender zur Agitation erhalten.

Gerisch-Berlin: Auer wies bereits auf die Schwierigkeiten in der Referentenfrage hin. Das Komitee wies einzelne Abgeordnete zurück. Man verlangt erste Qualität. Es wird immer Schwierigkeiten in dieser Hinsicht geben.

Schmidt-Zwickau führt mehrere Fälle von Verurtheilungen an und zergliedert den Tenor der betreffenden Urtheile. Oftmals traf nicht zu, was die Anklage behauptete. Fühlten sich Zeugen nicht belästigt durch die Vertheilung von Flugblättern, so nahm man einfach an, andere könnten sich belästigt gefühlt haben. In der Referentenfrage werden oft zu hohe Ansprüche von den Genossen gemacht.

Müller-Aue: Auch wir haben zu wenig Kalender bekommen. Die ländliche Bevölkerung hätte bei uns sehr gut bedacht werden können.

Gottschalg-Lößnitz stellt einiges in der Kalenderfrage richtig.

Lorenz-Chemnitz: Manche Bezirke wollten keine Kalender, darum haben sie keine bekommen. In manchen Kreisen lagern die gesandten Kalender noch und harren der Verbreitung. Hoffentlich werden sie noch verbreitet.

Eichhorn-Dresden: Ich bitte, dem Vorschlag Grenz' nicht zuzustimmen. Die Vertheilung von Flugblättern läßt sich nicht schematisch bestimmen. Künftig läßt sich hoffentlich die Kalendervertheilung besser gestalten. Die letzten Tage vor der Landtagswahl hätte man uns doch besser mit Referenten bedenken können. Wir verstehen nicht, daß Reichstags-Abgeordneten in Ausnahmefällen nicht einmal nach Sachsen kommen könnten als Referenten. Dem Wunsche der Genossin Jäger können wir nicht in allen Fällen entsprechen. Die Debatte wird geschlossen. Der Antrag Eichhorn-Schulze-Breslauer wird angenommen.

Ein anderer Antrag: Im Jahre 1898 soll wieder ein Kalender herausgegeben und vertheilt werden — mit der Ausführung wird das Zentralkomitee betraut — wird ebenfalls angenommen.

Darauf Mittagspause.

Nach der Mittagspause wurden die Verhandlungen ½3 Uhr wieder aufgenommen. Die Mandatsprüfungs-Kommission erstattet zunächst Bericht. Es sind 55 Delegirte vertreten.

Der Parteivorstand ist durch die Genossen Auer und Gerisch, die Landtagsfraktion vollständig vertreten, ebenso das Zentral-Agitationskomitee. Sämmtliche Mandate werden für giltig erklärt. Nunmehr wird zu Punkt 2 der Tagesordnung geschritten. Abgeordneter Goldstein, der Bericht erstattet über die Thätigkeit der Fraktion im Landtage, führt aus: Die Konservativen haben die Majorität im Landtage. Wir besitzen nur noch acht Mandate. Der Ton der Konservativen bei den Verhandlungen ist uns gegenüber ein ungehobelter. Der Präsident Ackermann provozirte uns bereits bei der Einleitungssitzung, konnte uns jedoch nicht irritiren, wir wiesen ihn zurück. Man kann mit uns nicht Schindluder spielen. Bei der Verhandlung über die Wasser-Kalamität in Sachsen griffen wir ein und tadelten das Verhalten der Regierung. Beim Etat präzisirten wir unsere Stellung. In Sachsen gehen wir Zuständen entgegen, bei denen von einem geordneten Finanzwesen die Rede nicht wird sein können. Auch in der Eisenbahnpolitik verlangten wir eine Aenderung. Das Anleihewesen muß eingeschränkt werden. Für die Petitionen der Eisenbahnarbeiter verlangten wir Berücksichtigung. In den Erzbergwerken Freibergs gestalten sich die Verhältnisse immer mißlicher, die Ergebnisse des Bergbaues gehen zurück und der Staat muß Zuschüsse von einigen Millionen jährlich leisten. Ferner verlangten wir eine Vermehrung der Fabrikinspektoren. Eine vollständige Aenderung der Flußregulirungsbauten ist nöthig, auch das forderten wir. Dann stimmten wir gegen die Ordensausgaben und die Gesandtschaften, sowie gegen die alten und neuen Apanagen; sogar einige bürgerliche Abgeordnete stimmten gegen die neu geforderten Apanagen. Aus dem Lande, selbst aus Kommerzienrathskreisen gingen uns Zustimmungsschreiben über unsere Haltung in dieser Angelegenheit zu. Wir traten für die Petitionen der Sattlergehilfen und anderer Arbeiter ein. Scharfe Kritik übten wir an der Handhabung des Vereinsgesetzes. Zur Gesinde-Ordnung legten wir unsere Stellung klar und forderten die Beseitigung des Prügelrechtes gegenüber dem Gesinde. Schließlich forderten wir die völlige Beseitigung der Gesinde-Ordnung, die noch zur Weiterberathung in der Deputation liegt.

Zu der Abänderung des Vereinsgesetzes nahmen wir zustimmende Stellung zur Regierungsvorlage, die den § 24 wegfallen lassen will, das Verbot des Zuverbindungtretens. Die Konservativen verlangten jedoch die bekannte Verschlechterung des Gesetzes. Dagegen kehrten wir uns mit aller Kraft. Die Regierung nahm zu der Forderung der Konservativen keine klare Stellung, sondern hielt sich Hinterthüren offen. Die Angelegenheit wird noch in der Deputation berathen. Es ist keine Aussicht, daß die Regierung stand hält gegenüber den Konservativen. Nationalliberale und Kammerfortschrittler sind auch gegen die Verschlechterung, bilden aber mit uns noch nicht die Majorität. Es ist zu befürchten, daß die Verschlechterung kommt.

Der Ständehausbau findet nicht unsere Zustimmung. Dagegen waren mit dem Gesetzentwurf über Viehversicherung einverstanden, vorbehaltlich einiger Aenderungen. Es gab lebhafte politische Auseinandersetzungen zwischen uns und den Gegnern. Die Gegner berufen sich auf alte erworbene Rechte, die oftmals erworbene Unrechte sind. Zu den Steuervorlagen nahmen wir die Stellung ein, daß eine Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer neben der Einkommensteuer eingeführt wird, wie die Regierung beabsichtigt. Modifizirungen sind nothwendig. Dagegen soll die Grundsteuer wegfallen, womit man den Großgrundbesitz entlasten will. Wir sind für Beibehaltung der Grundsteuer, sie soll nach den Köpfen der Kinder an die Schulgemeinden vertheilt werden. Die Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer sollen progressiv sein. Ferner soll der Staat bei derart gesteigerten Einnahmen das Schulgeld übernehmen, das verlangen wir. Jetzt liegt dem Landtag noch ein Entwurf über die Alterszulagen für die Lehrer vor. Auch hierbei stellten wir weitergehende Forderungen.

Die Hauptarbeiten im Landtage kommen noch, die Einzeletats harren noch der Berathung. Ein abschließendes Bild unserer Thätigkeit kann also hier nicht gegeben werden. Wir haben uns bemüht, unsere Schuldigkeit zu thun. Die Stellung unserer Fraktion zu den Gegnern ist die alte, prinzipiell entgegengesetzte. Beurtheilen Sie unsere Thätigkeit mit Rücksicht auf die schwierigen Verhältnisse streng aber gerecht, wir wollen die Arbeiterinteressen nach Kräften vertreten. —

Es sind folgende zwei Resolutionen eingegangen:

I. „Die Landesversammlung spricht hierdurch ihr volles Einverständniß mit der Thätigkeit und Haltung der Landesfraktion aus, versichert dieselbe ihres vollen Vertrauens."

II. Die Landeskonferenz der Sozialdemokratie protestirt auf das entschiedenste gegen jede Schmälerung des Koalitionsrechts. Der Plan der konservativen Landtagsfraktion ist ein Versuch, die besitzlose Klasse in brutaler Weise eines Rechts zu berauben, das ihr gegenwärtig ein schwaches Gegengewicht gegen die wirthschaftliche Uebermacht des Kapitals ist.

Die Arbeiter des Koalitionsrechts berauben, heißt, sie gefesselt der schrankenlosen Ausbeutung des Unternehmerthums ausliefern. Und die Anschläge der Konservativen bedeuten noch mehr: sie bringen ein neues Ausnahmegesetz für die Arbeiter Sachsens. Die Landeskonferenz erklärt daher, daß die gesammte Sozialdemokratie und mit ihr die ganze Arbeiterschaft Sachsens hinter jeder Handlung steht, die die sozialdemokratische Fraktion des Landtags zum Schutze des Koalitionsrechts der Arbeiter unternimmt.

Die Landeskonferenz verpflichtet die Parteigenossen im Lande, mit allen Mitteln dahin zu wirken, die konservativen Anschläge zu vereiteln.

Und ebenso energisch haben die Parteigenossen Front zu machen gegen solche Versuche, das Koalitionsrecht von Reichswegen zu beschränken, wie sie sich in dem Wirken des Staatssekretärs Posadowsky zeigen."

In der Debatte ergreift das Wort

Geyer-Leipzig und weist auf die schwierige Stellung hin, die unsere Abgeordneten im Landtag nach der Wahlrechts-Verschlechterung haben. Redner ersucht, die Resolution anzunehmen.

Lange-Leipzig macht die Landtags-Abgeordneten auf die nöthige Ausbreitung des Samariterwesens im ganzen Lande aufmerksam.

Darauf Schluß der Debatte und einstimmige Annahme der Resolutionen. Berichterstatter für den 3. Punkt der Tagesordnung: Die bevorstehenden Reichstags-Wahlen und die Aufstellung der Kandidaten — ist Genosse Geyer-Leipzig. Derselbe führt aus: Die letzte Session des Reichstages steht bereits im Zeichen der Neuwahlen. Alle Parteien treiben, innerhalb und außerhalb des Reichstages, Wahlpolitik. Der Wahltermin steht zwar noch nicht fest, aber man rechnet nur auf eine kurze Session. Es steht auch noch nicht fest, unter welcher Wahlparole die Wahlen sich vollziehen werden. Bei der Ausgabe dieser Parole ist nicht allein der Wille der herrschenden Kreise maßgeblich. Die allgemeine politische und wirthschaftliche Lage macht dabei ihren Einfluß geltend, und diese gestattet den Gegnern nicht, nach ihren Wünschen zu verfahren. Sicher kann man sein, daß der alte Trick wieder geübt wird: durch schwulstige Lobpreisung der auswärtigen Politik der regierenden Kreise oder durch politische Verwickelungen die Aufmerksamkeit des Volkes von den inneren Verhältnissen abzulenken. Schon jetzt wird mit dieser Methode begonnen, der Flottenrummel und die China-Expedition werden von der bürgerlichen Presse zu dem Zwecke ausgenutzt. In allen Tonarten wird die neue Eroberung der deutschen Regierung von den Offiziösen gepriesen. Im sozialdemokratischen Lager ist ein Streit über die Stellung der Partei gegenüber dieser Eroberung entbrannt. Die Reichstagsfraktion habe darum die heute in unserer Presse veröffentlichte Erklärung abgegeben, die allseitig befriedigen werde. Wir sind gegen diese Politik, weil das arbeitende Volk die Kosten zahlen muß. Dazu kommt, daß man schon die Einführung chinesischer Arbeiter plant. Der Großmachtskitzel zeitige Träume von einem Weltreich, das Glanz und Macht der Regierung erhöhen soll. Wie sieht's dagegen im Innern aus? Verwirrung in allen bürgerlichen Gesellschaftsschichten, die größte in Regierungskreisen. Die bürgerlichen Parteien kämpfen gegeneinander. Konservative und Antisemiten raufen wieder einmal miteinander. Die Nationalliberalen vegetiren nur noch und leben von konservativer Gnade. Auch die freisinnigen Parteien befehden sich. Das Zentrum hat in Bayern sich gegen die Bauernbündler zu wehren, nur die Sozialdemokratie steht vollständig intakt da. Redner schildert die Haltung der bürgerlichen Parteien im Reichstag. Die Sozialpolitik der Regierung besteht in dem Programm: Arbeiterkrutz ohne Phrase. Den neuesten Kurs hat Graf Posadowsky verkündet. Das giebt für uns eine gute Wahlparole. Wie stehen die Dinge in Sachsen? Hier hat die Regierung mit ihren Helfershelfern im Landtag dafür gesorgt, daß noch reaktionärere Zustände eintraten. Bis in die tiefsten Tiefen ist das Volk aufgewühlt. Auf die Wahlentrechtung soll die Verschlechterung des Vereinsgesetzes folgen, dessen Handhabung schon oft Stürme im Volke hervorrief. Im Bewußtsein ihrer Schandthaten und der Uebermacht der Sozialdemokratie gegenüber kartellirten sich die Konservativen, Nationalliberalen und Kammerfortschrittler. Wir werden auch diesmal wieder gegen dieses Kartell zu kämpfen haben. Die Zwischenspiele im 9. und 10. Wahlkreise haben nichts zu bedeuten. Die Kartellbrüder bemogeln sich nur um einige Mandate, wie früher. Unsere Taktik bei den Wahlen wird also die alte bleiben: Gegen alle bürgerlichen Parteien. Die Antisemiten werden schwere Niederlagen erleiden, sie sind eine schnell vorübergehende Erscheinung im Parteileben. Freisinnige kommen wenig in betracht und konnten bisher schon nur mit unserer Hilfe ein oder zwei Mandate erringen. Heute bleibt uns nur noch die Bestätigung der aufgestellten Kandidaten. Ist sie vollzogen, wird der Wahlkampf lebhafter. Komitees werden gebildet, die mit dem Kandidaten ununterbrochen agitiren werden. Der Kampf wird in Sachsen am heftigsten toben. Für die bürgerlichen Parteien handelt es sich um Sein oder Nichtsein. 1893 erhielten wir bereits 270 000 Stimmen, die gesammten Gegner nur noch 321 000 Stimmen. Wir müssen die Mehrheit der Wahlstimmen erhalten. Die Regierung muß mitsammt den ihr gehorchenden Parteien von der Mehrheit des Volkes zurückgewiesen worden. Zwar hoffen wir auf große Siege, aber ohne tüchtige Arbeit werden sie nicht errungen. Wir wissen, um was es sich handelt, des Volkes Interessen müssen gegen die Herrschenden und Besitzenden vertheidigt werden. Nun vorwärts an die Arbeit, vorwärts in den Kampf! (Lebhafter Beifall.)

Zur Debatte werden folgende Anträge mit gestellt:

1. Antrag Glauchau: „Die Landeskonferenz zu Leipzig wolle beschließen: Die sächsischen Genossen allerorts haben bei ihren Saalbesitzern Anfrage zu halten, ob dieselben bei der bevorstehenden Reichstagswahl ihre Lokale uns zu Versammlungen zur Verfügung stellen. Diese Anfragen sind schriftlich zu stellen, um eine schriftliche Antwort zu fordern. Sämmtliches Material ist nach der Wahl in einer Broschüre zusammenzustellen und den Genossen zugängig zu machen."

2. Einzelantrag Michaelis-Dresden: (5. Wahlkreis.) „Die Landeskonferenz wolle beschließen: In anbetracht der außerordentlichen Bedeutung der diesjährigen Reichstagswahlen sind die Wahlkomitees zu beauftragen, jedem auf die Wahl bezug habenden Flugblatt die wichtigsten Bestimmungen des Wahlgesetzes sowie die wichtigsten Bestimmungen des Reglements desselben sowie die § 107 und 109 des Reichs-Strafgesetzbuches aufzudrucken."

Gegen diese Anträge sprechen Beyer-Leipzig, ebenso im Schlußwort der Berichterstatter. Bei der Abstimmung werden beide abgelehnt. Dann wird die Aufstellung der Kandidaten vorgenommen. Alle Kandidaten werden einstimmig bestätigt.

Darauf wird die Versammlung bis morgen vertagt.

Lokales.

Achtung, erster Wahlkreis! Am Dienstag, den 25. Januar, findet in den Spreehallen, Kirchstr. 27, eine Versammlung des Wahlvereins für den ersten Kreis statt. Da uns im Hansaviertel selbst kein Lokal zur Verfügung steht, ersuchen wir die Genossen, recht zahlreich in dem genannten Lokal zu erscheinen. Mitglieder werden in der Versammlung und in folgenden Zahlstellen aufgenommen: Moll, Klosterstr. 101; Preuß, Neue Friedrichstr. 20; Sommer, Grünstr. 21; Mörschel, Jüdenstr. 35/36.

Der Vorstand.

Eheschließungen in Berlin 1896. Nach den neuesten, endgiltigen Veröffentlichungen des Berliner „Statistischen Amtes" wurden 1896 (bezw. 1895) in Berlin 18 642 (17 238) Ehen geschlossen. Von den Eheschließenden waren:

	Männer		Pro Mille		Frauen		Pro Mille	
	1896	1895	1896	1895	1896	1895	1896	1895
ledig . .	16 285	15 075	873,6	874,5	17 123	15 766	918,5	914,6
verwittw.	1 657	1 594	88,9	92,5	1 037	1 025	55,6	59,5
geschieden	700	569	37,5	33,0	482	447	25,9	25,9
und standen im Alter:								
unt. 20 Jahren	8	6	0,4	0,3	1 341	1 296	71,9	75,2
20—25 .	4 312	3 612	231,3	209,6	7 689	6 293	412,4	401,6
25—30 .	8 216	7 763	440,7	450,3	5 303	5 073	281,5	294,3
30—35 .	3 107	3 039	166,7	176,3	2 287	2 066	122,7	119,8
35—40 .	1 280	1 178	68,7	68,3	1 036	948	55,6	55,0
40—45 .	674	684	36,2	39,7	516	499	27,7	28,9
45—50 .	414	389	22,2	22,6	265	253	14,2	14,7
50—55 .	283	262	15,2	15,2	124	123	6,7	7,1
55—60 .	195	165	10,4	9,6	64	41	3,4	2,4
60 u. mehr	153	140	8,2	8,1	17	16	0,9	1,0

1896 war von den heirathenden Männern der jüngste 18 Jahre, der älteste 87 Jahre alt (1895: 18 bezw. 77 Jahre), von den heirathenden Frauen die jüngste 16, die älteste 67 Jahre (1895: 16 bezw. 70 Jahre). Bemerkenswerth ist für 1896 das stärkere Hervortreten der 20—25jährigen unter den Heirathenden. Das ist zum theil darauf zurückzuführen, daß infolge des wirthschaftlichen Aufschwunges der letzten Jahre jetzt wieder etwas früher geheirathet werden kann, zum theil aber auch darauf, daß die 20—25jährigen gegenwärtig überhaupt ungewöhnlich stark unter der Bevölkerung vertreten sind, weil für diese Gruppe jetzt bereits die ungewöhnlich hohen Geburtenziffern der 70er Jahre ins Gewicht fallen.

Der „Verein zur Besserung der Strafgefangenen" ist im Jahre 1897 etwas weniger als 1896 von Beschäftigung suchenden Strafentlassenen in Anspruch genommen worden. Es haben sich 1897 (bezw. 1896) an ihn gewandt und um Arbeit gebeten: 3571 (3639) Erwachsene, 854 (910) Jugendliche, zusammen 4425 (4549) Strafentlassene. In Arbeit gebracht wurden: 2719 (2782) Erwachsene, 746 (852) Jugendliche, zusammen 3466 (3634) Strafentlassene, — fast alle, wie seit einer Reihe von Jahren, außerhalb Berlins, d. h. auf dem Lande als Tagelöhner, Hofgänger u. s. w. Auf je 1000 Beschäftigung suchende Personen kamen 783 (799) Untergebrachte, speziell bei den Erwachsenen nur 761 (765), bei den Jugendlichen aber 874 (936). Da der Prozentsatz der Untergebrachten 1897 gleichfalls geringer war als im Vorjahre — trotz des oben erwähnten geringeren Zudranges von Strafentlassenen —, so scheint es, als ob auch die Nachfrage nach solchen zurückgegangen ist; vielleicht, weil sich die Ansprüche der hier als Abnehmer hauptsächlich in betracht kommenden Landwirthe an die Leistungsfähigkeit der Strafgefangenen gesteigert haben. Bemerkenswerth ist, daß in günstigen wie in ungünstigen Jahren — auch 1897 wieder — von den Jugendlichen verhältnißmäßig viel mehr als von den Erwachsenen untergebracht worden sind, weil die Nachfrage nach dieser billigeren Waare bekanntlich verhältnißmäßig viel größer ist.

Der Pächter der fiskalischen Abdeckerei in der Müllerstraße hat es all die langen Jahre hindurch nicht vermocht, auch bis zum heutigen Tage noch nicht, Sicherheitsmaßregeln dagegen zu treffen, daß das der Abdeckerei überwiesene Fleisch von verendeten oder erkrankten Thieren nicht wieder zur menschlichen Nahrung verwandt, bezw. in den Verkehr gebracht wird. Die öffentliche Aufmerksamkeit richtete sich bereits auf diesen Uebelstand, als der Schneidergeselle Klausin in der Frankfurter Allee im Herbst 1884 die Frau Vaneß und deren Mutter ermordete und dabei bekannt wurde, daß Frau Vaneß einen schwunghaften Handel mit krepirtem Fleische betrieben hatte, welches ihr „Bräutigam", der Schlächter Werner, der in der Abdeckerei beschäftigt wurde, daselbst gestohlen hatte. Da Werner diese Diebstähle später in größerem Maßstabe fortsetzte, so ist er zu einer langjährigen Freiheitsstrafe verurtheilt worden. Seitdem sind die Diebstähle nicht mehr in en gros betrieben worden, aber aufgehört haben sie noch nie, wie zahlreiche Feststellungen und Verurtheilungen beweisen. So hat erst am Sonntag Vormittag der berittene Gendarm Klötzsch in Reinickendorf wieder einen Dieb abgefaßt. Der Beamte beobachtete, daß aus der Wohnung des Abdeckereiarbeiters Träger ein junges Mädchen mit einem schweren Korbe trat. Die Sache kam ihm verdächtig vor, er erfuhr von dem Mädchen, daß sie die Schwester des Träger sei und den Korb voll Fleisch zu einem von seinen Kunden trage. Der Gendarm ließ das Fleisch untersuchen, wobei sich herausstellte, daß dasselbe hochgradig tuberkulös und daher gesundheitsgefährlich war. Gegen Träger wird nun ebenfalls ein Strafverfahren eingeleitet werden, da dieser das konfiszirte Fleisch auf der Abdeckerei gestohlen haben soll.

Ein Rasender. Eine blutige Szene spielte sich Sonntag Nachmittag im Hause Gerichtstr. 9 ab. Dort wohnt im zweiten Stock des Seitenflügels der Steinmetz K. Köhring. Ein Bruder desselben, der arbeitsscheue Anton Köhring, der erst vor kurzem zwei Jahre verbüßt hat, knüpfte ein Verhältniß mit der Mäntelnäherin Emma Golze an. Köhring und die Golze bezogen in der Grünthalerstraße eine gemeinsame Wohnung. Die Eintracht währte aber nicht lange. Köhring mißhandelte seine Geliebte so roh, daß sie es vorzog, sich in der Neuen Hochstr. 23 eine eigene Wohnung zu nehmen. Damit aber ließ sie keineswegs ganz von dem Manne, obwohl sie auch in Zukunft nichts als Mißhandlungen zu erwarten hatte. In der vergangenen Woche prügelte er sie wieder so heftig, daß sie die Polizei in Anspruch nehmen mußte. Der rohe Patron griff auf der Wache die Polizeibeamten an und konnte nur mit Mühe gefesselt werden. Später wußte er durch ein Hinterfenster des Wachtlokals zu entkommen. Seitdem suchte ihn die Polizei. Die Golze aber verkehrte nach wie vor mit ihm. Gestern Nachmittag gegen 4 Uhr kam das Paar zu dem Steinmetz Köhring. Dieser öffnete schließlich, um dem Lärm ein Ende zu machen, den sein Bruder verursachte, indem er ununterbrochen mit den Füßen gegen die Thür stieß. Gleich nachdem er geöffnet hatte, zog sich Köhring zurück, da er nicht völlig angekleidet war, und ließ einstweilen seine Gäste allein. Es dauerte nicht lange, da hörte er seinen Bruder schon wieder schimpfen und poltern. Unmittelbar darauf fiel eine Fensterscheibe klirrend auf den Hof hinab, und gellende Hilferufe des Mädchens erschreckten die Hausbewohner. Köhring eilte in die Stube und sah wie sein Bruder mit dem Küchenbeil seiner Geliebten einige Hiebe über den Kopf versetzte, nachdem er versucht hatte, sie zum Fenster hinauszuwerfen. Er entriß dem Wütherich das Beil, dieser aber ergriff rasch ein Brodmesser und stach damit auf seine Geliebte ein. Nachdem er ihr blitzschnell sieben Stiche in den Kopf, den Hals, die Hüften und den linken Unterarm versetzt hatte, wandte er sich gegen seinen Bruder. Dieser lief, das Beil in der Hand, Hilfe rufend die Treppe hinab. Nun packte Köhring seine Geliebte wieder, zerrte sie an den Haaren zur Thür und stieß sie mit dem Fuß einen Treppenabsatz hinunter. Anton Köhring eilte nun an seinem Bruder, der eben zurückkehrte, vorbei zum Hause hinaus, wusch sich an einem Brunnen, der vor dem Hause steht hastig das Blut ab und lief davon. Der Hausverwalter und andere Bewohner holten die Polizei. Diese brachte die schwerverwundete Golze nach der Unfallstation in der Lindowerstraße und von dort nach Anlegung von Nothverbänden in die Charitee. Der Thäter, der vorläufig entkommen war, konnte nach Verbrecherart der Versuchung nicht widerstehen, noch einmal an den Thatort zurückzukehren. Als er kurz nach 6 Uhr auftauchte, war der Hausverwalter mit mehreren Miethern auf dem Posten, um sofort die Verfolgung aufzunehmen, als Köhring floh, sobald er sich bemerkt sah. Vor dem Hause Gerichtstr. 2 stellten die Verfolger den Flüchtigen. Dieser aber gab sich keineswegs gutwillig gefangen. Mit tollster Wuth wandte er sich namentlich gegen einen seiner Verfolger, einen Mann Namens Werner. Bis er überwältigt war, hatte er Werner so zugerichtet, daß man diesen blutüberströmt wegtragen mußte. Auf der Polizeiwache suchte Köhring den „wilden Mann" zu spielen. Er wurde in sicheren Gewahrsam gebracht. Sein Opfer Emma Golze ist heute bei voller Besinnung und scheint mit dem Leben davonzukommen.

Ein Denunziant. Eine Majestätsbeleidigung soll sich der Buchdrucker Otto K. in einer Kneipe mit Damenbedienung schuldig gemacht haben. K. zechte in der Nacht zum Freitag in dem Lokale von Wilhelm Kuhlmann, Junkerstraße 3. Als er sich um Mitternacht entfernen wollte, trat der Wirth mit einem Schutzmann auf den stark angeheiterten Gast zu, und ließ ihn unter der Beschuldigung, daß er den Kaiser beleidigt habe, verhaften. Nachdem K. auf der Revierwache seine Personalien angegeben hatte, wurde er entlassen.

In der Borsig-Mühle zu Moabit glimmt und brennt es immer noch, so daß die Feuerwehr noch nicht ganz zurückgezogen werden konnte; sie muß bald hier, bald dort Wasser geben. Die Flammen schlagen jedesmal empor, wenn die Gluth Luft bekommt. Ob die Mühle wieder aufgebaut werden wird, ist noch nicht entschieden. Der Grundbesitzerverein „Nordwest" bemüht sich für die Verlegung der Mühle und Herstellung einer neuen Uferstraße von der Levetzowstraße bis zur Uferstraße auf dem Gelände der Borsig'schen Erben, das dadurch an Werth gewinnen würde.

Der Polizeipräsident hat dem deutschen Radfahrer-Bund (Gau Berlin) auf eine Petition betreffs Kenntlichmachung der für Radfahrer verbotenen Straßen folgende Antwort zugehen lassen: „Dem Antrag auf Kenntlichmachung der für den Verkehr mit Zweirädern verbotenen Straßen und Plätze Berlins, durch Anbringung von Schildern, kann nicht entsprochen werden. Es ist die Pflicht eines jeden Radfahrers, sich über die bezüglichen polizeilichen Vorschriften in gleicher Weise zu unterrichten, wie das z. B. auch von den Wagenlenkern gefordert wird. In dieser Beziehung gewähren übrigens die im Buchhandel erscheinenden Radfahrerpläne eine erhebliche Erleichterung. Wenn an einzelnen Straßenecken Schilder angebracht sind, welche das Schrittfahren anordnen oder das Befahren der Straße mit Lastfuhrwerken verbieten u. s. w., so sind hierfür besondere Gründe maßgebend und liegt nicht lediglich die Absicht vor, die Wagenführer vor Uebertretungen zu warnen."

Zu der Breslauer Mordaffäre. Das Polizeipräsidium läßt in der Angelegenheit mitheilen: Die Berliner Kriminalpolizei war durch die Breslauer Polizeibehörde ersucht worden, Nachforschungen nach einem Lackirer Eugen K. anzustellen, da es nicht ausgeschlossen sei, daß derselbe bei dem am 12. Januar in Breslau erfolgten Morde der 70jährigen Trödlerin Karppe betheiligt sei; K. habe sich dadurch verdächtig gemacht, daß er, obwohl in den ärmlichsten Verhältnissen lebend, nach dem 12. Januar viel Geld ausgegeben habe und einige Tage später aus Breslau verschwunden sei. Am Sonnabend gelang es, den K., welcher sich in Berlin unangemeldet aufhielt, festzunehmen. Er behauptete zuerst, daß er am 17. Januar, am Tage seiner Abreise aus Breslau, in der Friedrich-Wilhelmstraße daselbst in ein Taschentuch eingewickelt 120 M. in Silber und Gold gefunden, diesen Fund aber seiner Frau verheimlicht und das Geld theils zum Ankauf von Kleidern in Breslau, theils für die Reise nach Berlin und dann in hiesigen Lokalen verausgabt habe; als ihm vorgehalten wurde, daß er schon am 13. Januar in Breslau Wäsche, einen Anzug und eine Uhr gekauft, änderte er seine Angabe dahin, daß der Fund bereits am 8. oder am 12. Januar geschehen sei. K. ist wegen Verdachts des Mordes dem Amtsgericht I Berlin zugeführt worden.

Ein braver Christ und kein braver Soldat. Die neuliche Meldung, daß der mennonitische Grenadier Thröner vom Kaiser Alexander Garde-Grenadierregiment Nr. 1 sich bei der Disziplinarabtheilung des Gardekorps im Fort Hahneberg bei Spandau befinde, ist unrichtig; er ist vielmehr, wie die „Spand. Korr." mittheilt, vor kurzem, nach Verbüßung seiner letzten Strafe, der Arbeiterabtheilung

in Magdeburg überwiesen worden, wo er nicht in die Lage kommt, ein Gewehr handhaben zu müssen. Zu einer Arbeiterabtheilung kommen in der Regel diejenigen bestraften Mannschaften, an denen alle Disziplinarmittel ohne Erfolg zur Anwendung gebracht worden sind. Daß einen auch die politische Gesinnung in diese Abtheilung bringen kann, zeigt der Fall Wendtland.

Der angebliche Diebstahl im Hause Wasserthorstraße 63, über den wir vor einigen Tagen berichteten, ist jetzt als ein harmloser Vorfall aufgeklärt worden. Es hat sich herausgestellt, daß der Hausdiener Julius Heinsdorf sich in der Trunkenheit im genannten Hause verirrt hatte; ein Arbeiter hat den Mann dann leider für einen Eindringling gehalten und ihn derart geprügelt, daß er in das Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte.

Vermißt wird der Monteur Wilhelm Blankow aus der Naunynstraße 83. Dieser, ein Mann von 27 Jahren, miethete am 10. d. M. bei dem Tapezirer Flitz und hat sich seit dem 17. d. M. weder sehen lassen, noch um seine Sachen gekümmert.

Das Passage-Panoptikum wird im Frühjahr von einer größeren Eingeborenen-Truppe aus deutschem Schutzgebiet bevölkert werden.

Theater. Im Schiller-Theater findet heute die erste Aufführung von „Der Tugendwächter", Lustspiel in vier Aufzügen nach Lope de Vega, für die Bühne bearbeitet von Eugen Zabel, und von „Das Versprechen hinterm Herd", Singspiel aus den österreichischen Alpen in 1 Aufzuge von Alexander Baumann statt. Im ersten Stück sind die Hauptrollen wie folgt besetzt: Antonia, Königin von Neapel, Grete Meyer; Lisardo, Ewald Bach; Roberto, Albano und Feusio, Edelleute, Eduard von Winterstein, Georg Päschke und Otto Pahlau; Diana, Roberto's Schwester, Hedwig Pauly; Prinz von Aragon, Willy Froböse; Kronfeldherr von Aragon, Carl Schreiner; Ramon, Lisardo's vertrauter Diener, Alfred Schmasow; Celia, Paula Levermann; Fulgencio, Kastellan, Julius Eyben. — In dem den Abend beschließenden Singspiel wird die Randi von Fräulein Lode, Freiherr von Strizow von Albert Patry, Michel Quantner von Max Pategg und Loisl von Ludwig Neuert dargestellt.

Feuerbericht. Sonnabend Abend 8½ Uhr mußte Prenzlauerstraße 38 ein kleiner Zimmerbrand abgelöscht werden. Sonntag früh 7½ Uhr hatte die Wehr Koloniestraße 27 ein Pferd aus einer Grube herauszuholen. Um 10 Uhr erfolgte Dresdenerstraße 68 ein Kellerbrand, der aber nur geringen Schaden verursachte. Abends 7 Uhr brannten Potsdamerstraße 14 Möbel und Gardinen. Die Löschzüge konnten nach kurzer Zeit wieder abrücken. Kurz nach 10 Uhr wurde die Berliner Wehr nach Friedrichsberg gerufen. Hier war Friedrich Karlstraße 13 Petroleum im Keller in Brand gerathen, der eine Menge Gerümpel und verschiedene Verschläge zerstörte, von der Orts-Feuerwehr aber allein gedämpft werden konnte, so daß die Berliner Wehr nicht in Thätigkeit trat. Montag früh gegen 1 Uhr war Swinemünderstraße 63 ein Zimmerbrand und nachmittags 2 Uhr Friedrichsbergerstraße 12 ein Schornsteinbrand zu beseitigen.

Aus den Nachbarorten.

Reinickendorf. Da in diesem Frühjahr die Gemeindevertreter-Wahlen stattfinden, werden die Arbeiter und Parteigenossen ersucht, in die bis 30. d. M. im Amtshause ausliegenden Listen Einsicht zu nehmen. Genossen, welche daran verhindert sind, können ihre Adresse in Reinickendorf (Osten) beim Restaurateur Herrn Emil Kirsch, Residenzstr. 17, in Reinickendorf (Westen) beim Gemeindevertreter Genossen Paul Schilling, Berlinerstr. 3, abgeben. Das Wahlkomitee.

Aus Rixdorf. In der Nacht zum letzten Sonnabend brach in dem großen Waarenlager des Kaufmanns Moritz Bütow, Ecke der Berg- und Prinz Handjerystraße, ein Schadenfeuer aus, dem ein großer Theil der Waarenvorräthe zum Opfer fiel. Da es an drei Stellen zugleich gebrannt hatte, bestand sofort der Verdacht der Brandstiftung. Der Kaufmann Bütow, der sich seit einigen Tagen in Konkurs befindet, wurde schließlich am Sonnabend in später Abendstunde verhaftet und in das hiesige Amtsgerichts-Gefängniß eingeliefert. — Wegen angeblicher Sittlichkeitsvergehen gegen Schulkinder wurde der Schlossermeister K. von hier in Haft genommen. — Der sensationelle Beleidigungsprozeß des Gemeindeschöffen und Regierungs-Baumeisters Weigand gegen die Vorstandsmitglieder des Kommunal-Reformvereins, Webermeisters Rahmig und Molkereibesitzer Belß, findet nunmehr bestimmt am 4. Februar dieses Jahres vor der Strafkammer des Landgerichts II Berlin statt. — Die Rixdorfer Lehrer-Besoldungs-Ordnung, die wir s. Zt. an dieser Stelle veröffentlichten, hat jetzt die Genehmigung der Regierung zu Potsdam gefunden und ist damit in Kraft getreten. — Ein berüchtigter Messingdieb wurde hier festgenommen; er sollte dem Berliner Polizeipräsidium zugeführt werden. In der Bahnhofshalle gelang es dem Gefangenen jedoch, seinem Transporteur zu entkommen; es fehlt bisher jede Spur von dem Entsprungenen. — Ueberfahren und schwer verletzt wurde am Sonnabend die 70jährige Wittwe Neumann aus der Berlinerstraße. Die unglückliche Greisin gerieth unter die Räder eines Lastwagens, als sie den Fahrdamm überschreiten wollte. Die Verletzte, die u. a. 3 Rippenbrüche erlitten, wurde nach dem Rixdorfer Krankenhaus gebracht.

An Verbrühung ist die 2½ Jahre alte Tochter Frieda des Arbeiters Schultze aus der Hermannstr. 54 zu Rixdorf gestorben. In demselben Augenblick, als Frau Schultze einen Topf mit heißer Fleischbrühe von der Maschine nahm, rannte das ältere Kind sie an, und die verschüttete Brühe ergoß sich auf das jüngere. Die Verletzungen waren so schwer, daß auch die ärztliche Kunst das junge Leben nicht mehr retten konnte. Das Kind ist im Elisabeth-Kinder-Hospital in der Hasenhaide gestorben.

Nach amtlicher Bekanntmachung sind für die Bäckereibetriebe im Umfange des Kreises Teltow — mit Ausnahme des Stadtbezirks Köpenick — zur Befriedigung der erhöhten Bedürfnisse Ueberarbeiten am 22. Februar, 2., 6., 7., 9. April, 18., 26., 27., 28. Mai, 6. August, 3. September, 1. Oktober, 22., 23., 24. und 31. Dezember des laufenden Jahres gestattet.

Die Gemeinde Deutsch-Wilmersdorf beabsichtigt ihre öffentlichen Uhren an das Netz der Gesellschaft Normal-Zeit anzuschließen. In Aussicht genommen hierzu sind die Uhren im Gemeindehaus, in der höheren Knaben- und in der höheren Mädchen-, sowie in der Gemeindeschule.

Gerichts-Zeitung.

Stellt das Angeben von „Schweinen" — nicht fertig gestellter Arbeit — Betrug dar? Diese für alle Akkordarbeiter äußerst interessante Frage wurde am Mittwoch, den 19. d. M., von dem Stettiner Landgericht als Berufungsinstanz zu gunsten der Arbeiter entschieden. Es handelt sich um fünf Schlosser, welche in der Stöwer'schen Nähmaschinen-Fabrik gearbeitet und bei der 14tägigen Lohnzahlung noch nicht vollendete Arbeit mitangegeben hatten. Hierin erblickte die Anklagebehörde die Merkmale des Betrugs. Es hatten sich deshalb diese fünf Arbeiter am 19. November vor dem Schöffengericht zu verantworten. Hier erzielten dieselben ihre Freisprechung. Da das Urtheil für weite Kreise sehr wichtig ist, lassen wir den wesentlichen Theil desselben im Wortlaut folgen: Nach den Angaben der Angeklagten ist es bei den Meistern wohlbekannt gewesen, daß die sogenannten „Schweine" vorhanden waren und haben sie nur dafür Sorge getragen, daß zur Inventuraufnahme alles in Ordnung gebracht wurde. Der Gerichtshof hat ihnen hierin Glauben geschenkt und darum das Vorliegen eines Betruges verneint. Ein Anschlag in der Fabrik verbietet zu hohe Angaben in der Absicht späteren Abarbeitens, Zuwiderhandlungen werden mit Entlassung geahndet. Es fehlt aber bei den Angeklagten ein ausreichender Grund, ihre Zuwiderhandlung als von betrügerischer Absicht geleitet anzusehen. Sie befinden sich sämmtlich schon mehrere Jahre, B. sogar schon 12 Jahre im Geschäft. Sämmtliche haben sich sonst gut geführt. Der von ihnen angewandte Mißbrauch ist unter den Arbeitern der Nähmaschinen-Abtheilung üblich. Bei der Annahme eines Betruges müßte die Erklärung der Angeklagten über ihre fertiggestellten Arbeiten auf eine Täuschung des Werkmeisters Wege, dem gegenüber sie abgegeben wurde, und außerdem auf eine Vermögensschädigung der Fabrik selbst berechnet sein. Daß W. nicht gewußt haben soll, daß die Angeklagten unfertige Arbeit hinter sich hatten, ist nach der Sachlage nicht anzunehmen. Er wurde also nicht getäuscht. Ferner ist den Angeklagten nicht zum Bewußtsein gekommen, daß ihre Erklärung eine Vermögensschädigung der Fabrik, nämlich Zahlung ohne sofortigen Empfang der Gegenleistung zur Folge haben mußte. Sie lebten in der Vorstellung, daß durch das Abarbeiten jeder Schaden ausgeschlossen würde. Endlich ist die Erklärung der Angeklagten allein für den Schaden nicht rechtsverbindlich — sondern es wirkt auch die pflichtwidrige Unterlassung der Kontrolle aus vorhergehenden Zeiten, und im vorliegenden Falle selbst mit. Bei Zweifeln wäre es die Pflicht des Meisters Wrege gewesen, die angegebene Zahl der fertigen Maschinen durch Augenschein festzustellen. Aus diesen Gründen waren die Angeklagten vom Vergehen gegen § 263 Reichs-Strafgesetzbuchs freizusprechen. — Gegen dieses Urtheil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Das Landgericht schloß sich aber der Ansicht des Vorderrichters an und erkannte auf Verwerfung der Berufung unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse.

Ungiltigkeitserklärung einer Berliner Polizeiverordnung. Die Berliner Polizeiverordnung vom 19. September 1891, welche die polizeilichen Anforderungen an die für Zwecke der Gast- und Schankwirthschaft bestimmten Räumlichkeiten enthält, ist jetzt vom Ober-Verwaltungsgericht für ungiltig erklärt worden. Außer näher spezialisirten Anforderungen stellt § 3 Absatz I der Verordnung die Bestimmung auf, daß die in betracht kommenden Räume überhaupt ihrer ganzen Anlage nach so beschaffen sein müssen, daß sie die menschliche Gesundheit in keiner Weise gefährden. Kellergeschosse dürfen nach der Verordnung nur unter gewissen Bedingungen als Schanklokale benutzt werden. So soll der Fußboden nicht tiefer als 0,50 Meter unter dem umgebenden Fußboden liegen. Das Maß kann auf einen Meter erhöht werden, wenn in bestimmter Weise ein Lichtgraben angelegt wird. Der § 5 der Verordnung bestimmt, daß der Polizeipräsident Ausnahmen gestatten kann, sobald bei den zu Gast- und Schankwirthschaften bestimmten Räumen durch anderweitige Einrichtungen oder Beschaffenheiten die aus § 3 Absatz 1 ersichtlichen Zwecke völlig gesichert sind. Hierauf berief sich der Eigenthümer Irmisch, indem er beim Polizeipräsidenten den Dispens für das Kellerlokal seines Grundstücks In den Zelten Nr. 20 nachsuchte. Der Fußboden des Lokals liegt statt einen Meter — ein Lichtgraben ist vorhanden — 1,70 Meter unter dem umgebenden Erdboden. Auch beträgt die lichte Höhe des Lokals nur 2,50 Meter, während sie nach der Verordnung für Schankräume 2,80 Meter betragen soll. J. behauptete, dies sei durch die sonstigen Einrichtungen (vorzügliche Ventilation u. s. w.) völlig ausgeglichen. Der Polizeipräsident wies seinen Antrag ab und der Oberpräsident verwarf die hiergegen eingelegte Beschwerde. Nunmehr klagte J. beim Ober-Verwaltungsgericht. Der dritte Senat vertagte im ersten Termin die Sache und benachrichtigte vom neuen Termin den Minister. Zur neuen Verhandlung erschien dann als vom Minister bestellter Kommissar und zugleich als Bevollmächtigter des Oberpräsidenten der Geh. Regierungsrath Schmidt vom hiesigen Polizeipräsidium. Er führte aus, daß es sich in letzter Linie um die Anwendung des § 33 der Gewerbe-Ordnung handele, wonach die Konzession für Gast- und Schankwirthschaften nicht zu ertheilen ist, wenn die Räumlichkeiten den polizeilichen Anforderungen nicht entsprechen. Um den überall auftauchenden Zweifeln über die Frage, was die polizeilichen Anforderungen seien, entgegenzutreten, habe der Minister in einem Erlaß an die Behörden vom Jahre 1887 allgemeine Bestimmungen erlassen. Da diese sehr streng gewesen seien, habe sich das Berliner Polizeipräsidium darum bemüht, für die Berliner Bürger Erleichterungen zu erzielen. Der Minister sei darauf eingegangen und schließlich habe das Polizeipräsidium im Einverständniß mit dem Minister die von diesem genehmigten Anordnungen für Berlin in der Polizeiverordnung zusammengefaßt. Der Dispens könne dem Kläger nicht ertheilt werden, weil die Maße des Lokals zu sehr mit den polizeilichen Anforderungen differirten. — Das Ober-Verwaltungsgericht hob die Verfügung des Polizeipräsidenten, durch welche dem Kläger der Dispens im Sinne des § 5 der Polizeiverordnung verweigert worden ist, auf, und der Senatspräsident Rommel führte zur Begründung folgendes aus: Fraglich sei, ob § 33 der Gewerbe-Ordnung habe sagen wollen, daß in jedem einzelnen Falle geprüft werden müsse, ob die Räume, die zur Schankwirthschaft bestimmt seien, nach Lage und Beschaffenheit den polizeilichen Anforderungen entsprächen, oder ob allgemeine Normen hätten festgesetzt werden sollen. Unbedenklich könne letzteres im Wege der Landesgesetzgebung erfolgen. Jedenfalls habe der preußische Gesetzgeber dies für möglich gehalten, denn im § 115 des Zuständigkeitsgesetzes habe er bezüglich der Krankenhäuser solche Normen geschaffen. Das Gericht halte es jedoch für unzulässig, im Wege der Polizeiverordnung derartig bindende Normen zu treffen, Normen, die nicht ein Thun oder Lassen gebieten, sondern ihrem ganzen Wesen nach nichts seien als Instruktionen für Behörden, welche über gewisse Dinge zu entscheiden hätten. Wenn der Minister im Jahre 1887 die an Schankwirthschaften zu stellenden polizeilichen Anforderungen in einem Erlaß festgelegt habe, dann sei das nur geschehen, um den Behörden einen Anhalt für eine feste Praxis zu bieten. Diese Vorschriften seien nicht bindend für die Behörden, sondern nur ein Vorbild für sie, das beachtenswerth sei, aber nicht den Anspruch erheben könne, auf jeden Fall befolgt zu werden. Darum sei die Polizeiverordnung, die dem Stadtausschuß, der für die Konzessionsertheilung maßgebenden Behörde, bindende Vorschriften mache, für ungiltig zu erklären.

Versammlungen.

Im Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter referirte am Sonnabend, den 22. Januar Sassenbach über das neue Innungsgesetz. Beim dritten Gegenstand der Tagesordnung: Was lehrt uns die letzte öffentliche Versammlung? nimmt zuerst der Vorsitzende Moritz den Fachverein gegen den Vorwurf des Kollegen Robert Schmidt, wonach die Organisation der Tummelplatz anarchistischer Elemente sei, energisch in Schutz. Ferner stellt er fest, daß nach Wunsch des genannten Kollegen Männer aus dem Fachverein entfernt werden sollen, die stets den größten Opfermuth bewiesen, denen in moralischer Beziehung nicht das geringste nachgesagt werden kann, deren einziges Vergehen darin besteht, den Treibereien der Zentralorganisirten zu widerstehen. In unerhörter Weise werde gegen eine Arbeiterorganisation gehetzt mit der Absicht, sie zu vernichten. Dreyer behandelt eingehend die Ursache des letzten Streiks; er hätte gewünscht, daß sich der Referent zum mindestens über die Lage der Gewerkschaft, über die er sprechen sollte, informirt hätte. Bezüglich der Bemerkung desselben, wir hätten den Sprung von 9½ auf 8 Stunden nicht wagen dürfen, betont er, daß die Arbeitszeit vor dem Streik in allen Fabriken 9 Stunden betrug. Die Forderung ging nur dahin, die Arbeitszeit auf 8½ Stunden herabzusetzen. Die folgenden Redner Drabnick, Arendt und Mahnke wenden sich ebenfalls gegen die Ausführungen des Kollegen Robert Schmidt. Nachdem eine Protestresolution einstimmig Annahme fand, wurde ein Antrag, dieselbe im Annoncentheil des „Vorwärts" abdrucken zu lassen, angenommen. — Aufgenommen wurden 15 neue Mitglieder.

* * *

Zu diesem Protest sei bemerkt, daß jahrelang ausgesprochene Anarchisten ihre politischen Phantastereien ohne Widerspruch innerhalb der Vereinigung vertreten konnten. Insofern ist der Verein ein Tummelplatz anarchistischer Elemente geworden. Unter den Rednern, die in dem Bericht genannt sind, ist mir nicht einer als Mitglied eines sozialdemokratischen Vereins bekannt. Was ich von einer Arbeitervereinigung verlange, ist, daß sie ihre während des Streiks eingegangenen Verpflichtungen erfüllt, wenn sie aber ausdrücklich beschließt, dies nicht zu thun, dann hat sie sich des letzten Restes der Achtung begeben, die ich sonst ihr gegenüber noch empfunden habe. R. S.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet bis zum 5. März am Montag, Freitag und Sonnabend abends von 7½ bis 8½ Uhr statt.

M. W. 30. 1. Philadelphia Tageblatt in Philadelphia, 613 Callowhill Str. 2. Das Land liegt nördlich von Kanada.

G. N. 38. Johann Jakoby starb als Mitglied der sozialdemokratischen Partei.

L. A. 17. „Die neue Zeit" erscheint in Stuttgart im Verlag bei J. H. W. Dietz, Furthbachstr. 12.

No. 198. Der Geber kann nur binnen 6 Monaten nach der Hingabe des Geschenks dasselbe zurückfordern. — **No. 17.** 1. In 4 Jahren. 2. Bis zum 28. Dezember 1897 einschließlich. — **M. N. 37.** 1. Seit 5. Dezember 1848. 2. Seit der Reichsverfassung vom 16. April 1871. — **W. M. 50.** Sie sind zu keiner Entschädigung verpflichtet, wenn Ihr Kind zur Zeit der That bereits mindestens 7 Jahre alt war. — **F. 58.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage, ob Sie das Gewerbe in einem geschlossenen Raum (Laden) oder auf der Straße oder im Umherziehen betreiben. — **H. G. Charlottenburg.** 1. Anfangs April d. J., Meyer 1 Jahr später. 2. Einer 6 Monate Gefängniß, drei 2½ Jahre Zuchthaus, zwei 3½ Jahre Zuchthaus. —

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter nahm in seiner Versammlung am 22. Januar folgende Resolution einstimmig an.

Resolution.

Die heutige Versammlung protestirt ganz energisch gegen die Behauptung des Reichstags-Abgeordneten Robert Schmidt, der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter sei ein Tummelplatz der Anarchisten, und erklärt dieselbe als unwahr.

Ferner sind es nicht die Mitglieder des Fachvereins, welche die Schulden nicht bezahlen wollen, sondern die jeder Solidarität hohnsprechende Agitation des Holzarbeiter-Verbandes ist es, welche eine planmäßige Tilgung der Streikschulden unmöglich machte.

Ferner ist es unwahr, wie der Bericht im „Vorwärts" lautet, daß nur 5—6 Personen die Versammlung zur Unruhe und zum Schluß gebracht haben, sondern die Person des Tischlers Ahrens, welcher unter allen Umständen sprechen wollte, welches auch beweist, daß dessen Name im Versammlungsbericht nicht genannt wurde.

Vorstand des Fachvereins der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Auf die in obiger Resolution enthaltene Behauptung, daß die „aller Solidarität hohnsprechende Agitation des Holzarbeiter-Verbandes" daran Schuld sei, daß seitens der Klavierarbeiter die Schulden nicht bezahlt werden könnten, haben wir zu erklären: Die Agitation der Branche der Klavierarbeiter im Holzarbeiter-Verband beschränkt sich darauf, die indifferenten Kollegen zum Verband heranzuziehen, sowie sämmtliche in ihrer Branche arbeitenden Kollegen darüber aufzuklären, daß ein Zusammenschluß aller in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter nach dem Beschluß allgemeiner Gewerkschafts-Kongresse sowie des Holzarbeiter-Kongresses in Kassel für nothwendig gehalten wird. Wenn sich Kollegen geweigert haben, zu den freiwilligen Sammlungen des Fachvereins beizutragen, so doch nur deshalb, weil eine spezielle Abrechnung über diese Gelder nicht gegeben wurde und somit die Meinung aufkommen konnte, daß die freiwillig gesammelten Gelder auch zu anderen Zwecken als zur Tilgung der Schulden verwendet würden. Jedoch soll die obige Behauptung nur dazu dienen, den schlechten Eindruck zu verwischen, den die Beschlüsse der Klavierarbeiter, die Schulden nicht zu zahlen, die sie unter Führung des Herrn Blossis auf Ehrenwort eingegangen sind, hervorrufen mußte. Es ist das eine Handlungsweise, die einzig dasteht in der Arbeiterbewegung und die die Verachtung jedes ehrlich denkenden Arbeiters gegen die Urheber jener Beschlüsse herausfordert.

Wenn weiter in der Resolution gesagt wird, nicht die 5—6 brüllenden Personen unter Führung des Herrn Blossis seien Schuld am Schluß der Versammlung, sondern der Tischler Ahrens, weil er — sprechen wollte, so ist dieses Reinwaschen der anarchistischen Krakehler mehr humorvoll aufzufassen. Seit wann ist es Sitte, einem Redner in Arbeiterversammlungen durch Brüllen und Tumulte das Wort abzuschneiden? Der Holzarbeiter-Verband ist selbst um 6000 M. von den Wortführern jener Organisation geprellt, schließlich wird unser Mitglied wohl das Recht beanspruchen können, den Herren einmal den Text zu lesen. Thatsache ist, daß die Versammlung unter allen Umständen gestört werden sollte, um eine Resolution, die alle Aussicht auf Annahme hatte und die lokalorganisirten Klavierarbeiter aufforderte, ihre bei Arbeiterorganisationen gemachten Schulden zu bezahlen, nicht zur Abstimmung gelangen zu lassen.

Die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes.

Ein Passus der Resolution bezichtigt mich der Unwahrheit. Ich entgegne darauf: Mir sind mehrere Anarchisten bekannt, die in der Lohnkommission und im Verein fortgesetzt ihr verderbliches und gewissenloses Spiel treiben und getrieben haben. Wenn die Mitglieder solches Treiben dulden, müssen sie sich die von mir gezogenen Schlüsse gefallen lassen. Ihre ganze Taktik, ihre Beschlüsse zur Schuldfrage, die fortgesetzten Verdächtigungen und Angriffe gegen die sozialdemokratische Partei, deuten auf ein planmäßiges Treiben dieser Elemente, denen alle Mittel recht sind, die Arbeiterbewegung zu schädigen und in Mißkredit zu bringen. **R. Schmidt.**

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von 40702*
Robert Meyer,
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets 2c. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Künstliche Zähne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. *) Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Zitherspieler,
perfekte, werden zur Ergänzung eines gute Musik pflegenden Ensembles gesucht. Off. an C. Tempelner, Berlin SO., Mariannenstr. 8, H. 1 Tr. erb. [29129

Parfumerien
Quintessenzen, direkt importirte u. beste deutsche in Fl. u. ausgewogen, kaufen Sie nirgends besser als in der Hygiea-Parfumerie **Hugo Schultz,** Müllerstr. 166a. Proben gratis, event. Umtausch. 41829*

Möbel auf Theilzahlung.
Neue
J. Kellermann, Jakobstr. 26.

Betten Stand 10,—, 15,—, 20,—, 25,— bis 80,—. Federn 0,60 1,—, 1,50 bis 8,—. Bettwäsche u. Steppdecken spottb. Bettenhaus Neanderstr. 8.

Möbel
in jedem Stil und jeder Holzart äußerst billig, auch auf Theilzahlung. Gr. Lager gebrauchter und verliehen gewesener Möbel 40538*
Oranienstr. 73.

Kinderbettst., nußb., verk. bill. **Brand.** Rüdersdorferstr. 59, III.

Strickwolle-Ausverkauf.
Reste in Zephyr und Rockwolle zu Fabrikpr. Holzmarktstr. 60, H. I. 1 Tr.

Mühlenstr. 8, nahe Oberdamm, Warschauerstr. und Schlesischem Bahnhof, sind von sofort und 1. April 1898 freundliche Vorder- und Hofwohnungen von 2 u. 1 Stube nebst Korridor, Küche, Kloset u. Keller oder Boden billig zu vermiethen.
Näheres beim Verwalter. [40669*

Junger Mann sucht möbl. Schlafst. od. kl. Zimmer. Gegend Halleches Thor. Off. mit Preisangabe unter F. D. 22 Postamt 13 29139

Frdl. Schlafst. zu verm. b. Rudolph, Annenstr. 9. 29149

Freundl. Schlafstelle für 2 Herren Manteuffelstr. 5 bei Frau Stechert.

Eine anst. Schlafst. f. 1 od. 2 Herren zu verm. Reichenbergerstr. 163 bei Friedrich. 29265

Arbeitsmarkt.

Gebildeter intelligenter Schriftsetzer, Parteigenosse, 26 Jahre alt, tüchtiger und anerkannt sachlicher Redner, wünscht in die **Redaktion** eines Partei-Organs einzutreten. Suchender ist mit der Politik vollständig vertraut und besitzt gutes Organisationstalent. Gefl. Offerten unter „Redakteur P. 1" an die Exp. d. Bl. erbeten. 29165

Hausmädchen,
Mädchen für alles, Köchinnen, Kindermädchen 2c. verlangen sofort für die Vororte Berlin — Potsdam. Keine Anzahlung. 29175
Max Hanff u. Co., Steglitz, Albrechtstr. 132, 2 Tr., am Bahnhof.

Drechslerlehrling f. Metall- u. Hartgummi. Sauer, Kastanien-Allee 61, Hof 2 Treppen. 29236

Facettenschleifer,
auf Krystall eingearbeitet, verlangt bei dauernder Beschäftigung 29180
Hennig u. Seidel, Waldemarstr. 14.

Mädchen für Stahl-Patentnieten, nur solche, verl. Gnad, Köpnickerstr. 148.

Vergolder,
Farbigmacher verlangt Mathieustr. 14.
Farbigm. v. Rixdorf, Schönweiderstr. 27.

Pollrerinnen
auf Alfenide finden dauernde Stellung bei hohem Lohn. 29216
Bergas Gebrüder, Schillingstr. 12.

Hausreinigung. Frau auf einige Stunden des Tages. [29259] **Skalitzerstr. 28.**

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Versammlungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Eine von ca. 600 Werkstatt-Vertrauensmännern besuchte Versammlung tagte am 12. d. M. in Cohn's Festsälen. Glocke referirte über: „Unsere Gewerkschaft, wie sie ist und wie sie sein soll". Nach einem kurzen Rückblick über die Entstehung und Weiterentwickelung der Gewerkschaften von den 60er Jahren an ging der Referent auf die Aufgaben ein, die die Gewerkschaften unter den sich täglich schärfer zuspitzenden Kämpfen der Gegenwart zu erfüllen haben. Die Gewerkschaften haben in erster Linie den Zweck, ihre Berufskollegen in ihrem Ringen um eine menschenwürdige Existenz zu unterstützen, ihnen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Seite zu stehen in solchen an sie herantretenden Fragen, die aus dem allgemeinen Arbeitsverhältniß oder den für die Arbeiter getroffenen Schutzbestimmungen sich ergeben. Aber nur mit Hilfe der Gesammtheit der Berufskollegen sei es der Organisation möglich, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Ein großer Theil der Arbeiter sei bis jetzt noch nicht zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Gewerkschaften eine bedeutende Rolle in der stets wachsenden Arbeiterbewegung einzunehmen bestimmt sind. Das sei kein gutes Zeugniß dafür, daß das Klassenbewußtsein in den Massen tief Wurzel geschlagen habe. Wenn die Arbeiter die Gewerkschaften bei Streiks zu finden wissen, so sollten sie schlechterdings auch festhalten an diesen Organisationen und dieselben in ihrem eigenen Interesse so stärken, daß dieselben den ihnen gebührenden Einfluß im öffentlichen Leben ausüben könnten. Sollten dem Gros der Berufskollegen die jetzigen Leistungen des Verbandes nicht genügen, so stände einer Erweiterung der Unterstützung auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit und Krankheit nichts im Wege. Nur müsse jeder mit Hand ans Werk legen. Redner geht sodann noch auf die Einrichtungen des Verbandes näher ein und ersucht die anwesenden Delegirten, eine Aussprache über die gegebenen Anregungen in ihren Werkstattsitzungen herbeizuführen. Nach einer lebhaften Diskussion wurde in die Besprechung der zur Zeit bestehenden Werkstattstreiks und Differenzen eingetreten.

Die **Verhandlungen der Zimmerer betreffs Einigung ihrer Organisationen** können für diesmal als gescheitert betrachtet werden. Nachdem die in der Lohnbewegung der Jahre 1896/97 gemachten Erfahrungen den Berliner Zimmerern gezeigt hatten, daß das Nebeneinanderbestehen zweier Organisationen ein unhaltbarer Zustand sei, und daß im Interesse einer gedeihlichen und erfolgreichen Gewerkschaftsbewegung eine einheitliche Organisation für Berlin geschaffen werden müsse, wurde eine aus Mitgliedern des Lokalvereins und des Zentralverbandes bestehende Kommission eingesetzt, die auch nach mehrfachen Berathungen eine Grundlage für die Einigung schuf. Ueber die Form der Organisation scheint — nach dem Protokoll der Einigungskommission — eine wesentliche Meinungsverschiedenheit nicht bestanden zu haben, denn es wurde ein Vorschlag des Lokalvereins zum Beschluß erhoben, welcher besagt: „Der Verein der Zimmerer Berlins löst sich auf und schließt sich der Zahlstelle Berlin des Verbandes der Zimmerer Deutschlands an." Ferner wurden einige vom Verbandsstatut abweichende Bestimmungen festgesetzt, die nur für die Zahlstelle Berlin gelten sollen. Dieselben regeln die Höhe des Beitrages, den an die Hauptkasse abzuführenden Antheil, Bildung und Verwaltung eines Lokalfonds sowie die obligatorische Lieferung des Verbandsorgans „Der Zimmerer". Die solchergestalt von der Kommission festgesetzten Einigungsbedingungen genügten jedoch dem Lokalverein nicht, er entwarf vielmehr auf der Grundlage derselben ein vollständiges Statut, welches im übrigen dem Verbandsstatut nicht widerspricht, und verlangte, daß dieser Entwurf auf örtliche Bestimmungen für die Zahlstelle Berlin maßgebend sein und die Generalversammlung des Verbandes nicht das Recht haben solle, die von der Zahlstelle Berlin gefaßten Beschlüsse zu ändern. Diese Vorschläge erschienen nun den Mitgliedern des Zentralverbandes unannehmbar; sie erklärten in einer am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung der Zahlstelle Berlin, daß sie wohl mit den von der Einigungskommission angenommenen Bedingungen einverstanden wären, der Schaffung eines besonderen Statuts für Berlin, welches der Generalversammlung des Verbandes jeden Einfluß auf dasselbe versagt, ihre Zustimmung nicht geben könnten, da dies eine Durchbrechung des Prinzips der Zentralisation bedeute, und thatsächlich die Schaffung eines neuen selbständigen Lokalvereins darstelle, der nur in sehr losem Zusammenhang mit dem Verband stehe. Da die anwesenden Vertreter des Lokalvereins erklärten, von ihren Vorschlägen nicht abgehen zu können, so beschloß die Versammlung, daß unter diesen Umständen die Zahlstelle des Verbandes ihren eigenen Weg gehen und die Einigungsverhandlungen als gescheitert ansehen müsse.

Es scheint hiernach — und der Ton, den einzelne Redner in dieser Versammlung anschlugen, läßt darauf schließen — daß die unliebsamen Streitigkeiten um die Organisationsform unter den Zimmerern mit erneuter Heftigkeit auflodern werden. Wir wollen hoffen, daß die Betheiligten den Versuch der Einigung noch nicht aufgeben und einen Weg finden, auf dem dieselbe zur Befriedigung beider Theile herbeigeführt werden kann. Die Unternehmer streiten sich nicht um die Form ihrer Organisation; sie sind stets einig, wo es gilt, ihre Interessen zu vertreten und die Rechte der Arbeiter zu unterdrücken. Hieran sollten sich die Arbeiter ein Beispiel nehmen und alles aus dem Wege räumen, was geeignet ist, Zwietracht in den eigenen Reihen herbeizuführen. Erweisen sich aber alle Versuche, die Einigung herbeizuführen, zur Zeit noch als vergebliche, dann muß es Aufgabe der Betheiligten sein, zum mindesten das bisherige Zusammenarbeiten aller Zimmerer Berlins unter Führung der gemeinsamen Lohnkommission zu ermöglichen.

In einer Versammlung des deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes hielt Herr Rechtsanwalt Dr. Bieber einen interessanten und mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Aus dem Familienrecht". Darauf kritisirte Zander mehrere in der Kammer I des Berliner Gewerbegerichts, unter Vorsitz des Assessors Hellwig gefällte Urtheile. Eines der letzten Urtheile über die Nichtbezahlung von Extra-Arbeiten, ein Urtheil, das mit den allgemein üblichen Gebräuchen der Branche im krassen Widerspruch stehe, erfuhr eine entschiedene Verurtheilung. Redner hält die Art der Verhandlung, wie sie Arbeitern gegenüber theils vom Assessor Hellwig beliebt werde, für geeignet, von dem Rechte Gebrauch zu machen, Richter wegen Besorgniß der Befangenheit abzulehnen.

Der Verband der Maler (Filiale I) hielt am 11. d. M. seine Generalversammlung ab. Genosse Rechtsanwalt Heine hielt einen Vortrag. In zirka 2stündiger vortrefflicher Rede führte der Vortragende den Anwesenden die Bedeutung des Koalitionsrechts vor Augen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Zum zweiten Punkt gab der Kassirer den Kassenbericht für das Quartal Oktober—Dezember 1897. Die Revisoren bestätigten, die Bücher und Beläge in Ordnung gefunden und die Kasse gesehen zu haben. Hierauf wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. Sodann wurde Wendel als Schriftführer gewählt. Schließlich gab der Bevollmächtigte bekannt, daß am Mittwoch, den 26. Januar, in den Arminhallen eine kombinirte Mitgliederversammlung der drei Filialen stattfindet.

Charlottenburg. Eine imposante öffentliche Versammlung der Maurer tagte am Donnerstag, den 20. Januar im Lokale „Bismarckshöhe". Schulze referirte über: Wie stellen sich die Charlottenburger Maurer zur Einigungsfrage der Berliner Maurer? Redner kritisirte das Verhalten der Führer der lokalen Richtung und der Mitglieder der Einigungskommission derselben Organisation. Gröpler-Berlin erklärte als erster Diskussionsredner die nothwendigen Gründe einer einheitlichen Organisation, ferner die Leistungen, Zweck und Ziele des Verbandes, an denen die Lokalorganisirten zweifeln. Nach einer weiteren sehr erregten Debatte, in der Redner beider Richtungen zum Worte kamen, fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der sich die Versammlung gegen das Verhalten der Mitglieder der Lohnkommission von der lokalen Richtung ausspricht. Sie erklärt die Einigung sämmtlicher Maurer für unbedingt nothwendig und es soll nun versucht werden, die Charlottenburger Maurer im deutschen Verband zu vereinigen. Zum Punkt 3 erstattete der Vertrauensmann der Maurer Charlottenburgs Schulze einen ausführlichen Bericht, welcher von den Revisoren bestätigt wurde. Alsdann wurde Schulze gegen 1 Stimme von neuem als Vertrauensmann, W. Liedtke und H. Zumpe als Revisoren gewählt.

Im Arbeiter-Bildungsverein für Wilmersdorf sprach am 19. d. M. der Genosse Ledebour über „die kommenden Wahlen". Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine lebhafte Diskussion. Sodann sprach Klingenberg über die im März stattfindenden Gemeindewahlen. Die Wählerlisten liegen bis zum 30. d. aus und sollen die Wähler durch ein Flugblatt darauf hingewiesen werden, die Listen einzusehen. — Zum 2. Vorsitzenden wird Genosse Elias gewählt. Die Versammlungen sollen in Zukunft im „Vorwärts" bekannt gegeben werden.

Der Arbeiterverein von Stralau-Rummelsburg und Umgegend hielt am 19. Januar seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende theilte mit, daß das Mitglied Max Schnorr freiwillig aus dem Leben geschieden sei und ehrte die Versammlung den letzteren durch Erheben von den Plätzen. Darauf hielt Genosse Faber einen Vortrag, an den sich eine rege Diskussion anknüpfte. Der Kassenbericht vom letzten Vierteljahr ergiebt eine Einnahme von 145 M., eine Ausgabe von 36,60 M., bleibt Bestand 108,40 M. Dem Kassirer wird Decharge ertheilt. Zum Hilfskassirer wird Genosse Betsch gewählt.

Reinickendorf. Am Sonntag, den 16. Januar, hielt der hiesige Arbeiter Bildungsverein „Zukunft" seine Generalversammlung ab, in der Genosse Dr. Weyl einen lehrreichen Vortrag über „Hypnotismus" hielt. Hierauf erfolgten die Vorstandswahlen, welche folgendes Resultat ergaben: Zeidler, erster, A. Klingmann, zweiter Vorsitzender, Achter, Kassirer, Berner, Schriftführer. Zu Revisoren wurden Meinecke und Kreul gewählt.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Vorsitzender: Adolf Neumann, Brunnenstraße 150. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kertum, Manteuffelstr. 50, v. 2 Tr. **Dienstag**, abends 8—11 Uhr: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. Steinecke, Manteuffelstraße 91 bei Klapschuh. — Senefelder, Rosenthalerstr. 57 bei Badiel. — Gerechtigkeit (Westen), Bülowstr. 59 bei Werner. — Olympia, Naunynstraße Nr. 86 bei Streit. — Hand in Hand I, Mariannenstraße 41 bei Richter. — Kreuzberg, Hasenheide 58 bei Buschbeck. — Edelweiß I, Melchiorstraße 15 bei Stehmann. — Echo I, Linienstr. 19 bei Neumann. — Wiederhall, Admiralstr. 31 bei Schnieder. — Freiheit II, Köpenick, Schönerlinderstr. 9 bei Schulz. — Myrthenblätter, Prenzlauer Allee 14 bei Blume. — Unverzagt II, Beusselstr. 9. — Freies Lied, Friedrichsberg, Friedrich-Karlstr. 11 bei Heinecke. — Rothe Nelke I, Schöneberg, Grunewaldstr. 110 bei Obst. — Rothe Nelke II, Ruppinerstr. 42 bei R. Nesin. — Vorwärts IV, Rathenow, Jägerstraße 25 bei Engel. — Alpenglocke, Große Frankfurterstraße 133 bei Gold. — Eichenkranz, Prenzlau, Schnellstr. 67, bei Jean Pollion. — Freier Sängerchor, Gilenicke, Köpenickerstraße bei Witte. — Weddinger Harmonie, Müllerstr. 7a, Mildradt's Festsäle. — Vorwärts VIII, Marwitz i. d. Mark, bei K. Schurbaum. — Concordia, Hollmannstr. 53 bei Hensel. — Freie Sänger III, Heegermühle bei Eberswalde. — Frohsinn I, Rummelsburg, Göthe- u. Kantstraßen-Ecke bei Mertens. — Acacie (gemischter Chor), Oranienstr. 184 bei Theodor Metzner. — Wilmersdorfer Liedertafel, Wilmersdorf, Berlinerstraße 41, Klingenberg's Volksgarten. — Oranke, Neu-Weißensee, Langhansstraße 106 bei Lähling. — Gesangverein der Unterbieten, Swinemünderstr. 120 bei O. Bachgänger. — Sangeslust II, Pasewalkerstr. 3 bei F. Bergmann. — Weiße Rose, Reinickendorf, Residenzstr. 101a b. Malchin. — Arbeiter-Maibund, Nowawes, Wallstraße bei Hiemke. — Vorwärts VII, Rummelsburg, Kant- u. Göthestraßen-Ecke bei Breves. — Zündholz, Badstr. 32 bei Hilpert. — Alliance, Oranienstr. 51 bei Helfer. — Glasarbeiter, Köpenick, Müggelheimstr. 29 bei W. Zeibler. — Esmeralda, Gr. Frankfurterstr. 133 bei Gold. — Kreuzberger Harmonie, Admiralstr. 180 bei Möhring. — Oranienburger Vorstadt, Ackerstr. 128 bei Dieke. — Sangesblüthen, Krautstr. 6 bei Böttcher. — Melodia II, Pappel-Allee 114 im Restaurant. — Nord-Ost, Landsberger Allee 156 b. Göbel. — Alpenglühen, Falkensteinstr. 36 b. Klopsch. — Freie Feldblume, Stallschreiberstr. 51/52 bei Vatterroth. — Grüne Eiche, Rixdorf, Hermannstr. 197 bei Babenschneider.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 80, 2. Hof. **Dienstag:** Rauchklub Eldorado, Grüner Weg 26 b. G. Stuttrich. — Rauchkl. Grüne Eiche, Urbanstr. 67 bei Schneider. — Rauchkl. Deutsche Flagge, Wrangelstr. 33 bei Lukas. — Rauchklub Ambalema, Forsterstr. 19 bei Eckel. — Neuer Berliner Rauchklub, Reichenbergerstr. 146 bei Drogge. — Phönix, Schöneberg, Hauptstr. 97 bei G. Donath. — Domingo, Waldemarstr. 16 b. Tauchert. Rothe Rose, Boeckhstr. 21 bei Kreds. — Veilchenduft, Hennigsdorferstraße 4 bei Günther. — Kollegia, Reichenbergerstr. 157 bei Bergner. — Einigkeit I, Rixdorf, Hermannstr. 289 bei Wulf. — Veronika, Görlitzerstraße 57 bei Weber. — Rauchan, Waldemarstr. 15 bei Teichert. — Kamerun, Weidenweg 22 bei Fiatkowsky. — Palmerie, Bernauerstr. 13 bei Lautsch. — Korea, Weidenweg 50 bei Junge. — Waldmeister, Marienburgerstr. 47 bei Klöke. — Neuer Hain, Langenbeckstr. 4 bei Techtmeier. — Bruderbund, Grünauerstr. 8 bei Gallawsky. — Blüthenduft, Cottbuserstr. 1 bei Fedike. — Rubiga, Brixenstr. 46 bei Herzog. — Lange Pfeife, Friedrichsberg, Rummelsburgerstr. 23 bei Netzel. — Blaue Wolke, Bellermannstr. 87 bei Schmidt — Pfeifenkopf, Capriviстr. 4 bei Wolf. — Stambul, Neu-Weißensee, Streustr. 3 bei Steyrmann. — Gemüthlichkeit I, Wienerstr. 7 bei Gläser.

Gesang-, Turn- und geselligen Vereins. Dienstag. Männer-Gesangverein Fester Wille, Alexandrinenstr. 82 bei Dietrich. — Arbeiter-Zitherverein Einigkeit, Reichenbergerstr. 19 bei Lehmann. — Musikverein Osiris, Wrangelstr. 11 bei Blum. — Flugtaubenverein Vorwärts-Nord, Ackerstr. 17 bei Reuter. — Vergnügungsverein Fortuna, Blumenstr. 36 bei Weiß. — Musikverein Norddeutsche Klänge, Swinemünderstr. 51 bei Renter. — Quartettverein Wedding, Chausseestr. 72 bei Metzner. — Privat-Theatergesellschaft Concordia, Elisabethstr. 30 bei Scholz. — Wünsch'scher gem. Chor, Rosenthalerstr. 57 bei Schiller. — Geselliger Klub Don Juan, Lindenstraße 106 bei Fritz Zubeil. — Theaterverein Freier Wille, Admiralstr. 190 (Märkischer Hof). — Vergnügungsverein Feldblume, Manteuffelstr. 9 bei Nowack. — Gesangverein Schildhorn, Usedomstr. 23 bei Oldöter. — Turnverein Osten, Lehrlings-Abtheilung abends 8½—10 Uhr Blumenstr. 63a. — Theater- und Vergnügungsverein Aschenbrödel II, Ackerstr. 144, Vorst. Kastno.

Arbeiter-Turnerbund. Dienstag: Turnverein Fichte, Berlin. Abends von 8—10 Uhr: 2. Männerabtheilung Skalitzerstr. 65/66. — 4. Männerabtheilung Stephanstr. 3. — 5. Männerabtheilung Ackerstr. 67. — 6. Männerabtheilung Stallschreiberstr. 54. — 1. Lehrlingsabtheilung Friedenstraße 37. — 3. Lehrlingsabtheilung Boeckhstraße 21. — 1. Turnerabtheilung Marianennufer 14. — Männer-Turnverein Eiche, Köpenick. Uebungsstunden: Abends 8—10 Uhr, in Klein's Hotel (Wilhelmsplatz). — Arbeiter-Turnverein (Adlershof) von 8½—10½ Uhr abends in Köpenick, Rudowerstraße bei Scheer. — Freie Turnerschaft Rixdorf-Britz, 1. Schüler-Abtheilung von 6½—8½ Uhr, 1. Männer- und Lehrlings-Abtheilung von 8½—10½ Uhr bei Wirsing, Kniesebeckstraße 118.

Esse- und Diskutirklub. Süden, Schönleinstr. 6 bei Ewald.

Verein selbständiger Fensterputzer. Heute Abend 8 Uhr bei Mehrwald, Alte Jakobstraße 64/65: Außerordentliche Sitzung.

Witterungsübersicht vom 24. Januar 1898, 8 Uhr morgens.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresniv.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° C. = 4° R.)
Swinemünde	763	NNW	3	Schnee	1
Hamburg	766	NW	5	bedeckt	6
Berlin	764	WNW	3	Regen	5
Wiesbaden	778	SW	2	bedeckt	8
München	772	W	5	bedeckt	1
Wien	770	W	5	Schnee	2
Haparanda	766	N	2	wolkenlos	—17
Petersburg	758	W	1	Schnee	—2
Cork	777	WSW	3	halb bedeckt	9
Aberdeen	770	W	4	bedeckt	9
Paris	778	S	1	bedeckt	—6

Wetter-Prognose für Dienstag, 25. Januar 1898.

Zeitweise heiter, vielfach wolkig, zunächst etwas kälter mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokr. Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, 26. Januar, abends 8½ Uhr, in den Zentral-Festsälen (vormals Orpheum), Alte Jakobstr. 32:

Außerordentl. Generalversammlung.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen erwartet regen Besuch [213/1
Mitgliedsbuch legitimirt. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, 25. Januar, abends 8½ Uhr, im „Kolberger Salon", Kolbergerstraße Nr. 23:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassirers und der Revisoren. 3. Anträge. 4. Vereinsangelegenheiten. 246/4*

Nur Mitgliedsbuch legitimirt.
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Mittwoch, den 26. Januar 1898, abends 8½ Uhr:

Bezirks-Versammlung für den Süden u. Zentrum 110/7

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Alfred Bernstein über: „Geschlechtskrankheiten, Syphilis und deren Folgen". 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Bezirksleitung. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Kollegen werden dringend ersucht, zahlreich u. pünktlich zu erscheinen.

Die Bibliothek des Verbandes befindet sich im Restaurant Mörschel, Hildegardstr. 35. Dieselbe ist geöffnet jeden Abend von 7½ bis 9 Uhr. Sonntags geschlossen. Die Ortsverwaltung.

Handlungsgehilfen u. -Gehilfinnen!

Dienstag, den 25. Januar 1898, abends 8½ Uhr, in Cohn's Fest-Sälen, Beuthstr. 20:

Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Paul Singer über: „Der Acht-Uhr-Schluß und unsere Stellung zur Sozialreform." 2. Diskussion. 90/1

Der Vertrauensmann.

Oeffentliche Versammlung der Korbmacher Berlins

am Dienstag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, Naunynstr. 27.

Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Korbmacher zu der am 22. Januar stattgefundenen Submission? 2. Die Konferenz der Korbmacher der Geschoßkorb-Branche und Wahl der Delegirten. 3. Verschiedenes. 98/3

In anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden alle Kollegen am Platze sein. Der Einberufer.

Achtung! Schuhmacher. Achtung!

Dienstag, den 25. d. Mts., abends 8 Uhr, im Lokal „Schweizer Garten" am Friedrichshain:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Situationsbericht über den gegenwärtigen Stand der Aussperrung. 2. Verschiedenes. 171/5

Die Agitations-Kommission.

Zimmerer.

Laut Beschluß der Generalversammlung vom 23. d. M. des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands, Zahlstellen Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Friedrichsberg, Pankow und Groß-Lichterfelde, befindet sich unser

Bureau

Stralauerstraße 48, Telephon Amt V, 3785.

Alle Mittheilungen, welche die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Beruf betreffen, sind zu richten an 254/3

H. Knüpfer, Berlin C., Stralauerstr. 48.

Es sind mir von so vielen Seiten Beweise der innigen Theilnahme bei dem Hinscheiden meiner geliebten Gattin zugegangen, dass es mir nicht möglich ist, jedem Einzelnen meine Erkenntlichkeit auszusprechen, weshalb ich mir erlaube hierdurch herzlich zu danken.

Paul Busch,
Director.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Dienstag, den 25. Januar, abends 8½ Uhr, in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29.

General-Versammlung

Tages-Ordnung:
Kassenbericht vom 4. Quartal. Bericht des Vorstandes, der Bezirksleiter, der Werkstatt-Kontrollkommission und des Arbeitsvermittlers. Ersatzwahlen zur Ortsverwaltung. Verbandsangelegenheiten.

Nur Eintritt mit Mitgliedsbuch.
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. 76/20*
Die Ortsverwaltung.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porträts sozialistischer Führer, Lassalle, Marx 2c. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskurrant.)

Den verehrlichen Vereinen, Gewerkschaften, Krankenkassen, Kommissionen 2c. zur gefl. Mittheilung, daß ich das Lokal [41659*

„Oranien-Hallen" Oranienstraße 51, am Moritzplatz

übernommen habe. Ich stelle meine Säle und Vereinszimmer, ebenso wie mein Herr Vorgänger, zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art zur gefl. Verfügung und werde bestrebt sein, den Wünschen meiner geehrten Gäste in jeder Weise Rechnung zu tragen.

Achtungsvoll **Hermann Scholze,** Oranienstraße 51.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 25. Januar.

Opernhaus. Der Evangelimann. Phantasien im Bremer Rathskeller. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Der G'wissenswurm. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Die versunkene Glocke, Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Röß'l. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. In Behandlung. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Sein Trick. Anfang 7½ Uhr.
Renes. Die Logenbrüder. Vorher: Der Herr Kandidat Anfang 7½ Uhr.
Ostend. Preciosa. Anfang 8 Uhr.
Goethe. Krieg im Frieden. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Der Tugendwächter. Das Versprechen hinterm Heerd. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Die Göttin der Vernunft. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Rinetten's Hochzeit. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Tugendfalle. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Trilby. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die kleinen Vagabunden. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die relegirten Studenten. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Verführerin. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
American. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr, zum 1. Male: **Der Tugendwächter. Das Versprechen hinterm Herd.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der Tugendwächter. Das Versprechen hinterm Herd.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Registrator auf Reisen.**

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132, Dir. C. Weiß.
Zum Benefiz für Richard Jürgas:
Preciosa.
Schauspiel in 4 Akten von P. A. Wolff. Musik von Karl Maria von Weber.
Anfang 8 Uhr. Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert. Anfang des Konzerts 7 Uhr.
Mittwoch: **Die Waise aus Lowood.**

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Dienstag, den 25. Januar 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 4. Male:
Die Tugendfalle.
Burleske Posse mit Gesang und Tanz nach Benutzung eines franz. Sujets von Jul. Freund und W. Mannstädt. Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: **Die Tugendfalle.**

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr: Zum 2. Male:
Trilby.
Schauspiel in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman von G. du Maurier, frei bearbeitet von Richard Mark.
Trilby . . Anna Müller-Linde.
Mittwoch: Dieselbe Vorstellung. Trilby: Anna Müller-Linde.

Neues Olympia-Riesen-Theater.

(Circus Renz.) Karlstrasse.
Bolossy Kiralfy's
Konstantinopel.
Grösstes, machtvollstes und prächtigstes Schaustück der Gegenwart. **700** Aufführ. in London. **1000** Mitwirkende.
1. Bild: Das Maifest in England. **2. Bild:** Spanischer Stierkampf. **3. Bild:** Wiener Jahrmarkt. **4. Bild:** Räuberüberfall in den rumelischen Bergen. **Das Schlachtfeld.** **5. Bild:** Der Sklavenmarkt. **6. Bild:** Prunkpalast in Konstantinopel. Attentat auf den Sultan. Enthauptung des Räuber-Hauptmanns. **Kolossaler Prachtaufzug.**
Wasserschauspiel auf dem Bosporus. Eine wirkliche Flotille. Die **Riesen-Ballets**, die **Pracht der Kostüme und Dekorationen überragen alles bisher Dagewesene.**
Preise der Plätze von 50 Pf., 1,—, 1,50, 2,—, 2,50, 3,—, 3,50, 4,— und 5,00 M.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr:
— Wissenschaftliches Theater. —
Invalidenstr. No. 57—62.
Täglich abends 7 Uhr:
— Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panoptikum.

Das **Volks-lied** in 12 lebenden Bildern mit Gesang und Tanz der — lustigen — Wienerinnen.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.
Das **BÄRENWEIB.**

Reichshallen-Theater,

Leipzigerstrasse 77,
Hella Collier
unbestritten **beste** Gesangs-Soubrette.
5 Derringtons, Max Waldon und das aus **30 Kunstkräften** bestehende Programm.
Anfang 7½ Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Reichshallen-Tunnel
täglich:
Gr. Militär-Konzert
in Uniform. Entree **10** Pf.
Avis! Der **Maskenball** in den **unteren** Räumen der Reichshallen findet am **Donnerstag, 3. Februar,** statt.

Quarg's Vaudeville-Theater

Grand-Hotel Alexanderplatz.
Das Armband. Das Modell.
1. Original-Budapester. 1. Original-Budapester.
Neu! **Frl. Gottschany,** Neu!
vorzügliche Soubrette.
Gewöhnliche Preise.
Vorzugskarten gelten.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Novität! Novität!
Circusluft.
Operetten-Burleske von G. Fischer-Ohmann. Musik von R. Baumgart.
Neu! Vorher: Neu!
Treffer.
Schwank von Benno Jacobson.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.

Heute

erste grosse
Jubel-Vorstellung
von Donat u. Anton Herrnfeld's neuester pikant. Lachkomödie, der bisher wieder an jedem Abend ausverkauften lustigen „Geschichte d. ersten Sturmes einer jungen Ehe",
Zum **25.** Male:
Familie Kochsalz.
Donat Herrnfeld als Weinhändler Leopold Kochsalz. Anton Herrnfeld als Leoncello Tonello, Kunstmaler aus Prag.
Dazu: **Neue Geistesblitze** des in der Art seines Humors gleichfalls unübertrefflichen
William Schäff
in Konkurrenz mit dem weit berühmten „Improvisator"
Dr. Guido Steinitz.
Oskar Vero mit seinen staunenerregenden Original-Trics und die originellen „Zukunfts-Ehegeheimnisse" der feschen **Geschw. Rebentisch.**
Ein Brillant-Programm allerersten Ranges.
Ab 1. Februar:
Wiederum neue Ueberraschungen.

Bett, prachtvolles, unst. h. sof. für 20 M. zu verk. Ritterstr. 118, v. 2 Tr. r. 29106

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Heute 2. Abend
Yvette Guilbert.
Kassenöffnung 6½. Anf. 7½ Uhr.

Feen-Palast

22 Burgstr. 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Großen Jubel erregen jeden Abend **Richard Winkler u. Wilhelm Fröbel** in der einzig dastehenden Operette
Das radelnde Berlin
Stürmischen Beifall erzielen **Cabaret's** Liliputaner Hunde.
Niagarra, Könige aller Thurmseilläufer.
Frid Frid. Gebrüder Wichmann. Forrée Hildebrand. Willard.
Dähn und Walde.
Lebende Photographien.
Anfang 7½ Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1,50 M.

Actien-Brauerei Friedrichshain.

Morgen, Mittwoch, zum 1. Male:
Stettin. Sänger
(Meysel).
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pfennig, im Vorverkauf 40 Pf.

Böhmisches Brauhaus

Landsberger Allee.
Heute, sowie jeden **Dienstag:**
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)

Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf.
Morgen Mittwoch:
Einmalige Extra-Soiree in der Brauerei Friedrichshain.
Freitag: Victoria-Brauerei.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.

Anf. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Der Kiaotschau-Mann
Zum **28.0** Male: **Lene.**

Konzerthaus Sanssouci

Kottbuser Strasse Nr. 4a.
Dir. H. Pierry.
Artistischer Leiter Jos. Aschinger.
Großer Beifall!
Eine verfolgte Unschuld.
Gesangsstück in zwei Bildern von Walter Gericke.
Neue Spezialitäten.
Sonntags Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Großer Ball.
Entree 50 Pf.
Wochentags Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Passe-partouts gelten.
Vorstellungen Sonntag, Dienstag und Donnerstag.

Circus Busch

(Bahnhof Börse).
Dienstag, den 25. Januar 1898, abends 7½ Uhr:
Elite-Abend.
Wiederauftreten des Dir. **Busch** mit seinen vorzügl. Freiheitsdressuren. In der Tanzstunde. Große Quadrille, geritten in Kostümen der friederizianisch. Zeit. 100 Clowns, männl. und weibl., darunter 20 der besten Porterrespringer. Rabenvater, ostpreuß. Hengst, in kurzer Zeit dressirt und geritten von Herrn Foottit-Burghardt. Außerdem Auftreten aller neu engagirten Künstlerinnen und Künstler.
Zaragoza.
Orig.-Manège-Schaustück des Circus Busch, entnommen aus dem spanischen Leben. Besonders hervorzuheben: Der Brand des grünen Schlosses mit der Flucht des Don Castodurus und seiner Geliebten sowie sämmtlichen Pferden. Eine spanische Eisenbahn mit eintretender Katastrophe.
Morgen 7½ Uhr: **Grosse brillante Vorstellung. Zaragoza.**

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Nur keine Schwiegermutter Neu!
Lustspiel.
Neu! Bei Registrators. Neu!
Posse mit Gesang.
Sensationell! Molly! Sensationell!
Die beste Excentric-Chansonette.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Preise der Plätze wie gewöhnlich.
Avis! Donnerstag, den 3. Februar: Abschieds-Benefiz für Fräul. Marg. Böttcher.

Alcazar-Theater.

Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage) Annenstraße 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Aufenthalt.
Neu! Die lustigen Heidelberger. Neu!
Ausstattungs-Operette in einem Akt von Poly Henrion.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: **Unser Johann.** Lustspiel in 1 Akt nach dem Französischen von Beye.
Auftreten sämmtlicher Kunst-Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf. Vorzugskarten haben Giltigkeit.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Heute Dienstag, den 25. Januar:
Der Herr Stadtmusikus und seine Kapelle.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Kneisel. Musik von Conradi.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**
Mittwoch wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.

Feuerstein's Festsäle

Alte Jakobstrasse 75.
Inh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.

Man trinke:
Original-Löwenbitter
Das beste für den Magen.
In Flaschen à **Mk. 0.60, 1.10 u. 1.80.**
Wie im Ausschank überall zu haben.
Wo nicht vorhanden, bitte zu verlangen.
R. F. Mittelstädt
Weinhandlung und Likör-Fabrik
N., Brunnenstr. 152.

Masken-Garderobe.

Größte Auswahl. Billigste Preise. *
Verein. Preisermäßigung.
Fr. Panknin,
Oranienstraße Nr. 178. II. Adalbertstraße 91, Ecke Oranienstraße.

Maskengarderobe
zu den billigsten Preisen empfiehlt
4166b **F. Stenzel,**
Kottbuser Damm 8, II.

Möbel auf Theilzahlung J. Ostrowski jr. Große Frankfurterstr. Nr. 1, I.

Nach der Inventur Großer Ausverkauf in Gardinen und Resten

älterer Muster in weiß und ecrême, zu 1—4 Fenstern passend, spottbillig in dem **Gardinenfabrik-Lager von**
Bruno Güther,
Berlin O., Grüner Weg Nr. 80 part., Eing. vom Flur **(kein Laden).**
Neuheiten treffen täglich ein.
Proben nach außerhalb portofrei.

Bettfedern, dreif. gereinigte neue, vorzügl. füllend, Pfund 50, 70, 90 Pf. **Halbdaunen** Pfd. 1,10. **Halbdaunen,** silberhell, Pfd. 1,60. **Daunen** von vorzügl. Füllkraft (3 Pfd. genügen z. größten Oberbett) Pfd. 2,75, empf. das als streng reell bekannte, 1870 gegr. Spezial-Geschäft von **S. Pollack, Oranienstr. 61,** am Moritzplatz.

Ortskrankenkasse d. Buchbinder und verw. Gewerbe.

Nachstehende Statuten-Aenderung wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht:
Im § 2, Abs. 1, Ziffer 3, sind die Worte: „sowie der Handlungsgehilfen und Lehrlinge" zu streichen.
§ 12. Der durchschnittliche Tagelohn für die 1. Mitgliederklasse ist von Mk. 2,70 auf **Mk. 3,—** erhöht.
§ 13. An Krankenunterstützung wird gezahlt die Hälfte des für jede Klasse festgesetzten Tagelohnes.
§ 29. Der wöchentliche Beitrag für die 1. Mitgliederklasse ist von 51 auf **57 Pf.** erhöht.
Vorstehende Aenderung tritt mit dem Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.
Berlin, den 15. November 1897.
Der Vorstand.
C. Hoffmann, Vorsitzender. W. Kuhne, Schriftführer.

Vorstehende Abänderung wird hierdurch mit der Maßgabe genehmigt, daß dieselbe bezüglich des § 2 mit dem Tage der Schließung der Ortskrankenkasse für Handlungsgehilfen und Lehrlinge, im Uebrigen mit dem Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft tritt.
Berlin, den 5. Januar 1898.
Der Bezirks-Ausschuß.
Freusberg. 23/8

Bekanntmachung.

Durch Genehmigung des 4. Nachtrages zum Statut sind die §§ 2, 16, 19 und 60 in folgender Weise abgeändert:
§ 2. Abs. 1. Ziffer 3.
Die Worte „sowie der Handlungsgehilfen und Lehrlinge" fallen fort.
§ 16.
Hinter die Worte „52 Wochen" sind die Worte: „oder gemäß § 20, Abs. 1, für 13 Wochen" gesetzt.
§ 19. Abs. 1. Ziffer 2.
Für das Wort „dreißigfachen" ist das Wort „vierzigfachen" gesetzt.
§ 60. Abs. 1.
Statt der Worte „folgender Weise" sind die Worte „mündelsicheren Werthpapieren" gesetzt.
Die Worte „Berliner Sparkasse, Berliner Stadtanleihe, Preußische konsolidirte Staatsanleihe" sind gestrichen.
Vorstehende Abänderungen sind zu § 2 am 1. Januar d. J., im Uebrigen mit dem heutigen Tage in Kraft getreten. 29206
Berlin, den 25. Januar 1898.
Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Gürtler.
G. Kneiff, Vorsitzender.

Zur Beachtung.
Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe,
Berlin C., Klosterstr. 65—67.
Vom 1. Februar 1898 ab ist das Kassenlokal werktäglich **nur** von 9—1 Uhr **vormittags** geöffnet.
Sonn- und Feiertags geschlossen.
265/2 Der Vorstand.

Vereinszimmer mit Klavier ist noch zu haben Blumenstr. 20. [29295

Elektrotechnik.

Der 2. Kursus für Praktiker beginnt Donnerstag, den 27. Januar, abends 8 Uhr. Honorar 3 M. pro Monat. Dauer 3 Mon. Anmeldung Schöneberg, Merseburgerstr. 5 I. Abends von 7 Uhr ab, Sonntags von 10—12 Uhr. **Franz Lederer,** Elektrotechniker.

Industrie-Erwerb.

Einfache lohnende Fabrikation leicht verkäuflicher tägl. Verbrauchsartikel, auch mit geringen Mitteln ohne Fachkenntnisse möglich. **Zahlreiche Anerkennungen.** Kataloge **gratis** durch den Verlag **„Der Erwerb", Altona a/Elbe.** 131/9*

Papiergeschäft. Buchbinderei zwischen 3 Schulen, billig zu verkaufen. Näheres Friedenstr. 45, v. I. l.

Die Kinder strotzen

von Gesundheit, welche mit Carl Koch's Nährzwieback genährt sind. Derselbe bildet den Kindern gesundes Blut, starken Knochenbau und ist wegen seines hohen Nährwerthes geeignet, die Kinder vor den Folgen fehlerhafter Ernährung, als: **Strophulose, Drüsen, Darmkatarrh, Rachitis, Knochenkrankheiten u. s. w.** zu schützen.
In Packeten und Düten zu 10, 20, 30 und 60 Pf. beim 11/12*
Bäckermeister **Koschlick,**
Kottbuser Damm 12a,
und in **Carl Koch's Nährzwieback-Fabrik, Halle a. S.**

Rauchschutztücher (deutscher Reichsschutz), zu empfehlen für Löschmannschaften, Fabriken 2c., schützt gegen Rauch, Kälte, Hitze und schlechte Gase, dient bei Entstehung von Feuersgefahr als Selbsthilfe. Zu beziehen von **F. Arnold,** Berlin, Taubenstr. 4. 2911b

Hoher Verdienst — Kein Risiko! Allerorts, speziell für Berlin und Vororte, werden Herren zum Vertrieb eines neuen, spiel. leicht verkäufl. Artikels ges. Auch pass. für Leute, welche in größeren Fabriken thätig sind. Gefällige Off. an **Herm. Wolf,** Zwickau i. S., Emilienstr. 22. 2915b

Möbel

verliehen gewesene und neue, **staunend billig. Theilzahlung gestattet.**
Beamten ohne Anzahlung. 4055U*
Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.

Große Betten 12 M. (Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei **Gustav Lustig, Berlin S.,** Oranienstraße 46. Preisliste kostenfrei. **Viele Anerkennungsschreiben.**

6 Pfund Brot für 50 Pfg. liefert 3063U*
Albrecht's Bäckerei, Wrangelstr. 8. Langestr. 26. Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.

Central-Festsäle (vormals Orpheum), **Alte Jakobstr. 32.**
Säle mit Bühne, 50—800 Personen fassend. Vereine und Versammlungen erhalten noch von Garderobe, Kaffeetafel Rabatt. **Franz Müller.** *

Die Heilkraft meines reinen Brombeerweines

ist erprobt bei **Asthma, Verschleimung, Husten, Erkältung, Influenza, Schlaflosigkeit.** Gebrauchs-Anweisung auf dem Etiquett jeder Flasche. **Geschmack wie Portwein.** Preis pr. Fl. 1,10 Mk. inkl., 10 Fl. 10 Mk., **30 Sorten anerkannt beste, reine Fruchtweine** von 40 Pf. bis 1,50 Mk. **einschließl. Flasche. 10 Sorten Fruchtsäfte.** Preisliste mit Beschreibung über Werth und Heilkraft der Fruchtweine bitte zu verlangen.
Dieser reine Brombeerwein ist von köstlichem Geschmack und als Tischgetränk, besonders bei festlichen Gelegenheiten, auch für die feinste Tafel, sehr zu empfehlen. — Glasweiser Ausschank Prinzenstraße 83, I, im Speisehaus.
In Berlin und nächsten Vororten sende frei Haus. **Nach Auswärts:** Probepostflaschen mit 3 Fl. kostet 1 Mk., für Porto und Verpackung, Bahnkiste mit 12 Fl. 12 Mk. inkl. Verpackung.
D. Mader, Berlin S., Prinzenstr. 37.
Verkaufsstellen:
S. u. SW.: Staats, Waldemarstr. 28. C. Lengsfeld, Bergmannstraße 14. Mader, Prinzenstr. 37 u. 83. Braun, Kottbuser Damm 5. Cuvrystr. 46, im Restaurant. **N. u. NW.:** Krause, Ackerstr. 83/84. Schwan, Reinickendorferstr. 23a. Pohl, Brunnenstr. 155. Auguststr. 58, im Backwaaren-Geschäft. Werner, Alt-Moabit 15. **O., SO. u. NO.:** A. Schmidt, Petersburgerstr. 85. Rausch, Gr. Frankfurterstraße 65. Pehl, Marienburgerstr. 36. O. Neumann, Blumenstr. 21a. Zimmer, Thaerstr. 62. **C. u. W.:** Henke, Spandauer Brücke 1a. Marzahn, Potsdamerstr. 16. Lulay, Neue Winterfeldstr. 47. Genossensch. Hülfe, Brüderstr. 41/42. **Charlottenburg:** Sieske, Grolmanstraße 18. König, Grolmanstr. 14. **Schöneberg:** Niemann, Cokonnenstr. 1.

Künstl. Zähne 1,50 M. Plomben 1 Mk. Zahnziehen frei. Zahnärztliche Klinik, Manteuffelstr. 43, I., Ecke Oranienstraße. Spr. 8—10 und 1—3 Uhr.

In dem nasskalten Klima Deutschlands billiger und bekömmlicher als Bier!
Oswald Nier's Ungegypste!
Kein k. Gemisch, kein Malz, keine sog. schwer. Weine etc., sondern seit 1876 laut Fürst v. Bismarck's Worten: „Nationalgetränk" Angenehme, leicht trinkbare und dabei **so sehr stärkende**
Naturweine aus Weintrauben
v. 10 Pf. pro ⅛ L. an, sow. in m. plomb. Orig.-Flaschen v. ⅕, ½ u. 1/1 L.
f. Festlichkeit., Vereine, Krankenhäuser bew. hoh. Rabatt!
57 Centralgesch. (41 in Berlin) und über **1000** Filialen in Deutschland!
Ausf. Preiscourant nebst **Broschüre gratis und franco.**
Hauptgeschäft und Versandabtheilung **BERLIN N.,** Linienstr. 130.
No. 17 **OSWALD NIER**

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.